KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 175 September/Oktober 2014 3,– €



Hundertausende Êzîden wurden in Şengal von den Terrorbanden des IS zur Flucht getrieben. Foto: DIHA



Verteidigungseinheiten der Êzîden gehen gemeinsam mit den Volksverteidigungskräften aus Kandil und Rojava gegen die Terrororganisation IS vor. Foto: DIHA



Bei Protesten nach der Zerstörung der Statue von Mahsum Korkmaz wurde ein Demonstrant durch »Sicherheitskräfte« getötet. Der Protest gegen die Regierung hält weiter an.

Liebe Leserinnen und Leser,

vergangenen Monat erreichten uns schreckliche Meldungen aus Südkurdistan. Seitdem der Islamische Staat (IS) die êzîdische Stadt Şengal am 3. August eingenommen hatte, gingen Nachrichten über Massaker, Massenentführungen und Massenflucht um die Welt.

Die südkurdischen Peschmerga-Kräfte waren aus der Stadt abgezogen und hatten die Menschen wehrlos den Islamisten überlassen. Die Folge: tausende Tote, hunderttausende Flüchtlinge. Als die Menschen sich ohne genug Wasser und Nahrung auf die Şengal-Berge flüchteten, entgingen sie knapp einer humanitären Katastrophe. Die ÊzîdInnen sprechen dieser Tage vom 73. Massaker an ihrer Religionsgruppe.

Was sich allerdings in der Folge ereignete, kann als historisch bezeichnet werden. KämpferInnen von YPG und YPJ aus Rojava kämpften den Weg frei und retteten die rund 200 000 Menschen, unterstützt von HPG-Kräften aus Kandil. Rund hunderttausend Menschen konnten nach Rojava gebracht und versorgt werden, das selbst einem Wirtschaftsembargo unterliegt und ebenfalls wieder verstärkt den dschihadistischen IS-Angriffen ausgesetzt ist. Die Kämpfe um die Şengal-Berge halten derzeit weiter an. Naturgemäß und unplanmäßig bilden Artikel zu diesen Ereignissen einen Schwerpunkt in unserer aktuellen Ausgabe.

In Deutschland und anderen westlichen Staaten wird unterdessen offiziell die Aufrüstung Südkurdistans im Kampf gegen den IS betrieben. Es soll Profit gezogen werden aus dem Kampf gegen den IS, für dessen Erstarken dieselben Staaten nicht unwesentlich Vorarbeit leisteten. Erste Lieferungen haben bereits Hewlêr erreicht. Dagegen kommt die Diskussion über humanitäre Hilfe, auch für die Menschen in Rojava, viel zu kurz. Ebenso wäre eine Debatte über die Aufhebung des Verbots der PKK und deren Streichung von der EU-Terrorliste sicherlich angemessener, als allein eine weitere Militarisierung des Mittleren Ostens zu befördern. Denn immerhin erweist sich gerade die kurdische Freiheitsbewegung als wichtigste Garantin für den Kampf der Völker gegen die Gräueltaten des IS.

Die Tatsache, dass HPG-Kräfte aus Kandil derzeit an vorderster Front die Verteidigung Südkurdistans gegen den IS stützen, versuchen wiederum Türkei und Iran auszunutzen. Sowohl in Nordkurdistan als auch in den Meder-Verteidigungsgebieten kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Militär. Daneben geht die Türkei nach dem Auftrieb, den die kurdische Bewegung mit dem Wahlerfolg von Selahattin Demirtaş für die HDP bei der Präsidentschaftswahl (knapp 10 %) verbuchen konnte, mit äußerster Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vor. Bei Angriffen des Militärs auf eine Demonstration in Pîran (Lice) wurde am 19. August ein Demonstrant mit gezieltem Schuss getötet. Die Demonstrationen griffen daraufhin auf weitere Städte über. Nordkurdistan wird seither von Serhildans (Volksaufständen) beherrscht.

Berxwedan jîyan e! – Widerstand bedeutet Leben! Die Losung der kurdischen Freiheitsbewegung gilt dieser Tage mehr denn je.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Widerstand der Kurden beeinflusst Geschehen im Mittleren Osten

Akif Yaşar

Die Entwicklungen im Mittleren Osten gewinnen immer mehr an Tempo und haben inzwischen eine schwindelerregende Geschwindigkeit erreicht. Die Systemkrise – global, regional und lokal – wird im Mittleren Osten gegenwärtig hautnah erfahren. Die Region durchlebt eine Art dritten Weltkrieg. Dessen Zentrum bilden heute der Irak, Syrien und Kurdistan.

2011 begann mit dem Sturz von Diktatoren, die sich quasi für allmächtig hielten, eine neue Phase, die in Kürze weltweit als »Arabischer Frühling« bezeichnet wurde. Die Revolution der Völker, die für mehr Freiheit, Gleichberechtigung und eine lebenswürdige Welt die Straßen füllten und Widerstand leisteten, mündete in ein langfristiges Chaos, nachdem ihr umgehend die Intervention globaler und regionaler Kräfte widerfuhr. Die Region, in der sich nun diese Krise konzentriert, bilden Irak, Syrien und Kurdistan. Wie dieser »dritte Weltkrieg« hier ausgehen wird, ist momentan nicht absehbar, die Ungewissheit beherrscht die gesamte Region.

Wie konnte IS erstarken?

Im Bürgerkrieg in Syrien wurden terroristische Organisationen wie ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien, seit Juli 2014 IS – Islamischer Staat) von globalen und regionalen Mächten zur Reorganisierung der Region benutzt. Während heute der größte Teil der Welt diese Freischärler als terroristisch einstuft, wurde ihnen unglaubliche logistische Unterstützung gewährt. Alle Flughäfen und Grenzübergänge wurden für ihre Mitglieder sowie militärische Logistik geöffnet. Diese Terrorgruppen, die von Kräften wie den USA, Israel, Türkei, Katar und Saudi-Arabien Schützenhilfe bekamen, um das Assad-Regime zu stürzen, werden heute in ihrem Vorhaben unterstützt, ein sunnitisches Regime von Mûsil (Mosul) bis zum Libanon zu schaffen. Jene erhoffen sich mit dieser (in geografischem Sinne) sunnitischen Linie, die Kontrolle des Iran über die schiitischen Kräfte eindämmen bzw. brechen zu können. Auch die Türkei leistet der sunnitischen Linie Hilfe, um darüber den Machtkampf mit dem Iran zu ihren Gunsten zu bestimmen. Die Einnahme Mûsils am 10. Juni 2014 durch den ISIS/IS und die Ausweitung seiner Angriffe bis an die Grenzen Bagdads sind das Ergebnis eines strategischen Plans. Vor dem Angriff auf Mûsil wurde in den Medien ein Geheimtreffen in Jordanien aufgedeckt, auf dem die Eroberung geplant worden sein soll.[1]

Den Angaben zufolge nahm auf dieser geheimen Sitzung am 1. Juni in der jordanischen Hauptstadt Amman neben Vertretern aus den USA, der Türkei, Katar, Saudi-Arabien und Israel auch ein Baath-Vertreter wie Izzettin El Duri teil. Außer der Einnahme Mûsils sollen dort auch die Zerschlagung der Revolution in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) und die Ausrufung eines kurdischen Staates in Südkurdistan durch die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) beschlossen worden sein. Nach diesem Plan soll abgesehen von Kerkûk und anderen umstrittenen Regionen auch der Kanton Cizîre in Rojava diesem »kurdischen Staat« eingegliedert werden. Die Entwicklungen scheinen die Berichte zu bestätigen. Erinnern wir uns, dass ISIS/IS nach der Einnahme Mûsils am 10. Juni und Tikrits am 11. Juni und der Beschlagnahme großer Mengen militärischen Materials wie Waffen und Panzer seine Angriffe am 2. Juli mit Eroberungsabsicht auf den Kanton Kobanê und Heseke (Al-Hasaka) in dem Kanton Cezîre lenkte. Wären diese eingenommen worden, wäre die Revolution in Rojava besiegt gewesen. Der Widerstand in Kobanê und Heseke hat nicht nur die in Jordanien geschmiedeten Pläne ins Leere laufen lassen, sondern auch historischen Entwicklungen den Weg geebnet. Nachdem die Angriffe auf Rojava erfolglos geblieben waren, wandte sich der IS schließlich am 2. August nach Südkurdistan, indem er schrittweise Celewla, Şengal (Sindschar), Rabia, dann Maxmur angriff. Diese Attacken haben gezeigt,

1) Die Tageszeitung Özgür Gündem veröffentlichte am 4. Juli 2014 einen Artikel von Aktif Serhat über ein Treffen in Amman am 1. Juni, auf dem u. a. der Angriff auf Mûsil geplant worden sein soll. Die Nachricht wird auf einen namentlich nicht benannten Diplomaten zurückgeführt. (http://www.ozgur-gundem.com/index.php?module=nuce&action=haber_detay&haberID=112429&haberBaslik=YER: AMMAN
Tarih: 1 Haziran
KONU: MUSUL&categoryName=&authorName= &categoryID=&authorID=)

dass es in keinster Weise im Einklang mit kurdischen Interessen stehen kann, mit Banden wie ISIS/IS gemeinsame Pläne zu schmieden. Auch hat sich im jüngsten Beispiel in Südkurdistan bewahrheitet, dass eine Parteinahme der Kurden im Machtkampf verschiedener globaler und regionaler Kräfte unter dem Deckmantel von Schia und Sunna zwangsläufig zur Instrumentalisierung der kurdischen Karte führt. Im Rahmen ihrer strategischen Beziehungen hat die Türkei die PDK mit in ihren Bann des sunnitischen Blocks gezogen. Dafür hat sie absichtlich das Verhältnis Hewlêr (Arbil)/Bagdad provoziert und in eine Krise geführt. Dagegen hat sich die Lösung des Dritten Weges in Rojava mit Erfolg behaupten können.

Kurdische Verteidigungskräfte von YPG und HPG intervenieren gegen IS

Gegen die IS-Angriffe auf Südkurdistan kam die erste Hilfe von den Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus Rojava und kurze Zeit später von den Volksverteidigungskräften (HPG) aus Kandil. Diese Entwicklungen werden zu einer ganz neuen Situation führen. Sie erzwingen die kurdische Einheit und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Verteidigungsmechanismus.

In der gegenwärtigen Lage werden die Kurden entweder ihre nationale Einheit sichern und revolutionäre Entwicklungen schaffen oder die PDK, sollte sie auf ihrer bisherigen Linie beharren, wird nicht nur sich selbst, sondern Kurdistan im Gesamten großen Schaden zufügen.

Eine nationale Einheit wird die Angriffe auf Rojava beenden und eine konkrete neue Realität entstehen lassen, die die gesamte Region befreien wird. Schon jetzt wird die Linie der PKK und Rojavas weltweit mit großem Interesse verfolgt und ihre Unterstützung als notwendig gefordert.

Entwicklungen in der Türkei

Eine historische Phase wie in Südkurdistan und Rojava wird auch in Nordkurdistan durchlebt. Der »Friedensprozess«, den der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan mit seinem Newroz-Manifest 2013 begann, hält zwar weiterhin an, beinhaltet aber aufgrund der Politik der AKP-Regierung ernsthafte Risiken. Während die gesamte Region brennt, ist es der Türkei nicht möglich, sich von diesem Feuer fernzuhalten, ohne die kurdische Frage zu lösen und sich zu demokratisieren. Das hartnäckige Festhalten der AKP-Regierung an ihrer konfessionellen und nationalistischen Politik kann in der Türkei zu ähnlichen Verhältnissen wie in Irak und Syrien führen. Die Türkei läuft Gefahr, eine ähnliche Polarisierung wie zwischen Kurden, Schiiten und Sunniten im Irak und in Syrien zu erleben. Folglich wird sie nur mit einer ernsthaften und tiefgründigen Demokratisierung, die die Lösung der kurdischen Frage in sich trägt, einen Bürgerkrieg abwenden können. Wenn der durch die AKP-Politik verschärften gesellschaftlichen Polarisierung kein Einhalt geboten wird, ist Chaos nicht unwahrscheinlich. Wenn in der Türkei bislang keine Verhältnisse wie im Irak und in Syrien entstanden sind, so ist das auf das Lösungsparadigma Abdullah Öcalans und sein Beharren auf einer friedlichen Lösung in der kurdischen Frage zurückzuführen. Die AKP wird ihre bisherige Taktik, die auf Zeitgewinn setzt, ohne konkrete Maßnahmen zur Lösung der kurdischen Frage nicht lange aufrechterhalten können.

Auch wenn das am 10. Juli im türkischen Parlament verabschiedete »Rahmengesetz«[2] ein wichtiger Schritt ist, fehlt bislang eine konkrete Praxis. Die Türkei, die sich mit ihrer falschen Politik ohnehin in die Isolation manövriert hat, wird nur durch ihre Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage ihre Rolle in der Region spielen können, anderenfalls wird die Polarisierung zu einer ernsthaften Zersplitterung des Landes führen.

Am 10. August fand in der Türkei die Wahl des Staatspräsidenten statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,68 % (insgesamt 40 353 739 gültige Stimmen wurden ausgezählt). Der AKP-Parteivorsitzende und türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erzielte 51,7 % und konnte schon im ersten Wahlgang gewählt werden. Der gemeinsame Kandidat der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Ekmeleddin İhsanoğlu, erhielt 38,5 % der Stimmen, der dritte Kandidat, Kovorsitzender der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş, hingegen 9,8 %.[3]

Während die ersten beiden unter den in sie gesetzten Erwartungen blieben, konnte Demirtaş den Stimmenanteil für die HDP deutlich erhöhen.

Vergleichen wir das Wahlergebnis für Demirtaş bei der Präsidentschaftswahl mit dem der BDP/HDP bei den Kommunalwahlen vom 30. März 2014, dann erkennen wir, dass annähernd fünf Monate nach den 2 930 530 Stimmen (6,48 %) für die BDP/HDP Demirtaş die Stimmenzahl um eine Million erhöhen konnte.

---

2) Ein gesetzlicher Rahmen für den Lösungsprozess war seit Jahren von Abdullah Öcalan gefordert und ist jetzt in einem Gesetzespaket verabschiedet worden (Öcalan: »historischer Fortschritt«). Darin geht es u. a. um Rückkehrbedingungen für PKK-Militante und Immunitätsregelungen für Beteiligte am Dialogprozess. Vgl.S. 8

3) T. Erdoğan erhielt mit 51,7 % insgesamt 220 880 878 Stimmen, Ekmeleddin Ihsanoğlu 15 052 578 (38,5 %) und Selahattin Demirtaş 3 952 283 (9,8 %).

Ein geografischer Vergleich der Stimmenverteilung bei den Kommunal- und Präsidentschaftswahlen zeigt, dass die BDP/HDP am 30. März 65,2 % (1 910 667) aus den kurdischen Gebieten und den Rest von 34,8 % (1 019 841) aus dem Westen der Türkei erhielt, Demirtaş hingegen am 10. August 54,5 % (2 156 709) aus den kurdischen Gebieten und 45,5 % (1 801 801) aus dem Westen.

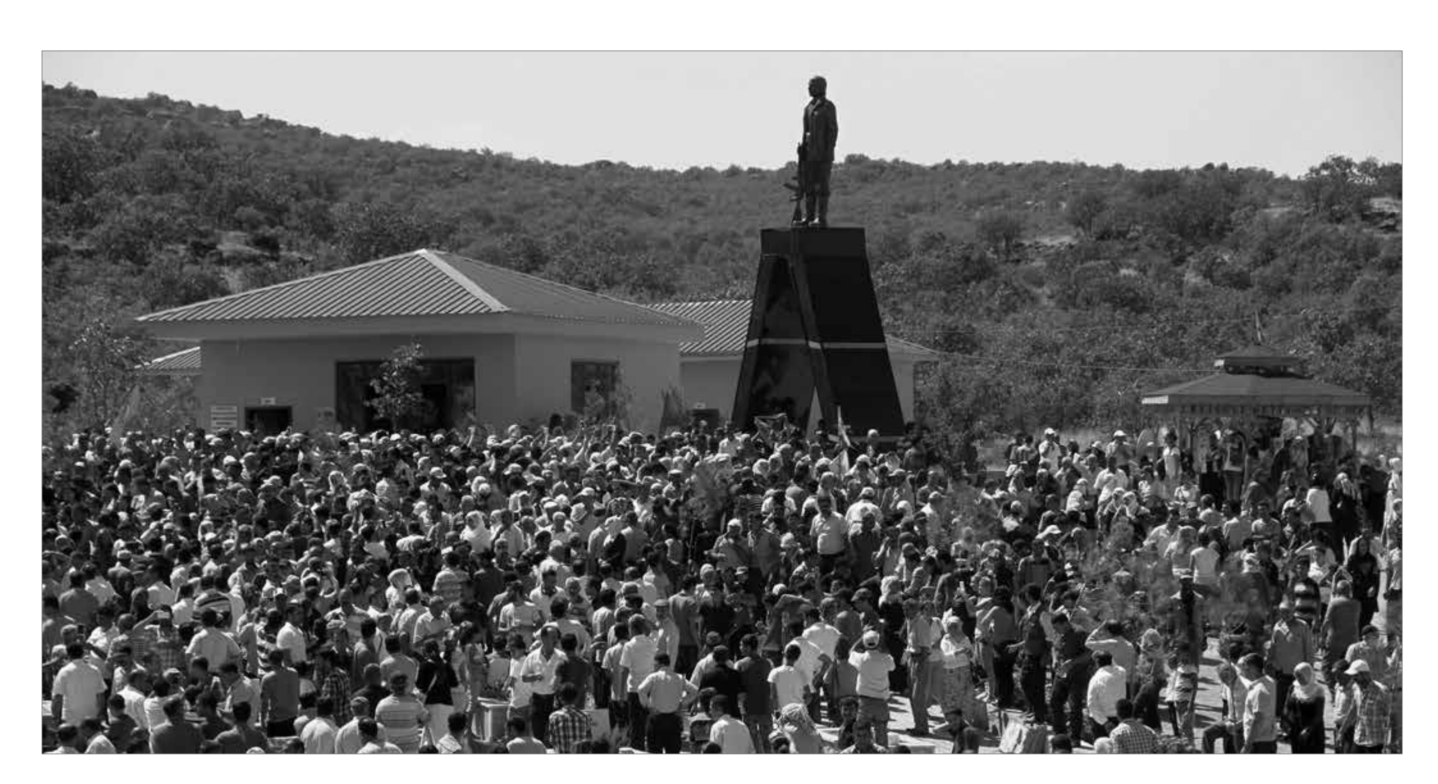
Das wichtigste Resultat aus dem Wahlergebnis für den HDP-Kandidaten zeigt neben der Stimmenzahl auch deren geografische Verteilung: Programm und Prinzipien der HDP sind auch im Westen der Türkei angekommen und genießen Anerkennung.

Das Wahlergebnis bedeutet für die prokurdische *[aber gesamttürkische]* HDP einen Wendepunkt in ihrem Vorhaben, mit ihrem Programm die gesamte Türkei zu erreichen.

Das Paradigma dieser Partei in der Türkei, die mit dem »Friedensprozess« weiter gestärkt wurde und sich zu einer Massenpartei entwickeln konnte, hat auch in der türkischen Gesellschaft Hoffnungen geweckt.

Projekt der »Demokratischen Nation« bewährt sich als einzig wahres Lösungsmodell für das herrschende Chaos in der Region

Während die Politik der internationalen und Regionalmächte den Mittleren Osten über die Vertiefung der ethnischen und konfessionellen Zerrissenheit ins Chaos treibt, wirkt das Lösungsprojekt Abdullah Öcalans mit dem Modell der Demokratischen Nation und der Demokratischen Autonomie im Demokratischen Konföderalismus dieser Entwicklung wie im Falle Syriens, der Türkei und jetzt des Irak entgegen. Statt Spaltung, Feindschaft und Krieg beinhaltet das Modell der Demokratischen Nation ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben unterschiedlicher Volksgruppen auf der Grundlage der Wahrung ethnischer und religiöser Identität. Das hat sich auch bei den jüngsten Entwicklungen im Irak erneut gezeigt. Mit ihrer Politik in Syrien, dem Irak und der Türkei haben die Kurden bewiesen, dass sie über das Potential verfügen, neben ihrer eigenen Befreiung auch die Staaten, in denen sie leben, sowie die gesamte Region des Mittleren Ostens bei mehr Freiheit und Demokratie voranzubringen. ♦



Am 15. August 2014, dem 30. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK, ließen die BewohnerInnen von Pîran auf einem Friedhof von gefallenen PKK-KämpferInnen die Statue von Mahsum Korkmaz errichten. Korkmaz hatte am 15. August 1984 die erste bewaffnete Aktion der PKK geleitet.
In einer schriftlichen Stellungnahme verurteilte der Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK mit scharfen Worten den Abriss der Statue von Mahsum Korkmaz und den Angriff des türkischen Militärs auf die Menschen von Pîran. »Die AKP spielt mit dem Feuer. Sie muss von diesem gefährlichen Spiel sofort ablassen und ihre Angriffe beenden«, heißt es unter anderem in der Erklärung. Auch die Partei der Demokratischen Regionen (DBP) verurteilte in einer ersten Stellungnahme die Ereignisse in Pîran und erklärte die AKP für den Tod von Taşkın verantwortlich. ANF, 19.08.2014, ISKU Foto: DIHA

Zum aktuellen Stand des demokratischen Lösungsprozesses in der Türkei

»Die Alternative zur friedlichen Lösung ist der Krieg«

Zübeyir Aydar

Der Vorgang, der von türkischer Seite als »Lösungsprozess« und von kurdischer Seite als »friedlicher und demokratischer Lösungsprozess für die Kurdenfrage« bezeichnet wird, währt nun seit ungefähr zwanzig Monaten. Bekanntlich hatte der Ministerpräsident der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, Ende 2012 in einer Fernsehsendung einen Dialogprozess mit Abdullah Öcalan bekannt gegeben. Nachdem eine Delegation von Parlamentsabgeordneten am 03.01.2013 Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı besucht hatte und dieser Besuch publik geworden war, erhielt der Prozess öffentlichen Status. Als zu Newroz 2013 Öcalans Botschaft in Amed (Diyarbakır) vor Millionen Menschen verlesen wurde, übernahmen die Bevölkerung und die öffentliche Meinung symbolisch Mitverantwortung für den Prozess.

Die darauffolgenden Entwicklungen, wie die Umwandlung der de facto anhaltenden Waffenruhe in einen Waffenstillstand oder der Rückzug der Guerilla aus den Kriegsgebieten, waren wichtig und haben dem Prozess eine neue Bedeutung verliehen. Dem Rückzug der Guerilla aus den Kriegsgebieten sollte vonseiten der Regierung die Schaffung einer rechtlichen Basis und die Aufnahme von Verhandlungen folgen. Das geschah jedoch nicht und der Prozess wurde durch Ablenkungsmanöver verzögert.

Der »Rat der Weisen«, der von beiden Seiten zusammen hätte gebildet werden sollen, wurde einseitig von der Regierung eingerichtet. Die gebildeten Arbeitsgruppen führten in den verschiedenen Regionen der Türkei Gespräche und trugen zu einer positiven öffentlichen Meinung bei. Ihre Arbeit dokumentierten sie in Form von Berichten an die Regierung. Die darin niedergelegten Ansichten und Empfehlungen hatten kaum Wirkung auf die Regierungspolitik. Der »Rat der Weisen«, der seine Beobachtungsfunktion hätte fortsetzen sollen, wurde von der Regierung auch wieder einseitig aufgelöst.

Übereinkommensgemäß sollten ab Juni 2013 parallel zu den Verhandlungen Rechts- und Verfassungsreformen eingeleitet werden. Die Regierung schob sie auf die lange Bank. Unter dem Vorwand, ein umfassendes Demokratisierungspaket vorzubereiten, zögerte sie jedweden Schritt hinaus. Schließlich präsentierte Herr Erdoğan unter Trommelwirbel sein einseitiges persönliches Paket. Es war keines, das die kurdische Frage lösen sollte, sondern eher ein inhaltsloses zur Augenwischerei. Es blieb bei einem Lippenbekenntnis.

Zwischenzeitlich wurde in Bakûr (kurd.: Norden; Nordkurdistan/Osttürkei) der Waffenstillstand umgesetzt und hält bis heute an. Ohnehin ist der Waffenstillstand der größte Gewinn aus diesem Prozess. Es gibt keine kriegerischen Handlungen. Allerdings beschränkt sich dieser positive Zustand nur auf Nordkurdistan. In Rojava (kurd.: Westen; Westkurdistan/Nordsyrien) hat die Türkei vor allem den Islamischen Staat (IS; bis Ende Juni 2014: … in Irak und Syrien, ISIS) und die Al-Nusra-Front sowie alle anderen antikurdischen Formationen unterstützt und sie somit befähigt, die Kurden zu bekämpfen. Der Angriff auf die Kurden in Syrien, der Krieg gegen sie, ist ein Werk der Türkei. Die Unterstützung des IS gegen die Kurden dauert an.

Im Winter verwies die Regierung auf die Kommunalwahlen im Frühling 2014 und beteuerte ausweichend, nach den Wahlen die Aufgaben anzugehen. Mit der Begründung, innerparteiliche Probleme müssten überwunden werden, wurde der Prozess aufgeschoben.

Nach den Kommunalwahlen wollte die Regierung dieses Gebaren beibehalten. Indes wuchs unter Parteifunktionären wie auch in der Bevölkerung das Misstrauen gegenüber der Regierung und dem Prozess. Infolgedessen verbreiteten sich von April bis Juni Massendemonstrationen, die immer mehr Zulauf fanden. Die Guerillaeinheiten waren ebenfalls mit der Entwicklung nicht zufrieden, was fast zur Einstellung der Verhandlungen geführt hätte. Die Regierung sandte daraufhin panisch Delegationen nach Imralı. Mit Zusicherungen, Schritte einzuleiten und Vorbereitungen für Gesetzesreformen zu treffen sowie das Thema ins Parlament zu tragen, wurde die kurdische Bewegung um Zeit gebeten.

In diesem Rahmen wurde dem Parlament Ende Juni ein aus sechs Paragraphen bestehender Gesetzentwurf vorgelegt. Hektisch wurde er in die Tagesordnung aufgenommen und nach kurzer Zeit am 10. Juli als Gesetz verabschiedet. Es soll den rechtlichen Rahmen für den Lösungsprozess bilden und heißt »Gesetz zur Beendigung des Terrors und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts«. In der Beratungsphase des Gesetzes im Parlament fanden Kritik und Änderungsvorschläge der kurdischen Seite keine Beachtung. Wie sich schon aus dem Begriff »Terror« im Titel erschließen lässt, lassen sich darin zahlreiche Kritikpunkte finden. Seine Unzulänglichkeit lässt sich weiterhin aus Umständen entnehmen wie den Tatsachen, dass der Begriff »Kurde/Kurdin« nicht erwähnt wird, dass die beteiligten Parteien nicht beim Namen genannt werden und dass das Gesetz zu allgemein gehalten wurde.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten ist die Verabschiedung dieses Gesetzes von Bedeutung. Es ist ein erster konkreter Schritt. Die Einbeziehung des Parlaments ist zu begrüßen. Es ist wichtig, dass der nun über anderthalb Jahre andauernde Prozess einen rechtlichen Rahmen erhält. In Anbetracht der vergangenen Ermittlungsverfahren und Strafandrohungen gegen aktiv in den Prozess involvierte Personen stellt der rechtliche Schutz, den das Gesetz nun bietet, eine positive Entwicklung dar. Indem es die »politischen, rechtlichen, sozioökonomischen, psychologischen, kulturellen, menschenrechtlichen und sicherheitsbezogenen« Dimensionen der Problematik beleuchtet, gibt es einen allgemeinen Rahmen vor.

Das Gesetz billigt, »falls erforderlich, den Kontakt zu inländischen und ausländischen Personen, Institutionen und Organisationen in Form von Dialogen, Gesprächen und ähnlichen Arbeitsweisen und befugt Personen, Institutionen und Organisationen, die diese Arbeiten leiten sollen«. Somit überträgt es Funktion und Verantwortung an die Regierung. Ein weiterer Paragraph aus dem Gesetz lautet: »Im Rahmen des Lösungsprozesses werden die Koordinierungs- und Sekretariatsdienste dem Generaldirektorat für Öffentliche Ordnung und Sicherheit übertragen.« Es ist ebenfalls von Bedeutung, dass ein konkretes Amt beauftragt wird.

Ja, das Gesetz wurde verabschiedet. Am 15. Juli 2014 wurde es von Staatspräsident Abdullah Gül ratifiziert und ist in Kraft getreten. Allerdings ist bis dato nichts Weiteres zu seiner Umsetzung unternommen worden. Zusätzlich hat seit diesem Datum kein weiteres Gespräch mit dem Vorsitzenden Apo stattgefunden. Bei Fragen wird auf die Wahlen verwiesen. Wahlen kann es immer geben. Nach neun Monaten wird in der Türkei erneut gewählt *[Parlamentswahl im Juni 2015]*. Falls Wahlen den Orientierungsrahmen für den Lösungsprozess abgeben, ist dieser Prozess zum Scheitern verurteilt. Der neue Staatspräsident Erdoğan beteuert ständig, dass die Regierung zur Fortsetzung des Lösungsprozesses und zur Problemlösung entschlossen sei. Der zuständige Minister erklärt, mit der Roadmap *[verfasst 2009 von Abdullah Öcalan]* zu arbeiten. Wir konnten bisher allerdings keine konkreten Schritte feststellen.

Auf kurdischer Seite herrscht durch die Hinhaltetaktik der Regierung ernsthaftes Unbehagen. In der Bevölkerung wie auch in den Parteistrukturen hat sich ein beachtliches Misstrauen gebildet. Und dies beeinträchtigt den Prozess. Die Hinhaltetaktik strapaziert die Toleranzgrenze.

Angesichts dieser hochkritischen Phase erwartet die kurdische Seite die zeitnahe Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Beginn gegenseitiger Verhandlungen. Der bisherige Prozess war ein Dialogprozess. Dafür müssen die Delegationen auf beiden Seiten über dieselben Voraussetzungen verfügen. Der Hauptverhandlungspartner der Kurden und Vorsitzende der kurdischen Delegation ist Abdullah Öcalan. Um mit den ausgewählten Personen in Dialog treten zu können, an Informationen und Referenzen zu kommen, seine eigene Delegation frei zusammenzustellen und Verhandlungen führen zu können, muss für Herrn Öcalan die notwendige Bewegungs- und Informationsfreiheit geschaffen werden.

2. Etablierung eines Aufsichtsgremiums mit Revisionsfunktion. Damit der Prozess ungebundener fortgesetzt werden kann, müssen die beschlossenen Maßnahmen unabhängig gewertet und geprüft werden. Somit soll einseitiger Interessenskalkulation vorgebeugt werden.

Im Hinblick auf die Entwicklungen in Irak und Syrien und im Mittleren Osten allgemein kann schlussendlich festgestellt werden, dass die friedliche Lösung der kurdischen Frage in der Türkei, allen voran für die beteiligten Parteien, aber auch für die Bevölkerung allgemein, gewinnbringend sein wird.

Die demokratische Lösung des Problems in der Türkei wird einen Ausstrahlungseffekt auslösen und zur Stabilisierung der ganzen Region beitragen. Die kurdische Seite agiert und widmet sich diesem Prozess nur aus dieser Überzeugung. Trotz der Hinhaltetaktik und des reformpolitischen Schleichgangs der türkischen Regierung. Die Alternative zur friedlichen Lösung ist der Krieg. Ein Krieg würde die Türkei in einen fragilen Status wie im Irak, in Syrien oder Ägypten versetzen. Dass das für keine Partei vorteilhaft ist, liegt auf der Hand.

Die kurdische Seite hat in diesem Prozess ihre Rolle mehr als erfüllt. Nun ist die Regierung an der Reihe. Die positiven oder negativen Schritte der Regierung werden den Gang des Prozesses bestimmen. ♦

Bericht aus den Bergen Şengals

Verraten und verkauft

Interview mit Hayri Kızıler, Qamişlo, 20.08.2014, ANF

In einem Interview mit der Tageszeitung Yeni Özgür Politika berichtet der Journalist Hayri Kızıler über die Ereignisse im nordirakischen Şengal (Sindschar) und in den Şengal-Bergen nach den Angriffen des Islamischen Staates (IS). Kızıler, der sich seit zehn Monaten in Şengal aufgehalten hat, äußert sich u. a. darüber, wie sich die Peschmerga-Kräfte Südkurdistans schlagartig zurückzogen, ohne die Bevölkerung zu warnen, die daher plötzlich mit der Gefahr eines Massakers konfrontiert war. Des Weiteren schildert er den Überlebenskampf der in die Şengal-Berge geflohenen Menschen und kritisiert dabei die voreingenommene Berichterstattung einiger Medien.

Die Weltöffentlichkeit hat durch Deine Pressearbeit über die Geschehnisse in Şengal erfahren. Seit etwa zehn Monaten hältst Du Dich in der Region auf. Könntest Du uns zunächst etwas darüber erzählen?

Mit Şengal werden die ÊzîdInnen in Verbindung gebracht. Neben diesen leben im Stadtzentrum von Şengal auch sunnitische und schiitische AraberInnen, schiitische TurkmenInnen und sunnitische KurdInnen. Die nichtêzîdischen Bevölkerungsgruppen wurden im Zuge der Deportations- und Umsiedlungspolitik Saddam Husseins im Zentrum angesiedelt. Die umliegende Landbevölkerung besteht nach wie vor allein aus ÊzîdInnen. Einzig in Tilbenad leben daneben noch schiitische KurdInnen. Auffallend ist, dass die heiligen Stätten der ÊzîdInnen nur in der Bergregion liegen.

Als Mûsil (Mosul) von ISIS eingenommen wurde, warst Du in Şengal. Könntest Du die Gefühlslage der EinwohnerInnen schildern?

Mûsil wurde vom IS ohne wirklichen Widerstand der irakischen Armee erobert. Daraufhin griff er die turkmenische Bevölkerung an; viele flohen nach Şengal, da den TurkmenInnen niemand außer den ÊzîdInnen Hilfe zu leisten schien. Ich weiß zwar nicht, auf welchen Abkommen es beruhte, aber innerhalb eines Monats wurden die TurkmenInnen per Flugzeug über Dohuk und Hewlêr (Arbil) nach Nadschaf, Kerbela und Bagdad befördert. Ein wenn auch nur kleiner Teil der turkmenischen Bevölkerung hat sich dazu entschieden, in Şengal zu bleiben.

Was passierte danach? Gab es im Vorfeld Anzeichen für einen Angriff auf Şengal? Könntest Du die Situation und die Gefühlslage dort vor einem Monat beschreiben?

Zunächst wurden einige Gebiete südwestlich Şengals, in denen sunnitische AraberInnen leben, vom IS erobert. Die Grenze zu Syrien war sowieso schon in ihrer Hand, Tel Afar, westlich von Şengal, ebenso. Das nördlich Şengals liegende Stadtviertel Zumar war von ihm besetzt, die Volksverteidigungseinheiten (YPG aus Rojava) konnten ihn mit Unterstützung von Peschmergas der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) aus einigen Teilen Zumars zurücktreiben. Bei *[dem Grenzort]* Rabia handelt es sich um einen für Şengal strategisch wichtigen Punkt. Der Westen Rabias wurde von YPG-Einheiten kontrolliert, der Osten vom IS. Mit der kompletten Einnahme Rabias sollte Şengal umzingelt werden. Das wurde jedoch von Kräften der YPG verhindert. Ihnen gelang es, das an Rabia grenzende Til Koçer (Al-Yarubiyah) als auch Cezaa unter ihre Kontrolle zu bringen.

Was passierte in Şengal während dieser Vorfälle?

In Şengal bestand eine Art Doppelherrschaft. Neben Militär- und Polizeikräften der irakischen Zentralregierung kontrollierten Peschmerga der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) die Stadt. Während in Tel Afar versucht wurde, sich um

die dorthin geflüchteten schiitischen TurkmenInnen zu kümmern, kam es in Şengal an vier verschieden Stellen zu insgesamt sieben Drohangriffen des IS. Das sorgte innerhalb der Bevölkerung für Beunruhigung. Nahezu sämtliche DorfbewohnerInnen Şengals errichteten Stellungen, um sich gegen mögliche Angriffe verteidigen zu können. Rund um die Uhr wurde Wache gehalten. Nach jeder IS-Attacke griffen die Peschmerga-Kräfte kurzzeitig ein und eilten zum Ort des Geschehens. Es war ein regelrechtes Hin und Her, ohne irgendwelche Verluste auf beiden Seiten. Das verwirrte die Menschen.

Wie sah die Reaktion der Bevölkerung aus?

Die wollte Widerstand leisten. Allerdings wurde ihr gesagt, dass sie sich zurückhalten sollten. In nahezu jedem Dorf standen Peschmerga. Die wurden gefragt, warum sie denn nicht einschreiten würden. Ihre Antwort war, dass es sich dabei um Befehle handle.

Du sagst also, die Bevölkerung war bereit, gegen den IS zu kämpfen?

Die Bevölkerung wollte die Angriffe beantworten. Doch das wurde ihr von der Kommandantur der PDK-Peschmerga nicht gestattet, im Gegenteil, ihr wurde gesagt, sie solle keinen Widerstand leisten. Es hieß, dass der IS bei Widerstand noch schwerere Waffen einsetzen würde. Obwohl die Bevölkerung von der Peschmerga Waffen forderte, wurden sie ihr verweigert. Als sie an Waffen kam, die bei der Flucht der irakischen Armee zurückgelassen worden waren, wurden diese sogar am nächsten Tag von der Peschmerga konfisziert.

Wenn wir nun zu dem Angriff in der Nacht vom 2. auf den 3. August zurückkehren …

Gegen drei Uhr nachts weckten uns Explosionsgeräusche. Von da an war ich nur noch am telefonieren. Die erste Nach-



Foto: DIHA

richt kam aus dem Dorf Girzerik. Die IS-Kämpfer hatten es mit schweren Waffen angegriffen. Heftige Gefechte waren zu beobachten. Um halb vier dehnten sie sich auf Siba Şêx Xidir aus. Die Bevölkerung leistete unermüdlich Widerstand. Im Zentrum von Şengal herrschte regelrecht Panik, alle wollten die Stadt verlassen. Dann erfuhren wir, dass der IS weitere Dörfer angegriffen hatte. Gegen sechs Uhr trafen die ersten Verletzten im Krankenhaus Şengal ein. Dadurch erfuhren wir, dass die Situation noch schlimmer war, als im ersten Moment vermutet.

Was machten die PDK-Peschmerga und das irakische Militär währenddessen? Hat nur die Bevölkerung gekämpft?

Ich habe das auch versucht zu verstehen. Als Erstes sah ich, dass die Peschmerga ihre Taschen packten, die schweren Waffen mitnahmen und Şengal im Konvoi verließen. Das verwirrte mich. Sie haben der Bevölkerung noch nicht einmal mitgeteilt, dass sie aufbrechen wollten. Als das kämpfende Volk das mitbekam, waren sie davon natürlich sehr mitgenommen, gerieten geradezu in Panik. Sie sammelten ihre Kinder ein, stiegen in die Autos und flüchteten. Wer keinen Platz mehr in den Autos fand, flüchtete zu Fuß in Richtung Şengal-Berge. Weil ich ebenfalls dazu gehörte, machte ich mich gegen dreiviertel zehn auch zu Fuß auf den Weg in Richtung Berge. Die Bevölkerung sagte, man hätte uns verkauft. Gegen zehn spazierten die IS-Banden in Şengal ein. Viele hatten es noch nicht geschafft zu fliehen und blieben zurück. Gegen elf hörten wir eine große Explosion. Sie hatten Sitî Zeyneb, die heilige Stätte der SchiitInnen, in die Luft gejagt. Zehntausende strömten Richtung Berge.

Wer hatte die Idee, in die Berge zu flüchten? Gab es nicht die Befürchtung, der IS könne die auch einnehmen?

Die Leute überlegten nicht, wohin sie fliehen könnten. Der einzige Gedanke war, so schnell wie möglich Şengal zu verlassen. Und alle bewegten sich in Richtung Berge. Der Süden und der Westen waren nicht zugänglich. Den Norden des Berges hatten die Menschen allerdings auch schon vorher als Weg aus Şengal hinaus genutzt, weil er einfach der sicherste war, also bereits bevor der IS in Şengal ankam.

Unterwegs kam es immer wieder zur Unruhe in der Bevölkerung. Der Weg aus dem Stadtzentrum war kürzer als für die meisten Dörfer in der Umgebung. Die Stadt liegt nämlich direkt am Fuß des Berges. Dennoch brauchten wir ganze zwölf Stunden, um hinaufzugelangen. Wir waren durstig und es war heiß. Ich führte die Fernsehberichterstattung während der gesamten Flucht weiter fort. Am Ende waren wir so durstig und hatten einen so trockenen Mund, dass Lippen und Zunge wund waren. Wir konnten deshalb ein paar Tage lang nichts essen. Durst und Staub hatten unserem Mund und Hals zugesetzt. Stellt Euch die Situation mal vor: Kinder, die weinen, ältere Menschen, die nicht mehr laufen können. Dann die Jugendlichen, die immer wieder vorneweg auf Anhöhen klettern, um Wasser zu suchen und den Leuten zu bringen. Auf unserem Weg sahen wir bereits Leichname von Menschen, die es nicht geschafft hatten. Ich habe es zwar selbst nicht gesehen, aber eine Mutter berichtete, dass sie ihr unterwegs verstorbenes Kleinkind unter einem Stein beigesetzt hatte. Sie konnte noch nicht einmal weinen.

Was machten die Familien mit ihren Kindern, die keine Autos hatten?

Ich möchte eines ergänzen. Nachdem der IS Mûsil eingenommen hatte, herrschte auch in Şengal großer Benzinmangel. Die Benzinpreise schossen in die Höhe und es war kaum welches zu finden. Darum konnte ein großer Teil der Bevölkerung, trotz Auto vor der Tür, nicht damit fliehen und musste zu Fuß los. Ein Teil bereits in der Nacht. Der Grund dafür war, dass die Peschmerga-Kräfte Şengal teilweise bereits gegen ein Uhr nachts verlassen hatten. Wer das mitbekam, muss sich gedacht haben, dass wohl etwas nicht stimmt, und so entschloss sich ein Teil von ihnen, auch in der Nacht zu fliehen. Viele wollten über den Berg in Richtung Dohuk. Doch ihnen wurde der Weg vom IS in der Nähe von Rabia abgeschnitten. Den Peschmerga-Kräften und der Bevölkerung, die schnell reagiert hatten, gelang es, nach Dohuk zu kommen. Alle anderen mussten wieder zurück und blieben auf dem Şengal-Berg.

Waren es ausschließlich êzîdische Kurdinnen und Kurden, die auf den Berg flüchteten?

Im Zentrum von Şengal und in den umliegenden Dörfern lebten rund 450 000 Menschen. Etwa 250 000 von ihnen hatten ihre Heimat bereits vor der Ankunft des IS verlassen. Die übrigen rund 200 000 mussten auf dem Berg Zuflucht suchen, die meisten von ihnen waren êzîdische KurdInnen. Aber es gab auch eine kleinere Anzahl schiitischer TurkmenInnen, schiitischer KurdInnen und schiitischer AraberInnen.

Die Menschen flohen auf die Berge, ohne zu wissen, was sie dort erwartet. War es da eigentlich sicher?

Auf den Berg führten allein zwei Wege. Wenn es dem IS über einen der beiden gelungen wäre hinaufzugelangen, hätte vielleicht auch niemand überlebt. Auch wenn der Berg umzingelt war und es kaum Wasser gab, so war er nun Zufluchtsort für 200.000 Menschen. Die Frage war nur, wie lange das gut gehen würde. Die Peschmerga sah keinen Grund, um den Berg gegen den IS zu halten. Es war niemand von ihnen dort. Aber nach dem IS-Angriff auf Şengal bekamen wir mit, dass die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) bereits zuvor öffentlich erklärt hatte, dass sie bei Bedarf bereit sei, die Şengal-Berge zu verteidigen. Auch waren sieben bewaffnete Mitglieder der Volksverteidigungskräfte (HPG aus Kandil) dort oben. Sie schützten die beiden Zufahrtswege.

Auf den Şengal-Berg?

Ja, genau. Die Menschen strömten weiter hinauf. Allerdings machten sich auch IS-Mitglieder auf, um den Berg einzunehmen. Als dann Schüsse an den Berghängen zu hören waren, schreckten die Menschen oben auf. Wir haben später erfahren, dass die HPG aufgrund eines befürchteten Angriffs auf Şengal bereits sieben Leute auf dem Berg positioniert hatten. Der IS versuchte von einem Zufahrtsweg aus mit sechs Fahrzeugen und schweren Waffen auf den Berg zu gelangen. Sie kamen uns gefährlich nah. Wie gesagt, es waren 200 000 Menschen auf dem Berg, wir hörten Schüsse und bekamen Panik. Dann merkten wir, dass die HPG-KämpferInnen auf die Islamisten schossen. Sie schalteten einen Wagen aus und töteten zwei ihrer Mitglieder. Der andere Weg auf den Berg war in sehr schlechtem Zustand, weshalb der IS es von dort gar nicht erst versuchte.

Nachdem Du auf dem Berg warst, hast Du über Telefonschaltung im Fernsehen immer wieder über die Situation berichtet. Du scheinst also da oben keine Netzprobleme gehabt zu haben.

Nachdem ich oben war, machte ich mir Gedanken, wie ich der Außenwelt über Internet und Telefon von der Situation da oben berichten kann. Ich suchte den Berg ab und fand eine Stelle, an der ich Verbindung zum Netz hatte und mich auch mit dem Internet verbinden konnte. Die ersten Aufnahmen vom Şengal-Berg konnte ich erst 24 Stunden nach unserer Ankunft losschicken.

Ich begab mich dann zwischen die Menschen. Es machte sich eine große Hoffnungslosigkeit breit. Die meisten bewegten sich kaum von der Stelle. Sie wussten nicht, wohin sie sollten. Wir hatten ohnehin Nahrungsmangel. Dann war es am Tag sehr heiß und im Dunkeln sehr kalt. Es war schwer, diese Bedingungen lange auszuhalten.

Der größte Bedarf war wohl das Wasser. Wie habt Ihr das Problem gelöst?

An den Berghängen gab es zwei Dörfer: Kersê und Çilmêra. Von beiden Dörfern aus wurde Wasser hinauftransportiert. In die unzugänglicheren Ecken trugen die Jugendlichen das Wasser in Kanistern. Sie brachten es auch zu denen, die sich weiter in Richtung des Berges auf der Flucht befanden. Die Menschen organisierten sich in relativ kurzer Zeit und fanden eine Lösung für das Wasserproblem. Für die Sicherheit sorgten die HPG-KämpferInnen. Und der IS hatte nach seinem ersten Scheitern keinen weiteren Versuch mehr unternommen, den Berg einzunehmen.

Welches Gefühl löste die Selbstorganisierung bei den Menschen auf dem Berg aus?

Vor allem die gewährleistete Sicherheit beruhigte die Menschen sehr. So konnten sie sich Gedanken machen, wie sie von dem Berg wieder runterkommen würden. Sie dachten wohl, dass ich als Journalist über mehr Informationen verfügen würde als sie, und fragten mich andauernd, wann weitere HPG-KämpferInnen kommen würden. Doch dann erreichte uns zuerst eine größere YPG-Einheit aus Rojava. Sie hatte sich den Weg zum Şengal-Berg freigekämpft. Kurz darauf kam nach der Erklärung Murat Karayılans ebenfalls eine HPG-Einheit aus Kandil in die Region. Am 5. August organisierte dann die Bevölkerung ihre eigene Verteidigung. Nach Gesprächen zwischen den YPG und den Dorfältesten der ÊzîdInnen wurde der Beschluss gefasst, die Verteidigungseinheiten von Şengal (YPŞ) zu gründen. Die meisten ÊzîdInnen waren ohnehin bewaffnet und nicht gewillt, ihre Heimat einfach so zu verlassen. So wurde aus der siebenköpfigen Verteidigungskraft des Şengal-Bergs eine 2 000-köpfige Einheit. Und die Bevölkerung fühlte sich nun sicher. Mit der Ankunft von YPG und HPG schöpfte sie wieder Hoffnung.

Im Fernsehen gab es viele Berichte über Hilfsladungen, die mit Hubschraubern auf den Berg gebracht wurden. Kannst Du dazu etwas sagen?

Ich glaube, es war der vierte Tag, da flogen die ersten Hubschrauber mit Hilfsgütern über den Berg. Aber bei 200 000 Menschen war das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch es muss gesagt werden, dass die Hilfslieferungen den Menschen, wenn auch nicht zum Sattwerden, doch zu mehr

Hoffnung verhalfen. Denn die Leute merkten dadurch, dass sie nicht vergessen worden waren. Wir merkten, dass unser Leid die Außenwelt erreicht hatte.

Als die Hubschrauber kamen, starben zwei Leute, die in einen von ihnen hineinzuklettern versuchten. Zwei weitere Menschen starben, weil ein abgeworfenes Paket auf sie fiel. Später begannen die YPG, aus Rojava Nahrungsmittel wie Mehl, Zucker und Salz mit Lastwagen auf den Berg zu bringen. Nach vier Tagen dort oben hatte sich die Atmosphäre nun gewandelt und die Menschen waren hoffnungsvoller. Nach acht Tagen erklärten die YPGlerInnen, dass der Fluchtkorridor gesichert sei. Davor waren nur Kranke und Verletzte runtergebracht worden. Aber am achten und am neunten Tag wurden etwa 80 % der Menschen auf dem Berg durch den Fluchtkorridor runtergebracht. Am Fuß des Berges warteten Fahrzeuge für die Geschwächten, die anderen marschierten und wechselten sich mit anderen auf LKWs ab.

Auch ich begleitete die Menschen, nachdem sie vom Şengal-Berg heruntergebracht worden waren. Ich hatte das Gefühl, dass sie großes Vertrauen zur PKK hatten. Wie war die Situation auf dem Berg?

In fast allen Gesprächen sagten die Menschen auf dem Berg, die Peschmerga habe uns verkauft. Auch dort wussten viele, dass sie, wenn überhaupt, dann von der PKK gerettet werden würden.

Dennoch hieß es in Südkurdistan in der Berichterstattung, dass angeblich die Peschmerga kämpfe, während zeitgleich die USA IS-Stellungen bombardierten.

Diese falsche Berichterstattung bekamen wir mit. Es wurde auch berichtet, dass die notwendigen Hilfsgüter die Menschen



Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) aus Rojava kamen der Bevölkerung von Şengal zu Hilfe. Foto: DIHA

auf dem Berg erreicht hätten. Diese fühlten sich durch diese Lügen verletzt. Auch von groß angelegten Luftangriffen bekamen wir nichts mit. Wir sahen und hörten Drohnen über uns fliegen. Ein, zwei Mal hörten wir auch Bombeneinschläge in der Nähe von Sinunê und einmal aus Şengal. Aber ansonsten tat sich wirklich nichts. Vom Berg aus hatten wir einen guten Überblick. Und die Leute waren ohnehin sehr aufmerksam, weil es immerhin um ihr Leben ging. Ich glaube, es war am fünften oder sechsten Tag, da kam eine Gruppe Peschmergas mit einem Hubschrauber auf den Berg. Die Menschen griffen sie an. Die PKK-Kräfte stellten sich dazwischen und schützten sie vor der Wut der Bevölkerung. Nachdem dann die YPG den Fluchtkorridor zum Berg abgesichert hatten, kam eine Gruppe von 70 bis 80 Peschmergas auf den Berg, auch ihr wurde die Wut gezeigt. Am Ende kam eine US-Abordnung mit Peschmergas, die wurden ebenfalls angegriffen. Die Bevölkerung wollte die Peschmerga nicht mehr, weil sie wusste, dass sie von ihnen verraten worden war.

Nachdem Du die Menschen vom Berg hinunter begleitet hattest, bist Du auch mit ins Newroz-Flüchtlingscamp in Rojava gegangen. Kannst Du Deine Eindrücke von dort schildern?

Es war dort zu merken, dass die Menschen teilweise gelassener waren. Ihre Grundbedürfnisse konnten dort befriedigt werden. Es gab Zelte, Kleidung, Milch für die Kinder und warmes Essen. Es gab genügend Betten und auch die Trinkwasserfrage war geklärt. Die Menschen versuchten dort, die Erschöpfung der Tage auf dem Berg abzuwerfen.

Als ich im Camp war, sah ich kaum Jugendliche. Ist Dir das auch aufgefallen?

Ja, das liegt daran, dass viele zurück auf den Şengal-Berg sind, um sich dort den Verteidigungseinheiten anzuschließen. Einige Mütter sagten mir, dass sie ihre Söhne zurückgeschickt hätten. Die Leute haben Şengal nicht aufgegeben. Sie sagten, dass es ihre Heimat, ihre heilige Stätte sei und sie um keinen Preis diese Region so einfach den Islamisten überlassen würden.

Rund 10 000 Menschen haben Şengal ohnehin nicht verlassen. Sie haben dort ein Camp aufgeschlagen und wollen nicht weg. Aber es herrscht Nahrungsmittel- und Wassermangel. Dafür muss eine Lösung gefunden werden.

Du willst auch zurück, wie wir mitbekommen haben. Warum?

Ich hatte zehn Monate unter diesen Menschen gelebt. Als dann der IS-Angriff begann, machte sich auch in mir Hoffnungslosigkeit breit. Ich fragte mich, was mit diesen 200 000 Menschen werden soll. Dort waren rund 7 000 Peschmerga gewesen. Hätten sie nicht dasselbe leisten können, was die sieben HPG-KämpferInnen auf dem Şengal-Berg leisteten? Sie haben es einfach nicht gemacht. Sie sagten, es habe den Befehl zum Rückzug gegeben und sie hätten ihn ausführen müssen. Aber mit einer solchen Antwort kann man sich nicht zufriedengeben. Was ist mit ihrer Menschlichkeit? Mit ihrem Gewissen? Wie kann man 200 000 Menschen ohne irgendetwas einfach so sich selbst überlassen? Uns erreichten jeden Tag neue Todesmeldungen. Das hat uns sehr mitgenommen. So gut wie jede Familie hatte Tote zu beklagen. Aber wir versuchten uns dennoch selbst Mut zu machen. Wir wissen, dass es keinen anderen Ausweg gibt, als Widerstand zu leisten. Und ich will mich als Journalist nicht von den Menschen abheben, die vor Ort Widerstand leisten. Mit welchem Recht auch. Ich habe zehn Monate lang mit ihnen gearbeitet, habe mit ihnen Reportagen und Programme für den Fernsehsender ÇIRA TV gemacht. Und jetzt will ich nicht im vergleichsweise sicheren Rojava sitzen, während sie weiter vor Ort sind.

Als Du im Fernsehen per Liveschaltung über die Situation berichtet hast, merkte man, dass das Ganze nicht so einfach für Dich war. Kannst Du uns ein wenig beschreiben, was Du fühltest, als Du die Außenwelt über die Situation auf dem Şengal-Berg informiert hast?

Als während einer Übertragung die Moderatorin nach der Situation der Kinder fragte, musste ich einfach weinen. Ich versuchte mich zu beruhigen und berichtete von ihrer Lage. Den Zustand der Kinder und der alten Menschen zu sehen, war einfach nicht zu ertragen. Und dann das Leid der Mütter. Wenn wir Aufnahmen machten, war es oft so, dass sie vor der Kamera weinten und ich hinter der Kamera. Manchmal, als sie mich weinen sahen, versuchten sie sich selbst zu beruhigen und trösteten mich. Am schlimmsten waren die ersten Tage. Als ich mit IMC TV verbunden war, konnte ich kaum sprechen. Ich sagte, dass dies ein riesiger Verrat der Peschmerga an uns war. Sie hatten die Menschen noch nicht einmal informiert, dass sie den Ort verlassen würden. Sie hätten zumindest sagen können: »Wir haben Befehl, den Ort zu verlassen. Geht Ihr auch.« Dann hätten die Menschen fliehen können, solange die Fluchtwege noch sicher waren. Aber sie haben einfach 450 000 Menschen sich selbst überlassen. Wie können sie das mit sich vereinbaren? Und dann berichten Zeitungen und Sender wie Rûdaw, die Peschmerga würde dort kämpfen. Wie können sie so lügen? Diese Medien haben sich und uns genauso verkauft wie die Peschmerga. ♦

Şengal:

Islamischer Staat, kurdische (Un-) Abhängigkeit und das Versagen des Nationalstaatsparadigmas

Dilar Dirik

Eines Tages wachte die Welt auf und merkte plötzlich, dass die Religionsgemeinschaft der Êzîden existiert und dass eine radikale Dschihadistengruppe namens Islamischer Staat, IS (früher auch bekannt als Islamischer Staat in Irak und Syrien, ISIS), Menschen im Irak ermordet. Offenbar sei der IS »durch die Region gefegt«, habe plötzlich, unvorhersehbar, unberechenbar, ohne Warnung, aus dem Nichts angegriffen! Und die nächstbeste Idee, die uns im Hinblick auf eine Lösung der Krise in den Sinn kommt, sind westliche Intervention und Bomben …

Manche sagen, man solle in Krisenzeiten nicht mit Schuldzuweisungen anfangen – ein sehr bequemer Ausweg für all jene Parteien, Institutionen und Staaten, die aktiv oder passiv zum Aufstieg, zur Verbreitung und zur Etablierung des Islamischen Staates beigetragen haben! Was für eine morbide Art, einen ungerechten Krieg im Irak, die internationale Vereinnahmung und Instrumentalisierung des so genannten »arabischen Frühlings«, den globalen Waffenhandel, sektiererische Politik, Islamfeindlichkeit und den »Krieg gegen den Terror« einzutrüben, um die Verantwortung weit, weit wegzuwerfen, bis die nächste »unabwendbare« Tragödie kommt! Im Gegenteil, die Opfer dieses modernen Völkermords zu respektieren bedeutet, offen und kritisch zu sprechen, so dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. Wie viel von diesem Inferno, das derzeit durch den Mittleren Osten weht, war wirklich unabwendbar? Ist der IS wirklich aus dem Nichts entstanden? Und wie realistisch ist es zu glauben, dass er nach ein paar US-Luftangriffen verschwinden wird?

Die aktuelle Krise als Ergebnis der Politik der herrschenden Weltordnung zu verstehen, die Regierung nur im Rahmen von Staat, Macht und Hegemonie begreift, kann uns helfen, die Heuchelei des US-amerikanischen Retter-Komplexes und der »europäischen moralischen Pflicht« zu verstehen, Waffen an Verbündete zu liefern, nachdem zuvor begeistert Waffen an Länder wie Saudi-Arabien und Katar verkauft wurden, die die Dschihadisten offen unterstützen, während das NATO-Mitglied Türkei den Islamisten Möglichkeiten gab, sich frei über die Grenze zu bewegen und ärztliche Behandlung in türkischen Privatkliniken zu bekommen. Es wird ebenfalls dazu beitragen zu erklären, wie dieselbe von den USA unterstützte kurdische Partei, die seit langer Zeit auf eine arrogante und chauvinistische Weise und auf Kosten von Kurden in anderen Regionen ihre Unabhängigkeit vom Irak propagiert, ihre Truppen so schnell aus Şengal (Sindschar) ohne Kampf zurückziehen konnte, so dass die Êzîden dem IS ausgeliefert waren, und wie stattdessen die international ausgegrenzten Kurden ohne ausländische Unterstützung Zehntausende von Êzîden retteten und dennoch als Terroristen bezeichnet werden. Inwiefern enthüllt die humanitäre Katastrophe in Şengal das wahre Gesicht des Status quo, genauer gesagt des Paradigmas des Nationalstaates mit seinen kapitalistischen, chauvinistischen, patriarchalischen Grundlagen? Und wie konnte die kurdische »Unabhängigkeits«-Partei am Ende so abhängig von anderen sein, während die kurdischen Parteien, die nicht mehr für einen Staat kämpfen, weil sie ihn als inhärent repressiv begreifen, und denen deshalb von Nationalisten vorgeworfen wird, auf »Unabhängigkeit« zu verzichten, eine ganze Gemeinde retteten, indem sie eine alternative, bedeutendere Form der Unabhängigkeit, außerhalb der vorgegebenen Parameter des Staates, an den Tag legten?

Anfang August wurden Tausende von êzîdischen Kurden, Mitglieder einer alten Religionsgemeinschaft, die bereits 72 Massaker in ihrer Geschichte erlebt hat und jetzt erneut vor einem weiteren Völkermord steht, Opfer von Massenmordaktionen des IS in Şengal, einem Ort, den die Êzîden als heilig betrachten. Zehntausende von Menschen waren gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und in die nahe gelegenen Şengal-Berge zu fliehen. Viele Menschen, vor allem Kinder und ältere Menschen, starben auf der Flucht und Zehntausende waren tagelang in den Bergen gestrandet, wo sie dem Tod durch Hunger und Dehydration ins Gesicht sahen. Eigentlich hätten die Êzîden in Şengal von den Peschmerga (kurdischen Kampfeinheiten, wörtlich »die, die den Tod konfrontieren«) der De-

mokratischen Partei Kurdistans (PDK), der regierenden Partei der Autonomen Region in Südkurdistan (Nordirak) geschützt werden sollen. Als der IS allerdings einen Angriff auf Şengal startete, zogen sich diese Kräfte unmittelbar ohne Kampf und ohne Vorwarnung zurück, so dass die Bevölkerung der Gnade des IS überlassen war. Zeugen berichten, dass die Peschmerga sich weigerten, die Menschen mit Waffen zu versorgen, so dass sie sich wenigstens selbst hätten verteidigen können. Hunderte von Menschen wurden brutal ermordet, während Zehntausende verzweifelt in die nahe gelegenen Şengal-Berge flohen, wo sie ohne Nahrung, Wasser, Medizin oder andere Grundversorgung gestrandet sind. Man schämt sich, auf sachliche Art und Weise über diese unmenschlichen Massaker zu schreiben.

Stattdessen waren es die Volksverteidigungseinheiten (YPG) und die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) – die seit zwei Jahren Rojava gegen das Assad-Regime sowie dschihadistische Banden verteidigen –, die die verblassende irakisch-syrische Grenze überquerten, um die Êzîden, die eigentlich von der viel besser ausgestatteten PDK geschützt werden sollten, zu verteidigen. Durch die Schaffung eines humanitären Korridors waren die YPG/YPJ in der Lage, Zehntausende von gestrandeten Flüchtlingen zu retten. Anschließend haben sie das Newroz-Flüchtlingslager in Dêrik, Rojava, gegründet, wo unzählige Flüchtlinge nun auf weitere humanitäre Hilfe warten. Kurz nach der YPG-/YPJ-Intervention trafen auch die Guerillas der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) von den Kandil-Bergen ein, um sich dem Kampf gegen den IS anzuschließen und die angegriffenen Menschen und Regionen zu verteidigen.

Die êzîdischen Flüchtlinge, schockiert und enttäuscht vom Abzug der stark idealisierten Peschmerga-Streitkräfte, verfluchen nun die PDK und sagen Dinge wie »Gott und die PKK haben uns gerettet«, »Wenn die PKK die Êzîden nicht gerettet hätte, würden wir nun keinen Einzigen am Leben sehen« oder »Die, die die PKK nicht kennen, sollen es herausfinden; sie haben den Şengal-Berg befreit«. Viele haben sich den Reihen der YPG/YPJ angeschlossen, um ihre heilige Heimat zu befreien und zurückzuerobern.

Sehr zum Vorteil der PDK applaudierten die Mainstream-Medien »kurdischen Kämpfern« zur Rettung der Êzîden aus den Bergen und warfen somit »die Kurden« in einen monolithischen Topf. Auch wenn die Peschmerga-Kräfte nun mit US-Unterstützung einige strategische Siege erlangen, hat die PDK, die erst im Juni die irakische Armee ausgelacht hatte, die in Mûsil (Mosul) und Kêrkuk vor ISIS-Attacken in die Flucht gerannt war, die Êzîden in Şengal im Stich gelassen. Dennoch gibt es einige Nachrichtenartikel und TV-Programme, die es auf wundersame Weise schaffen, ganze Berichte über die Situation in Şengal zu veröffentlichen, ohne auch nur einmal die Schlüsselrolle der YPG/YPJ und der PKK-Guerilla zu erwähnen, obwohl diese eine in jeder Hinsicht eindrucksvolle Rettungsmission geleistet haben und nun einstimmig von den Flüchtlingen gelobt werden. Einige Artikel erwähnen die »syrischen Kurden« marginal in ein oder zwei Sätzen, bevor sie dann zur Diskussion übergehen, warum die »US-alliierten, prowestlichen, irakischen Kurden es verdienen, gegen den IS bewaffnet zu werden«. In einem Bericht wurde das Lob eines Zeugen für YPG/YPJ und PKK als Lob für »Peschmerga« übersetzt. Es gibt sogar eine überraschende Menge an Artikeln über Peschmerga-Frauen ohne Kampferfahrung, die gegen den IS kämpfen wollen. Auch wenn die Absichten dieser Peschmergas bestimmt mutig sind, ist es interessant, dass Frauen in den YPG/YPJ, die intensive Erfahrung im Kampf gegen den ISIS/IS haben, weil sie bereits seit fast zwei Jahren gegen ihn kämpfen und dabei auch sterben, nicht so viel schnelle Aufmerksamkeit erhalten haben.

Primitiver Nationalismus, fratrizide Verratspolitik und (Un-)Abhängigkeit

Seit langer Zeit führen die PDK und ihr Vorsitzender, der Präsident der Autonomen Region, Masud Barzanî, eine Kampagne für die kurdische Unabhängigkeit vom Irak. Dabei betreiben sie eine aktive Politik der Ausgrenzung und Feindseligkeit gegenüber den Kurden in der Türkei, Syrien und dem Iran. Eine der engsten Verbündeten der PDK ist die Türkei, ein Land, in dem 10 000 Kurden als politische Gefangene in Gefängnissen sitzen, weil sie dort immer noch für die Anerkennung als gleichberechtigte Bürger kämpfen. Ein weiterer Staat, der die Politik der Regionalregierung Kurdistan (KRG) dominiert, ist der Iran, wo kurdische Aktivisten regelmäßig vom Regime exekutiert werden. Der Opportunismus der PDK, um ihre eigene Macht zu festigen, erreichte ihren Höhepunkt, als sie eine äußerst feindselige Haltung gegenüber Kurden in Rojava einnahm, als diese inmitten des syrischen Bürgerkriegs drei autonome Kantone für die regionale Selbstverwaltung schufen. Abgesehen von aggressiver Propaganda schloss die PDK die Grenze für Flüchtlinge, die den IS-Massakern entfliehen wollten, und hielt humanitäre Güter zurück. Im April ging die Partei sogar so weit, einen Grenzgraben zwischen West- und Südkurdistan auszuheben. Dabei richteten Peschmerga-Kämpfer Waffen auf die protestierende Menschenmenge an der Grenze. Die Menschen nahmen dies als Hochverrat wahr und nannten es ein »zweites Lausanne«. Wie ironisch, einen kurdischen Staat zu propagieren und von Kurden als das zweite Lausanne bezeichnet zu werden! Das Freiheitsverständnis der PDK definiert sich über kapitalistisches Wirtschaftswachstum, idealisiert durch »unabhängige« Erdölverkäufe, Luxushotels und Einkaufszentren, während es aktiv die in Lausanne gezogenen Grenzen bekräftigt und dadurch zur Unterdrückung anderer Kurden beiträgt. Dementsprechend ist der Abzug der

Peschmerga eigentlich nicht allzu überraschend. Sie wurden für die Unabhängigkeitspropaganda instrumentalisiert, um die Männlichkeit des »unbesiegbaren« De-facto-Staates zu symbolisieren. Die Mystifizierung des Peschmerga-Seins assoziiert diese Identität mit dem kurdischen Freiheitskampf. Aber was zuvor echte »Konfrontation des Todes« gegen die Armee von Saddam Hussein war, hat sich zu einem regulären Job mit Gehalt entwickelt. Abgesehen davon sind die Einheiten nach politischen Loyalitäten aufgeteilt, so dass YNK *[Patriotische Union Kurdistans; zweite dominante Kurdenpartei in Südkurdistan]* und PDK ihre eigenen Milizen in bestimmen Regionen besitzen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass etliche ältere Menschen im Ruhestand sich den Peschmergas angeschlossen haben, um gegen den IS zu kämpfen, während die jüngere Generation ohne Kampferfahrung weniger Motivation zeigt, zumal viele von ihnen aufgrund aktueller Budgetkürzungen der zentralirakischen Regierung für die südkurdische Regierung nicht regelmäßig bezahlt wurden. Der Schutz der Menschen, der sonst für Propagandazwecke verherrlicht wird, wurde auf einen weiteren Teil der Institution des Staates reduziert.

Ideologisch steht die tribal-feudale, konservative PDK in krassem Kontrast zu der linken Ideologie der kurdischen politischen Bewegung um die PKK, der traditionellen Rivalin der PDK. Obwohl die PKK mit dem Ziel eines unabhängigen kurdischen Staates in den späten 70er Jahren aufbrach, hat sie ihre Vision verändert und fördert nun radikale lokale Basisselbstverwaltung, basierend auf der Geschlechterfreiheit und ökologischem Wirtschaften. Somit sollen die bestehenden willkürlichen Grenzen bedeutungslos gemacht werden. Die Ideologie lehnt die Institution des Staates als unterdrückendes und hegemoniales System ab und verwirft den Nationalismus als ein primitives, rückständiges Konzept. Diese Abkehr von Staatlichkeit als das ultimative Manifest der »Unabhängigkeit« hat nationalistische Parteien wie die PDK dazu veranlasst, der PKK-nahen Bewegung vorzuwerfen, den »kurdischen Traum« aufgegeben zu haben. Die Revolution in Rojava steht ideologisch den PKK-Ideen nahe und das System, das dort aufgebaut wird, gründet sich größtenteils auf dem Konzept des »Demokratischen Konföderalismus«, basierend auf den Theorien Abdullah Öcalans, des ideologischen Vorsitzenden der PKK. Dies wurde von der internationalen Gemeinschaft als Grund für die Kriminalisierung und Ausgrenzung der Rojava-Kantone genutzt. Ein Beispiel dafür ist der Ausschluss der Kurden von der Genf-II-Friedenskonferenz Anfang 2014, die die Krise in Syrien lösen sollte – trotz der Tatsache, dass Rojava die einzige Region in Syrien ist, die es geschafft hat, säkulare, demokratische, inklusive Selbstverwaltungsstrukturen inmitten eines Bürgerkrieges und Angriffen des Assad-Regimes und der Dschihad-Gruppen zum Trotz aufzubauen.

Stimmt es wirklich, dass Ideologie keine Rolle mehr in der Politik spielt, wie oftmals behauptet? In vielerlei Hinsicht veranschaulichen die Ereignisse in Şengal die Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus in Aktion und das Scheitern des Paradigmas des Nationalstaates. Bei dem Versuch, Befreiung im Sinne des kapitalistischen Wachstums zu definieren, wobei beispielsweise ein seltsamer Stolz in Erdölverkäufen gefunden wird, von denen wirklich nur ein paar Multi-Millionär-Stämme profitieren, statt die Entwicklung der Gesellschaft auf eine wertvolle Art und Weise zu fördern, und bei dem Versuch, Unabhängigkeit nur innerhalb der engen Parameter des Nationalstaates zu finden, hat sich die PDK komplett versklavt und ist nun absolut von anderen *abhängig*. Trotz der Macho-Versuche, Unabhängigkeit auf Kosten anderer Kurden und anderer Völker in der Region zu erklären, scheiterte die PDK daran, ihre eigenen Bürger zu schützen, und veranschaulicht somit, dass die Bestätigung der herrschenden Machtordnung gleichbedeutend mit dem Gegenteil von Unabhängigkeit ist. Diejenigen, die jetzt in völliger Verleugnung des Abzugs ihrer Helden von Şengal sind, versuchen nun, ihr Gesicht zu wahren, indem sie jede Kritik an der PDK unter Berufung auf diese geheimnisvolle Sache namens »kurdische Einheit« abwehren. Natürlich ist es sehr bequem, Kritik an der PDK als



Flüchtlinge in der Steinwüste bei Şengal Foto: DIHA

Provokation gegen die »Einheit« darzustellen. Aber in Wirklichkeit ist es sehr offen und klar, wer durch seine opportunistische Politik zur Un-Einheit unter Kurden beigetragen hat. Die PDK förderte durch ihre Feindseligkeit gegenüber Rojava den Aufstieg des IS. Als Kurden in Rojava vom IS massakriert wurden, grub die PDK eine Grenze und richtete Waffen auf die Menschen. Und jetzt, wo Südkurdistan bedroht ist, ist es nicht die grenzgrabende, ölverkaufende, wohlhabende, etablierte und international unterstützte kurdische Partei, die PDK, die Zehntausende von Menschenleben in ihrem Machtbereich gerettet hat, trotz ihrer arroganten Unabhängigkeitskampagne. Die, die den Nationalstaat ablehnen, haben *unabhängig* eine Rettungsmission gestartet, *unabhängig* ohne fremde politische, wirtschaftliche oder militärische Unterstützung gegen den IS gekämpft, und *unabhängig* ein Flüchtlingslager für über zehntausend Êzîden gegründet, weil ihr Verständnis von Selbstbestimmung, Freiheit, Autonomie und Unabhängigkeit den restriktiven, unterdrückenden Rahmen, in dem die Institution des Staates operiert, ablehnt. Ihr Bestehen auf Selbstvertrauen und Eigenständigkeit illustriert einen bedeutenderen Begriff von Unabhängigkeit sowie wahre Einheit, trotz ihrer Kritik am Nationalismus als rückwärtsgewandtes Dogma. Bekanntlich waren es schließlich PKK, YPG/YPJ und die Guerilla der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) aus Rojhelat (Ostkurdistan), die ihre sofortige Unterstützung für Südkurdistan erklärten, als Mûsil und Kêrkuk angegriffen wurden, genauso wie sie jetzt Südkurdistan schützen, unabhängig vom Opportunismus der PDK. Außerdem strebt ihre Vision nicht nur nach der Einheit der Kurden, sondern aller Völker, wie ihre Politik in der Praxis auch bezeugt. Offensichtlich besteht hier ein gewaltiger Unterschied zwischen verschiedenen Auffassungen von »Unabhängigkeit« und »Einheit«.

Die Politik der PDK beutet die nachvollziehbare emotionale Bindung der Menschen an Freiheit aus, die einen Völkermord unter Saddam Hussein erlebt haben. Daraus resultiert eine Mentalität, die das Bewusstsein der Menschen so weit verzerrt, dass jede Herausforderung der korrupten Herrschaft als »Versuch, das zu zerstören, was wir durch viele Opfer schwer verdient haben«, bezeichnet wird. Das Verständnis der PDK von Freiheit ist, das zu haben, was alle anderen auch haben – Macht, Establishment und Hegemonie. Doch in Wirklichkeit ist absolut kein Staat im Mittleren Osten autonom und unabhängig auf eine ernst zu nehmende Art und Weise. Was veranlasst die Menschen dazu zu denken, dass die KRG, die selbst immer noch an die irakische Regierung gebunden ist, die ebenfalls eine Marionettenregierung der USA ist, zu etwas werden kann, das es wert ist, »unabhängig« genannt zu werden? Wenn die Menschen ein solches System bevorzugen, das auf leerem, chauvinistischem Nationalismus und völliger Abhängigkeit von ausländischen Mächten, in der Illusion, unabhängig zu sein, basiert, dann sollten sie das Paradigma des Nationalstaats mit all seiner Hässlichkeit und Korruption akzeptieren. Sie sollen entscheiden, ob es ein würdiger »kurdischer Traum« ist, wenn eine iranische Botschaft in Südkurdistan eine Erklärung abgeben kann, die besagt, »Kurdisch ist keine Sprache«. Oder ob es eine Quelle des Stolzes sein sollte, dass der türkische Außenminister Davutoğlu die südkurdische Bevölkerung auf



»Bekanntlich waren es schließlich PKK, YPG/YPJ und die Guerilla der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) aus Rojhelat (Ostkurdistan), die ihre sofortige Unterstützung für Südkurdistan erklärten, als Mûsil und Kêrkuk angegriffen wurden, genauso wie sie jetzt Südkurdistan schützen ...« Foto: DIHA

Kurdisch anspricht, wenn Tausende von politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen sitzen, weil sie wollen, dass die kurdische Sprache eine Rechtsgrundlage in der Türkei hat. Wenn das das Kurdistan der Träume ist, sollte man weniger überrascht sein, dass diese Art von »Unabhängigkeit« bedeutet, verzweifelt auf amerikanische Hilfe warten zu müssen, während êzîdische Bürger massakriert werden. Aber dann hätte man auch nicht die irakische Armee in Mûsil und Kêrkuk auslachen sollen. Oder vielleicht sollte man einfach aufhören, den Begriff der Unabhängigkeit zu missbrauchen. Aber die PDK, mit ihrer hinterhältigen Propaganda über Staatlichkeit, nutzt Begriffe wie »Unabhängigkeit« – clevere Terminologie, zu der kein vernünftiger Kurde, so glaubt man, Nein sagen würde – aus, um ihre Macht zu konsolidieren. Das sollte jedoch eine Beleidigung für die Menschen sein, die in der Hoffnung auf Freiheit tapfer gegen Saddam Hussein gekämpft haben.

Es ist keine Überraschung, dass im Juni dieselbe vom Staat besessene Mentalität begeistert Netanjahu für seine Unterstützung eines kurdischen Staates lobte. Obwohl man denken würde, dass die Kurden das Leiden der Palästinenser unter der faschistischen Apartheid-Besatzung des Staates Israel sehr gut verstehen sollten, ist es wieder einmal das Dogma des Staates, das Moralität in Bezug auf Machtinteressen definiert, was zu der absurden Schlussfolgerung führt, sich mit Israel verbünden zu müssen. Vielleicht haben sich ja die Kurden, die Netanyahu applaudiert hatten, geschämt, als kurz nach seiner Erklärung zur Unterstützung der kurdischen Staatlichkeit ein erneuter mörderischer Feldzug gegen das palästinensische Volk durch Israel ins Leben gerufen wurde.

Dieselbe Mentalität, die sich auf diese Illusion von Unabhängigkeit stützt, hält die Menschen in einem so tiefen Zustand falschen Bewusstseins, dass sie fast schreien »Vielen Dank für die Bomben, Amerika!«, als wäre die US-Außenpolitik darauf aus, Bomben aus ihrer zufälligen, bedingungslosen Liebe für das kurdische Volk heraus auszuteilen. Zunächst einmal ist der aktuelle Diskurs in den internationalen Medien – der durch Kalkulationen, ob die Kurden Unterstützung »verdienen«, je nachdem, wie »treu« sie dem Westen gegenüber sein könnten, die Kurden wie auswechselbare Objekte behandelt – absolut unverschämt, rücksichtslos und erniedrigend. Über die Köpfe von Menschen hinweg, die einem Völkermord ins Gesicht starren, spekulieren westliche Analysten, welche Gruppen westlichen Interessen besser dienen können und ob diese es verdienen, mit den gleichen Waffen, die vom Westen zuvor an korrupte Regierungen verkauft wurden, die diese dann leichtherzig an Dschihadisten übergeben haben, gesegnet werden sollten. Zweitens gehören der globale Waffenhandel und die US-Politik zu den Faktoren, die diese schreckliche Situation verursacht haben, die in allem außer im Namen der Dritte Weltkrieg ist. Somit ist es schwer vorstellbar, wie sie gleichzeitig die Lösung darstellen sollen. Die schweren Waffen in IS-Besitz wurden beim Überfall auf Mûsil erbeutet; es sind hauptsächlich US-amerikanische. Zu glauben, dass der IS mit ein paar Luftangriffen oder der Bewaffnung von Marionettenregimes beseitigt werden kann, ist Wunschdenken. Zumindest für diejenigen, die das Gefühl haben wollen, etwas Sinnvolles vollbracht zu haben, um mit einem besseren Gewissen schlafen zu können. Aber für die herrschenden Mächte ist es der klügste Weg, ihre Interessen in der Region zu reproduzieren. Lassen wir das mal für einen Moment sacken: Nachdem die USA einen ungerechten Krieg im Irak begannen, den zweiten Kalten Krieg in Syrien spielten, die kurdischen Kantone in Rojava, die trotz ihrer extremen Situation überaus progressive Strukturen geschaffen haben, ignorierten und die Augen vor der offensichtlichen Unterstützung ihrer Verbündeten für Dschihadisten schlossen, bombardieren sie jetzt das Gebiet erneut, um eine radikal-islamistische Gruppe zu bekämpfen, die US-amerikanische Waffen besitzt und die nie so weit ohne ausländische Unterstützung (insbesondere von US-Verbündeten wie der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars) gekommen wäre – und von uns werden Standing Ovations erwartet! Die Amerikaner werden wieder einmal als Retter des Mittleren Ostens gelobt, auch wenn ihre Hilfe auf den Şengal-Bergen ankam, lange nachdem diejenigen, die sie als Terroristen bezeichnen, die Menschen bereits gerettet hatten! Wie kafkaesk!

Abgesehen davon sind die Luftangriffe ein unnachhaltiger Versuch einer Lösung und werden bloß den Untergang der Region auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Grobe militärische Aktion ignoriert die Tatsache, dass der IS über eine stabile Unterstützerbasis vor allem unter Sunniten verfügt, die sich von Al-Malikis Schiiten-Regime sowie Assads Alawiten-Regime entfremdet und an den Rand gedrängt fühlen. Die USA und europäische Staaten haben diese bestehenden konfessionellen Konflikte aktiv ausgenutzt. Der IS konnte wegen eben dieser sektiererischen Spannungen Mûsil und somit schwerste US-Artillerie kinderleicht einnehmen. Diese Einstellung ignoriert des Weiteren die Tatsache, dass der IS nicht aus ein paar verrückten, irrationalen Banditen besteht, sondern eine gut organisierte Gruppe ist, die Rhetorik und Technologie auf eine gefährlich professionelle Art und Weise benutzt. Sie ignoriert die Tatsache, dass so genannte »Kollateralschäden« in ungerechten Kriegen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit tatsächlich Verluste von Leben hunderttausender realer Menschen waren, deren Gemeinden nun Rache nehmen wollen. Sie ignoriert die Tatsache, dass viele der Dschihadisten aus europäischen Ländern kommen, nachdem Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit sie in Gesellschaften, die Chancengleichheit lehren, diskriminiert haben. Natürlich rechtfertigt absolut keiner dieser Aspekte die barbarischen Massenmorde des IS, aber es wird deutlich, dass eine bloße Bombardierung des Symptoms die Krankheit nicht entfernen kann. Eine

Krankheit, die von US-amerikanischer und europäischer Außenpolitik, globalem Waffenhandel und der Unterstützung für Dschihadisten durch NATO-Verbündete sowie von bestehenden konfessionellen Spannungen angeheizt worden ist. Die Völker des Mittleren Ostens sowie EU-und US-Bürger verdienen das zu wissen.

Die Lösung kann nicht die bloße Bombardierung des IS sein, sondern muss radikal und politisch sein und muss unter anderem die Anerkennung von Akteuren beinhalten wie den Kantonen in Rojava sowie der PKK, die die wichtigsten Parteien bei der Rettung der Êzîden gewesen sind und die seit fast zwei Jahren gegen Dschihadisten kämpfen. Nicht, weil sie Unterstützung »verdienen«, sondern weil sie Legitimität durch die Unterstützung von Millionen Menschen in der Bevölkerung, die sie als ihre Vertreter betrachten, genießen. Hierzu gehört auch unbedingt die Streichung der PKK aus den EU- und US-Terrorlisten. Zumindest würde das den Verwirrten der Medien und der Öffentlichkeit helfen, die sich den Kopf über die komplexe Situation kratzen, dass nun Terroristen gegen Terroristen kämpfen, nachdem sie zuerst durch den Kalten Krieg und dann seit dem 11. September darauf konditioniert worden sind, an eine Welt in Schwarz-Weiß zu glauben. Terrorlisten machen keinen Unterschied zwischen grausamen, barbarischen, unmenschlichen Banditen wie dem IS oder politischen Akteuren, die die Interessen des Status quo herausfordern. Und im Fall der PKK kriminalisiert die Terror-Zuschreibung ganze Gemeinden von gewöhnlichen Menschen. Ebenso müssen die Rojava-Kantone erhört werden. Bisher haben die Verantwortlichen der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava unermüdlich versucht, diplomatische Kontakte mit politischen Akteuren aufzubauen, doch ihnen wurden mehrfach Visen in einige EU-Länder sowie in die USA abgelehnt.

Abgesehen davon, dass die Bombardierung der Gegend eine kurzfristige Lösung ist, wird die Weiterführung der gleichen bisherigen politischen Strategien dasselbe korrupte, sektiererische System der Abhängigkeit in der Region verewigen und nur den Prozess des langsamen Todes des Mittleren Ostens verlängern. Das Dogma des Nationalstaats und der hegemonialen Macht loszulassen hat somit auch das Potenzial, die Völker des Mittleren Ostens von der Stockholm-Syndrom-ähnlichen Zwangsjacke zu befreien, die nach Westen schauen, wann immer sich eine Krise abzeichnet. Natürlich führt der Zustand der Staatenlosigkeit zur Gefährdung ganzer Gemeinden, in einem System, das ganze Lebensrealitäten verleugnet, indem es nur wenige institutionalisierte Formen der Macht namens Staaten anerkennt. Die Kurden wissen das am besten. Doch das Problem ist nicht Staatenlosigkeit, sondern der Staat. Die Ablehnung des Staates bedeutet nicht Kapitulation, denn der Staat darf nicht mit Autonomie, Freiheit oder Unabhängigkeit verwechselt werden. Im Gegenteil, die Ereignisse in Şengal zeigen deutlich die Mängel dieses Konzeptes. Wie ein Kommandeur der PKK, Duran Kalkan, sagt: »Das Wesen des Staates ist eine Quelle organisierter Unterdrückung und Ausbeutung. Der Staat ist ein System, ein Staat zu sein bedeutet, ein Teil des Systems zu sein. Das bedeutet Abhängigkeit und Kollaboration. Kleine Staaten sind abhängig von größeren Staaten, und sie sind alle abhängig vom Staatensystem. Es ist ganz klar, dass der Staat nicht frei und unabhängig sein kann. Nur Gesellschaften mit einem freien und unabhängigen Bewusstsein können wirklich frei und unabhängig sein.« Die Institution des Staates hat unsere Denkmuster so sehr indoktriniert, dass wir fast nicht in der Lage sind, uns ein alternatives System vorzustellen.

Doch wenn wir uns die Kantone in Rojava anschauen, können wir ein hoffnungsvolles Beispiel dafür sehen, wie sich, trotz einiger Mängel durch Unerfahrenheit und des Mangels an Ressourcen aufgrund wirtschaftlicher und politischer Embargos, demokratische, säkulare und frauenbefreiende Strukturen der Selbstbestimmung entwickeln können. Die Rojava-Revolution hat nicht zum Ziel, sich von Syrien abzuspalten, da sie die Grenzen von Sykes-Picot nicht als gültig betrachtet. Doch trotz der internationalen Marginalisierung und des Kampfes gegen Assad und Islamisten unter schwierigen Bedingungen waren es Kämpfer aus Rojava, die zur Rettung der Êzîden in Südkurdistan kamen. Diese Art der Freiheit und Unabhängigkeit sollte ein viel bewundernswerteres Ziel sein, als sagen zu können: »Ich habe einen Staat, ich bin ein Teil des Systems.«

Der Islamische Staat führt des Weiteren einen gezielten Krieg gegen Frauen. Er versklavt sie für ein oder zwei Stunden dauernde so genannte »Dschihad-Ehen«, um sie so mit so genannter »religiöser Zustimmung« zu vergewaltigen. Sie haben es für »halal« (d.h. »zulässig«) erklärt, die Frauen auf der Seite ihrer Feinde zu vergewaltigen, und benutzen sexuelle Gewalt als systematische Kriegswaffe. Es wird geschätzt, dass Tausende von Frauen entführt, vergewaltigt oder auf Sklavenmärkten verkauft wurden. Delegationen, die Şengal besucht haben, berichten von Hunderten von Frauen, die Selbstmord begangen haben, um nicht in die Hände des IS zu fallen. Doch das Konzept des Demokratischen Konföderalismus und die Befreiungsideologie der kurdischen Frauenbewegung können auch eine starke und radikale Gegenkraft zur grauenvollen Mentalität des IS darstellen. YPJ-Kämpferinnen geben an, dass die Dschihadisten glauben, ihren Status als Märtyrer zu verlieren, wenn sie von einer Frau getötet werden. Die kurdische Frauenbewegung kämpft aber nicht nur auf dem Kriegsgelände gegen diese ultrapatriarchalische Mentalität, sondern hat ein weites, sozial emanzipatorisches Projekt im Sinn, das bereits in vieler Hinsicht das Patriarchat in Kurdistan zu einem bemerkenswerten Grad hinterfragt und bekämpft hat. Das Bewusstsein der Gesellschaft für die Befreiung der Frau zu ver-

ändern und dadurch Freiheit auf grundlegende Prinzipien wie die Gleichberechtigung der Geschlechter zu gründen – wie sich bereits in vielen Elementen der Bewegung manifestiert, sei es in der Rojava-Verwaltung oder in Nordkurdistan (Südosttürkei), wo kurdische Frauen mehr als 60 % aller Bürgermeisterinnen in der ganzen Türkei ausmachen (mehr als 80 %, wenn die Kobürgermeisterinnen dazugezählt werden) –, ist eine viel nachhaltigere Form des Kampfes gegen die Mentalität des IS. Immerhin nutzt dieser den in der Region vorherrschenden konservativen Begriff der »Ehre« zur Kontrolle über weibliche Sexualität und Körper aus. Den Staat als die institutionelle Erweiterung des Patriarchats zu kritisieren hat immens zur Befreiung der Frauen in Kurdistan beigetragen. Das ist die Ideologie hinter den Kämpferinnen, die den Dschihadisten des IS eine so große Angst einflößen, dass sie Frauen den Krieg angesagt haben.

Die Kämpfer der kurdischen Streitkräfte aus Rojava, die seit zwei Jahren international ausgegrenzt werden, und Guerillas der PKK, die als Terrororganisation gebrandmarkt ist, haben der internationalen Gemeinschaft eine Lektion in humanitärer Intervention erteilt. Sie haben außerdem der PDK, dem Macho von Staatlichkeit, gezeigt, was wahre Unabhängigkeit und Autonomie bedeuten. Das Volk kann sich nur selbst befreien und diese letzten paar Wochen haben gezeigt, dass es zu Abhängigkeit und Unfreiheit führt, die Marionette der globalen kapitalistischen, nationalstaatsorientierten Ordnung zu sein, während diejenigen, die außerhalb des herrschenden Systems denken, effizient und eindrucksvoll Tausende von Leben gerettet haben. Es ist höchste Zeit, dass wir überdenken, welche Art von Freiheit wir uns vorstellen. Das schulden wir den Êzîden und allen Menschen, die von den Händen des Islamischen Staates ermordet wurden. ♦

Dilar Dirik schreibt regelmäßig für die »Kurdistan Tribune« und »Your Middle East«. Auf ihrem Blog »Peace in, peace out« finden sich weitere Texte: http://dilar91.blogspot.co.uk/

Eine politische Lagebetrachtung

Die Rückkehr des hegemonialen Krieges in Kurdistan

Nilüfer Koç, Kovorsitzende des Nationalkongresses Kurdistan KNK

Eine politische Analyse des Irak oder eines anderen Staates im Mittleren Osten bedarf stets der Grundkenntnisse in der Geschichte dieser Region, vor allem nach den 1990ern. Denn das gegenwärtige Chaos, vor allem seit der Einnahme von Mûsil (Mossul) Anfang Juni und der folgenden Angriffe des Islamischen Staates (IS) auf Gebiete in Südkurdistan (Nordirak), erschweren ein klares Bild. Täglich sind wir mit den Folgen einer brutalen Politik konfrontiert, in der zwar der Name einer terroristischen Organisation auftaucht, aber die Frage, woher sie kommt, wer sie unterstützt und fördert, offenbleibt. Der Charakter des gegenwärtigen Krieges in der Region hat eine unglaubliche Professionalität erreicht, in der die eigentlichen Verursacher des Krieges und des Terrors verdeckt bleiben. Im Gegensatz zum Ersten und Zweiten Weltkrieg, wo die Verursacher transparent waren, wird jetzt ein Krieg im rechtsfreien Raum geführt, gegen den scheinbar weder politisch noch rechtlich vorgegangen werden kann. Dieser Krieg lässt auch die Genfer Kriegskonvention außer Acht. Der IS führt einen Stellvertreterkrieg im Namen von Staaten, die selbst angeben, ihn zu bekämpfen. Mit einer einfachen Annäherungsweise ist dieser Krieg kaum zu verstehen und schwer nachvollziehbar. Es ist daher ratsam, dieses Labyrinth der Politik mit Geschichtswissen zu entwirren. Aus der Geschichte wissen wir, dass seit 1400 Jahren im »Namen des Sunnismus und der Schia« Kriege der regionalen und globalen Großmächte, unter dem Deckmantel des Islam, verdeckt geführt werden. Aber was in dieser Region passiert, hat wenig mit dem Islam und den Völkern zu tun. Es ist ein purer Machtkampf, ein dritter Aufteilungskrieg, der mit dem Fall der Sowjetunion begonnen hat. Es ist ein schleichender Krieg und er findet an vielen Orten gleichzeitig statt. Die demografische Zusammensetzung dieser Länder wird dann über Flüchtlingswellen bestimmt. Hierfür eignen sich Instrumente wie Al-Qaida, Al-Nusra-Front, IS/ISIS, Hamas, Hisbollah. Sie führen im Namen größerer Mächte den Stellvertreterkrieg.

Die Ereignisse seit dem Fall Mûsils zeigen eine politische Wende und einen Bruch in der bisherigen Politik im Irak. Die über schiitische und sunnitische Lager definierte Polarisierung hat sich mit Mûsil verstärkt. Der 1400 Jahre alte Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten stellt eine geeignete Basis und zugleich Tarnung für den Machtkrieg um die Neue Weltordnung dar. Einzelne Staaten, wie USA, EU, Iran, Türkei, Russland und China, haben verschiedene Vorstellungen. Der Machtkonflikt variiert zwischen Konfrontation und Kooperation. Al-Qaida, ISIS/IS, Hamas, Hisbollah etc. eignen sich als benutzbare Instrumente. Die Sicherheitsapparate der Staaten unterhalten über verdeckte Kanäle Beziehungen zu diesen Organisationen. Diese agieren dann anhand des Diskurses der Konfrontation oder Kooperation. Es ist ein komplexes System, das mit dem herkömmlichen Politikverständnis nicht nachvollziehbar ist. Die Vernetzung der Staaten mit diesen Organisationen könnte Stoff für einen neuen Wissenschaftszweig liefern.

Der Mittlere Osten ist seit 1400 Jahren Opfer eines ungelösten Konflikts. Er ist einerseits die Grundlage für politische Polarisierung, andererseits der Boden, auf dem Machtkämpfe ausgefochten werden können. Kurdistan geriet historisch gesehen des Öfteren in die Schusslinie zwischen diesen beiden islamischen Konfessionen. Bereits im 17. Jahrhundert wurde es Schauplatz eines ähnlichen Machtkampfs zwischen der schiitisch-persischen Dynastie der Safawiden und dem Osmanischen Reich, das der sunnitischen Konfession angehörte. Kurdistan wurde infolge des Krieges zwischen diesen beiden Mächten 1639 im Vertrag von Kasr-ı Şirin geteilt *[diese Aufteilung besteht im Wesentlichen bis heute]*. Im 20. Jahrhundert entflammte dieser Konfessionskrieg zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitischen Irak erneut. Wieder hatten die Kurden in Iran-Irak-Krieg einen hohen Preis bezahlen müssen.

Heute steht Kurdistan wieder im Mittelpunkt eines Krieges zwischen schiitischen und sunnitischen Lagern. Im Grunde hat er wenig mit dem Islam zu tun, vielmehr benutzen die nach Macht strebenden Kräfte diesen ungelösten Konflikt.

Vom neuen Irak, nach dem Sturz Saddam Husseins 2003, wurde ein Bild gezeichnet, das die Schiiten als Opfer, die Sunniten als Verlierer und die Kurden als eigentliche Gewinner darstellte. Bis zum »Arabischen Frühling« und bis zum Beginn der Krise in Syrien 2011 war dieses Bild so gültig. Unmittelbar



Vor den Terrorbanden des IS vorerst gerettet: Kinder aus Şengal auf dem Weg nach Rojava. Foto: DIHA

mit dem Umwälzungsprozess 2011 intensivierten sowohl die USA als auch der Iran ihren Machtkampf um die Kontrolle des Irak und das oben gezeichnete Bild veränderte sich. Die Sunniten, als Verlierer, bekamen nun das Siegel der Opfer. Das schiitische Regime des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki hatte mit iranischer Unterstützung die sunnitischen Araber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich übergangen. Diese Diskriminierung ließ sowohl die Armut der Menschen wachsen als auch systematische Unruhen sich maßlos ausweiten, was die eigentliche Grundlage für die Mobilisierung der sunnitischen Araber für den Islamischen Staat IS schuf. Die Flucht des ehemaligen Vizepräsidenten Tariq al-Hashimi 2012 bildete den Höhepunkt der sunnitischen Unzufriedenheit. Der kurdische Präsident des Irak, Dschalal Talabani, dem bisher eine angemessene Politik der Balance zwischen Sunniten und Schiiten gelungen war, erkrankte. So blieb dem Ministerpräsidenten die alleinige Herrschaft über das Schia-Regime in Bagdad. Zudem ließ der Erfolg Al-Malikis die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Sunniten schwinden. Es folgten die Aufstände der Sunniten in Al-Anbar und Falludscha. Das war die Einladung für die Dschihadisten der Al-Qaida. Eine ihrer Splittergruppen, die in Syrien gemeinsam mit der Al-Nusra-Front kämpfte, war der Islamische Staat in Irak und Syrien (ISIS), in dem zahlreiche sunnitische Araber aus dem Irak vertreten waren. Es waren zumeist ehemalige Getreue Saddam Husseins, die sich aufrüsteten, um gemeinsam das Al-Maliki-Regime zu bekämpfen. Die ISIS-/IS-Führung besteht zum großen Teil aus Militärs und Beamten der Ära Saddam Husseins. ISIS/IS fand schnell Unterstützung, vor allem aus Saudi-Arabien, Jordanien und den Golfstaaten, da diese ohnehin ihre Expansionspolitik über den Sunnismus definieren. Die Türkei schloss sich diesem Bündnis an, um einen Autonomiestatus für die Kurden in Syrien ähnlich dem im Irak zu verhindern. Der Westen, die USA und einige europäische Staaten, hielten Saudi-Arabien und den Golfstaaten den Rücken frei, da sie gegen die Expansionsbestrebungen des Iran waren. Die Türkei und die genannten Staaten waren sich auch in Bezug auf die kurdische Sache einig: Keine Autonomie für die Kurden, da dies nicht ihrem Ziel dient. Deshalb haben diese Kräfte den ISIS/IS trotz dessen Verbrechen gegen die Menschlichkeit toleriert. Mit ISIS/IS, Al-Nusra und den restlichen 45 dschihadistischen Gruppen als Instrumente der aufgeführten Staaten führen sie in Syrien und Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) einen unbeschreiblichen Kampf. Al-Nusra, die zwei Jahre lang in Rojava Krieg führten, verloren an Stärke. Gegen die Kurden und insbesondere gegen die Volks- und die Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) schafften sie es nicht, sich zu behaupten. Ihre Strukturen im arabischen Teil Syriens wurden durch die vom Assad-Regime und dem Iran unterstützten anderen dschihadistischen Gruppen geschwächt. Die Jabhat al-Nusra zum Beispiel kämpfte anfangs gemeinsam mit dem ISIS/IS in Syrien. Mit der Intervention des Iran mittels anderer dschihadistischer Gruppen wurde ihre Spaltung befördert und somit vor allem die Einmischung der Türkei geschwächt, die über die Al-Nusra-Front ihren Krieg gegen die Selbstverwaltung Rojavas führte. Der Iran, das syrische Regime und weitere Dschihadisten setzten den ISIS/IS gegen die Kurden in Rojava in Bewegung. Es mag paradox klingen, aber in Rojava kam es mittelbar zu einem iranisch-syrisch-türkischen Bündnis. In puncto Kurden waren sie sich indirekt einig, diese sollten nicht zu Wort kommen.

Unter den zahlreichen dschihadistischen Gruppen ist der ISIS/IS die stärkste. Mit ihrer Kriegserfahrung und Unterstützung in Syrien streben sie die Expansion in den Irak an. Die Unzufriedenheit der arabischen Sunniten im Irak, deren Aufruhr in Falludscha, boten dem ISIS eine günstige Gelegenheit. In der zweitgrößten irakischen Stadt Mûsil hatte die Unzufriedenheit enorme Ausmaße angenommen, die dem ISIS Tür und Tor öffnete. Im ISIS wurde die Rettung gesehen. Mûsil war nach Falludscha der Höhepunkt des sunnitisch-arabischen Aufstands.

Im bisher unterschwelligen, mit der Übernahme Mûsils aber offensichtlichen Krieg im Irak hat der Iran eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die Befürchtung wächst, dass nach Mûsil, Şengal und Maxmur der Krieg lange Jahre andauern kann. Von September 1980 bis August 1988 dauerte der erste Golfkrieg. Das bedeutet, der schiitisch-sunnitische, d. h. arabisch-persische Machtkampf hat ohnehin eine lange Vorgeschichte. Der Iran führt in Syrien seinen Krieg gegen die USA, die EU, die Türkei, die Golfstaaten, Saudi-Arabien und Jordanien über die Stärkung des Assad-Regimes. Denn solange diese Auseinandersetzung in Syrien andauert, wird sie die Kontrahenten schwächen und außerdem vom Iran fernhalten. Über seine Bündnispartner, die Hamas in Palästina und die Hisbollah im Libanon, das syrische und das irakische Regime, kann der Iran seinen Krieg führen. Durch Provokationen der Hamas konnte der palästinensisch-israelische Konflikt erneut aufgeschaukelt werden und mehr als tausend unschuldige Palästinenser wurden in Gaza durch die israelische Armee getötet. Außerdem nahm der Iran die Unterstützungserklärung Israels für einen unabhängigen kurdischen Staat im Irak als Provokation wahr; was mit einen Grund für die Auseinandersetzungen in Gaza lieferte.

Insgesamt lässt sich von einer meisterlichen Politik des Iran sprechen, da sie dazu führte, dass sowohl die USA als auch die EU-Staaten ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Iran erneuern mussten.

Nach den Angriffen auf Mûsil, Şengal, Maxmur, Jelawla, Xaneqîn (Chanaqin) stellt sich natürlich die Frage, ob Irakisch-Kurdistan zu einer zweiten Kriegsfront neben Syrien wird.

Hier beginnt jetzt die Befürchtung eines langwierigen Konflikts zwischen dem Iran und den Koalitionspartnern des sogenannten sunnitischen Lagers. Iran hat im Krieg in Syrien aktiv mitgemischt, um zu verhindern, dass der Krieg geografisch in seine Nähe rückt. Mit den Auseinandersetzungen jetzt ist das aber geschehen. Ob dieser Krieg mit dem IS oder einer neu installierten Terrorbande geführt wird, das wird die Zeit zeigen.

Die gegenwärtigen Bemühungen der USA und der EU, Südkurdistan militärisch aufzurüsten, lassen das befürchten. Die Not, in die Irakisch-Kurdistan nach dem Genozid an den Êzîdis in Şengal geraten ist, sollte Anlass zur Beendigung dieses schmutzigen Krieges geben. Aber wie es aussieht, wird Winston Churchill leider nochmals bestätigt werden: »Großbritannien hat keine ewigen Feinde, keine ewigen Freunde, nur ewige Interessen.« Es bleibt nun an uns Kurden, den weiteren Werdegang zu bestimmen.

Rolle und Verantwortung der Kurden

Eine wichtige Rolle beim weiteren Werdegang dieses Krieges werden die Kurden spielen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sie aus der eigenen Geschichte gelernt haben. Eine Parteinahme in diesem brutalen und rechtsfreien Krieg würde zu katastrophalen Folgen führen. Wie am Beispiel Şengals zu sehen ist. Während die Kurden in Rojava/Syrien jenseits der sunnitisch-schiitischen Polarität eine eigenständige politische Strategie entwickeln, haben führende kurdische Parteien in Irakisch-Kurdistan über das strategische Bündnis mit der Türkei für das sunnitische Lager Partei ergriffen. Es ist nunmehr international bekannt, dass der IS verdeckte passive wie aktive Beziehungen mit der Türkei pflegt. Der türkische Krieg gegen Rojava lief über den ISIS. Die Türkei hat nicht nur Rojava zu bekämpfen versucht, sondern sich auch in innerkurdische Konflikte eingeschaltet, um sie gegen Rojava zu wenden. Andererseits hat sie Parteien im Rat der Kurden aus Syrien (ENKS) über zahlreiche Konferenzen in Istanbul gegen die Partei der Demokratischen Union (PYD) aufgestachelt. Auch hat die AKP-Regierung im Doppelspiel Bagdad und Hewlêr (Arbil) gegeneinander aufgehetzt. Konflikte zwischen Bagdad und Hewlêr schwelten ohnehin aufgrund der Wirtschaftspolitik, vor allem um Erdölgeschäfte und Zolleinnahmen. Sie wurden von der AKP über die kurdische Region angeheizt und befeuerten somit auch die antischiitische Haltung gegenüber dem Al-Maliki-Regime. Hinter der Absicht, Al-Maliki zu schwächen, steckt als eigentliche Strategie die Schwächung des Iran, da das Mullah-Regime großen Einfluss in Bagdad hat.

Abdullah Öcalan hatte bereits vor längerer Zeit, noch vor dem Krieg in Syrien, die Kurden gewarnt, Partei für eines dieser Lager zu ergreifen; sie sollten aus der Geschichte lernen und die Fehler nicht wiederholen. Er will vermeiden, dass die Kurden Spielball in diesem Krieg werden. Aus diesem Grund hat er sie immer wieder zur Einberufung eines kurdischen Nationalkongresses aufgerufen und sich mehrmals schriftlich an den Präsidenten der Autonomen Region im Irak und an den Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) gewendet. Der vorgeschlagene Kongress soll eine kurdische Strategie entwickeln, mit der eindeutige Friedenssignale an die regionalen wie globalen Kräfte gesendet werden. Denn sowohl das vom Iran angeführte schiitische Lager als auch das Türkei-geführte sunnitische kämpfen nur vorgeblich für den Islam. Außerdem fahren beide Staaten eine antikurdische Politik. Beide haben Verbündete hinter sich, mit denen sie im Grunde ähnliche Machtinteressen teilen. Deshalb ist Öcalans Strategie des Dritten Weges von überlebenswichtiger Bedeutung. Ihr folgten die Kurden in Syrien mit Erfolg. Weder dem schiitischen Lager, zu dessen Verbündeten das alawitische Assad-Regime gehört, noch den sunnitischen Syrern erklärten die Kurden den Krieg. Die Diffamierung, die PYD würde mit dem Assad-Regime zusammenarbeiten, sollte die Kurden dem sunnitischen Lager zuführen. Die Devise Rojavas war es, weder für das eine noch für das andere Lager Partei zu ergreifen.

Es ist jetzt an der Zeit, in Kurdistan eine einheitliche Politik zu entwickeln. In Südkurdistan wurde über das Bündnis mit der AKP-Regierung Partei ergriffen. Auf der anderen Seite muss sich außerdem die Bündnispolitik mit dem Iran vor Augen gehalten werden. Irakisch-Kurdistan muss auch einem zu großen Einfluss des Iran zuvorkommen. Dieser verfolgt im eigenen Land fünfzehn Millionen Kurden. Wir dürfen nicht zum Instrument anderer Mächte werden und haben uns die Erfahrungen und Erfolge von Rojava zu eigen machen. Was wir brauchen, ist eine Politik der nationalen Einheit vor allem zur Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie.

Die Zersplitterung der kurdischen Parteien hat uns großen Schmerz zugefügt, in Mûsil den Assyrern, in Tel Afar den schiitischen Turkmenen und in Şengal den êzîdischen Kurden. Wir stehen jetzt vor einer historischen Verantwortung im Spiel der Großmächte, und unsere Geschichte hat viele Beispiele, wie sie diese Spiele spielen wollen.

Der Zusammenhalt der kurdischen Parteien wie PKK, PDK und YNK in Maxmur hat gezeigt, dass unsere Stärke in unserer Einheit liegt. In Maxmur haben Guerilla und Peschmerga gemeinsam gegen den IS gekämpft und ihn vertrieben. Darauf muss jetzt die politische Einheit folgen. Nur so können wir verhindern, dass Kurdistan erneut Schauplatz eines brutalen Krieges der regionalen und globalen Mächte wird. Daher müssen wir, ähnlich wie in Rojava, auch in der Autonomen Region Kurdistan unseren eigenen Weg finden. ♦

Ankara als Geburtshelfer des Terrorkalifats in Irak und Syrien

An der Brust der AKP

Nick Brauns, Journalist/Historiker

Der »Islamische Staat« (IS/ISIS) verdanke insbesondere der Türkei seinen gegenwärtigen Erfolg. Das bekundete ein Kommandant der dschihadistischen Organisation freimütig gegenüber US-amerikanischen Journalisten.[1] Nach der Einnahme der irakischen Stadt Mûsil (Mossul) hat der IS Ende Juni ein grenzüberschreitendes Kalifat in Irak und Syrien ausgerufen. Vor Massakern und anderen Gräueltaten der Gotteskrieger, die unter der schwarzen Fahne ihr mittelalterliches Verständnis des Islam mit Gewalt durchsetzen wollen, sind inzwischen Hunderttausende Menschen auf der Flucht.

Der Nahostexperte der britischen Tageszeitung »The Independent« Patrick Cockburn benennt in seinem vielbeachteten Artikel »ISIS Consolidates« Saudi-Arabien, die Golfmonarchien und die Türkei als die »Ziehväter des ISIS« und anderer sunnitischer dschihadistischer Bewegungen im Irak und in Syrien.[2] Zwar verfügten die Dschihadisten auch über lokale Wurzeln, aber ihr Aufstieg würde von äußeren sunnitischen Kräften gefördert. Während die Golfmonarchien die Finanzierung übernahmen, bestand laut Cockburn die Rolle der Türkei darin, ihre 900 Kilometer lange Grenze nach Syrien für die Gotteskrieger offen zu halten. Jahrelang diente die Türkei als Transitland für die mobilen Dschihadisten, als ihr Sprungbrett in den syrischen Bürgerkrieg, ihre Rückzugsbasis für verwundete Kämpfer und wichtigste Nachschubbasis für Munition und Logistik. Die islamisch-konservative AKP-Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte allen Feinden des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad einen roten Teppich ausgerollt. Neben dem Sturz des Baath-Regimes zielt die türkische Unterstützung für die bewaffneten syrischen Oppositionsgruppen einschließlich Al-Qaida-naher Verbände wie der Al-Nusra-Front und des IS darauf, mit ihrer Hilfe die Etablierung einer kurdischen Autonomieregion im Norden Syriens entlang der türkischen Grenze zu verhindern.

1) Anthony Faiorla/Souad Mekhennet: In Turkey, a late crackdown on Islamist fighters, The Washington Post, Online, 12. August 2014.

2) Patrick Cockburn: ISIS consolidates, London Review of Books, 21. August 2014.

Ein Großteil der aus aller Welt zum »Dschihad« nach Syrien strebenden Gotteskrieger ist in den letzten Jahren über die Türkei eingereist. Dies belegen Pässe im Kampf gefallener oder gefangen genommener ausländischer IS- oder Al-Nusra-Mitglieder mit türkischen Einreisestempeln. Hilfsorganisationen wie die der AKP nahestehende »Stiftung für Humanitäre Hilfe« (IHH) kümmerten sich nach ihrer Ankunft um ihre Unterbringung und Versorgung. Die Ein- und Durchreise geschah nicht nur mit Wissen und Billigung türkischer Behörden, diese stellten auch die nötige logistische Unterstützung. Die beweist unter anderem ein der Tageszeitung Yeni Özgür Gündem zugespielter Brief des türkischen Innenministers Muammer Güler an den Provinzgouverneur von Hatay, der wohl auch an die Gouverneure der anderen Grenzprovinzen Mêrdîn (Mardin), Riha (Urfa) und Dîlok (Antep) ging. In dem auf den 15. März 2013 datierten Schreiben wies Güler die Behörden an, die aus verschiedenen Ländern stammenden und unter Kontrolle des türkischen Geheimdienstes MIT stehenden Al-Qaida-Kämpfer logistisch durch die Bereitstellung von Wohn- und Trainingsmöglichkeiten zu unterstützen. Die Kämpfer sollten in Gebäuden des staatlichen Religionsamtes und vom Geheimdienst ausgewählten Wohnheimen untergebracht werden. Die Türkei unterstütze die Mudschaheddin im Einklang mit ihren regionalen Interessen, wird in dem Schreiben der Kampf der Gotteskrieger gegen die selbstverwalteten kurdischen Kantone in Rojava/Nordsyrien benannt. Noch im Juli geleitete der MIT Medienberichten zufolge Dutzende mit Turkish Airlines aus dem Kaukasus eingeflogene Gotteskrieger zu ihren Camps.

MIT als Waffenschmuggler

Über den türkischen Geheimdienst wurden hunderte Wagenladungen mit Waffen und Munition an die in Syrien kämpfenden Oppositionsgruppen gebracht. Ein Großteil dieser Waffen dürfte inzwischen in die Hände des IS gelangt sein. Sei es, weil dessen Kämpfer direkt mit den Waffen beliefert wurden, oder weil sich andere vormals als »gemäßigt« geltende Kampfverbände aus den Reihen der »Freien Syrischen Armee«

oder »Islamischen Front« zwischenzeitlich dem IS angeschlossen haben, oder weil diese Waffen vom IS im Kampf gegen solche konkurrierenden Rebellengruppen erbeutet wurden.

Beweise für solche von der türkischen Regierung stets bestrittenen Waffenlieferungen nach Syrien fand der Journalist Tolga Tanış im vergangenen Jahr sogar in der offiziellen Datenbank des Statistikamtes der Türkei über Importe und Exporte. Gemäß diesen Zahlen wurden zwischen Juni und Oktober 2013 47 Tonnen Waffen und Munition aus der Türkei nach Syrien geliefert.[3]

Mehrere Waffenlieferungen flogen im Zuge des Machtkampfes zwischen der AKP-Regierung und der tief im Staat verwurzelten Bewegung des Predigers Fethullah Gülen auf. Zu Jahresbeginn 2014 ließ die Staatsanwaltschaft in Hatay nach einem anonymen Tipp einen angeblichen Hilfsgütertransport der islamischen Hilfsorganisation »Stiftung für Humanitäre Hilfe« (IHH) stoppen. Offiziell handelte es sich bei dem Transport um Hilfsgüter für Turkmenen in Syrien, doch zwischen »einigen Lebensmitteln« fanden die Militärpolizisten Raketen und Munition. Ein Agent des türkischen Geheimdienstes, der den Transport begleitete, verbot die weitere Durchsuchung der Ladung, die er als »Staatsgeheimnis« deklarierte. Ohne dazu befugt zu sein, gab AKP-Provinzgouverneur Celalettin Lekesiz seine Genehmigung zur Weiterfahrt des LKW. An der Durchsuchung beteiligte Polizisten wurden vom Dienst suspendiert, ihnen drohen jetzt Haftstrafen wegen »Verrats von Staatsgeheimnissen«. Die Fahrer eines am 19. Januar 2014 auf der Straße von Adana nach Dîlok gestoppten LKW, der Granaten und Munition geladen hatte, gaben an, die Ladung am Esenboğa-Flughafen von Ankara entgegengenommen zu haben, um sie an MIT-Agenten in der Grenzstadt Reyhanlı auszuliefern. Der MIT würde die Waffen dann an die Al-Nusra-Front oder den IS verteilen. Es habe bereits mehrere solcher Transporte gegeben. »Der MIT betreibt routinemäßig Waffenschmuggel«, ist der Abgeordnete der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) Ertuğrul Kürkçü überzeugt.

Medizinische Versorgung für IS-Kämpfer

»Die Türkei hat uns den Weg bereitet. Hätte die Türkei nicht so viel Verständnis für uns gehabt, wäre der Islamische Staat nicht in seiner gegenwärtigen Position«[4], gestand ein IS-Kämpfer während seiner Behandlung in einem Krankenhaus in Ankara einem türkischen Journalisten. Die türkische Regierung sei den Mudschaheddin gewogen gewesen und habe einer großen Zahl von ihnen medizinische Versorgung ermöglicht. Dies bestätigt auch Abu Yusaf, ein Oberkommandierender des IS, der sich in der türkischen Grenzstadt Reyhanlı mit Reportern der Washington Post traf: »Wir haben für gewöhnlich einige Kämpfer – sogar hochrangige Mitglieder des Islamischen Staates – in türkischen Krankenhäusern behandeln lassen.«[5] Auch der in den Reihen des IS kämpfende frühere Berliner Gangster-Rapper Deso Dogg soll in der Türkei nach einer Schussverletzung ärztlich versorgt worden sein.

Im städtischen Krankenhaus der Stadt Kilis, 120 Kilometer nordöstlich von Hatay, werden die Dschihadisten in einer eigenen, abgeschirmten Abteilung versorgt. 30 bis 40 von ihnen sind es im Schnitt. Krankenwagen mit türkischen Nummernschildern brachten nach Augenzeugenberichten während der Gefechte mit kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) um die geteilte Grenzstadt Serê Kaniyê (Ras al-Ayn/Ceylanpınar) im Sommer 2013 verwundete Dschihadisten über die Grenze. Auch nach dem jüngsten Vorstoß des IS in die kurdischen Siedlungsgebiete des Irak wurden noch verwundete IS-Kämpfer von türkischen Ambulanzen abgeholt. Auf eine parlamentarische Anfrage der HDP, wie viele nach Kämpfen mit den YPG verwundete Dschihadisten in Krankenhäusern im nordkurdischen Teil Serê Kaniyês (Ceylanpınar) und in Kaniya Xezalan (Akçakale) versorgt würden, bestätigte Gesundheitsminister Mehmet Müezzinoğlu die medizinische Versorgung der Dschihadisten. »Unser Ministerium bietet jedem gesundheitliche Versorgung an, ohne Ansehen von Religion, Sprache, Geschlecht oder der Ethnie. In Ceylanpınar wurden bislang 319 und in Akçakale 552 Personen in türkische Krankenhäuser gebracht.«

Schwarze Fahnen in Istanbul

Der IS nutzt nicht nur die Türkei als Transitland und logistische Basis, sondern ist längst auch im Land aktiv und rekrutiert hier neue Anhänger. In einer Fußgängerzone des Istanbuler Mittelklasse-Vorortes Haznedar warb noch im Juli die Hilfsorganisation Hisader mit Transparenten, auf denen das von IS als Symbol genutzte Siegel des Propheten prangte. Der Verein, dessen Büro in dem Bezirk liegt, stellt sich auf seiner Website als eine Hilfsorganisation für Jugendliche mit Drogen- oder Alkoholproblemen vor. Auch Hilfslieferungen für Syrien hat der Verein organisiert – gewidmet wurden die Lieferungen jungen aus Haznedar stammenden Männern, die als Al-Qaida-Kämpfer getötet wurden. Der Journalist Emre Erciş veröffentlichte ein Foto, das den stellvertretenden Hisader-Vorsitzenden mit einer Kalaschnikow in der Hand in einem IS-Camp in Syrien zeigen soll. Die Mutter eines von Hisader betreuten drogenkranken Jugendlichen beschuldigte den Verein, ihren Sohn zum Dschihad in Syrien verschleppt zu haben.

3) Tolga Tanış: Beweise, dass Waffen nach Syrien gehen, Hürriyet, 15.12.2013.

4) Ariel Ben Solomon: Islamic State fighter: Turkey paved the way for us, The Jerusalem Post, Online, 30.7.2014.

5) The Washington Post, Online, 12. August 2014



Verteidigungsposten der Fraueneinheiten YPJ Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

Der Chefredakteur der kemalistischen Tageszeitung Yurt, Kerem Çalışkan, bezeichnet den Istanbuler Stadtteil Güngören mit den Vierteln Haznedar und Bağcılar als Rekrutierungsgebiete für den Dschihad in Syrien. Ein Laden in Bağcılar verkaufte offen T-Shirts mit dem IS-Logo. Nach mehreren kritischen Medienberichten erklärte der Vereinsvorsitzende von Hisader Ende Juli die Schließung der Organisation.[6]

Zum Eid-Fest am Ende des Ramadan trafen sich am 28. Juli hunderte Sympathisanten des IS auf einem Picknick-Platz im Istanbuler Kreis Ömerli. Organisiert wurde das Solidaritätscamp für die IS-Kämpfer in Syrien und dem Irak über die Zeitschrift Tevhid, die aus ihren Sympathien für den IS keinen Hehl macht. Der Abgeordnete der kemalistischen Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei), Sezgin Tanrıkulu, hat nun eine Anfrage an die Regierung gestellt, ob die Berichte zuträfen, wonach Polizei und Gendarmerie die ausdrückliche Anweisung gehabt hätten, nicht einzugreifen. Weiterhin wollte Tanrıkulu wissen, ob Meldungen zuträfen, wonach der türkische IS-Ableger auf diesem Camp zum Dschihad in Istanbul aufgerufen habe. Viele junge Männer in der Türkei seien bereit, der IS-Ideologie zu folgen, meint der frühere Leiter des Deutschen Orientinstituts Udo Steinbach. »Es ist eine Mischung aus Frustration über die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie beispielsweise hohe Arbeitslosigkeit. Dazu kommen Abenteuerlust und die Motivation, die türkische Gesellschaft zur islamischen Ordnung zurückzuführen«, erklärt der Islamwissenschaftler.[7]

Türkische Behörden schätzen die Zahl türkischer Staatsbürger innerhalb des IS auf rund 1000, dazu kommen zahlreiche türkeistämmige IS-Kämpfer aus Westeuropa. »Es kann kein Zweifel herrschen, dass türkischstämmige EU-Bürger und türkische Staatsbürger mittlerweile den bei weitem größten nicht arabischen Ausländeranteil des IS stellen«[8], meint der Türkeikorrespondent der Tageszeitung »Die Welt«, Boris Kalnoky. In der Tageszeitung Zaman wurde ein angeblich aus Syrien zurückgekehrter IS-Kommandant mit den Worten zitiert, die Organisation habe »mehrere Tausende Türken« trainiert und »in ihre Heimat« zurückgeschickt. Islamwissenschaftler Steinbach warnt vor einer »Gefahr für die innere Stabilität der Türkei« durch den IS. Wie reell diese Gefahr ist, zeigte sich bereits am 11. Mai letzten Jahres, als zwei Autobomben in der türkischen Grenzstadt Reyhanlı in der Provinz Hatay explodierten und mehr als 50 Menschen töteten. Die türkische Regierung beschuldigte türkische Linksradikale im Bund mit dem syrischen Geheimdienst, hinter dem Massaker zu stecken. Dagegen beweisen Dokumente des Nachrichtendienstes der Militärpolizei, die von der linksradikalen Hacker-Gruppe Red Hack veröffentlicht wurden, dass die Behörden über die Vorbereitung dieser Anschläge durch Al-Qaida in Syrien informiert waren. Ziel dieser der syrischen Regierung angelasteten Anschläge war es offenbar, im Vorfeld eines Treffens des

6) Jürgen Gottschlich: ISIS-Fahnen in Istanbul, taz Online, 11.7.2014; Hürriyet Daily News, 31.7.14.

7) Julian Roherer: Nato-Staat in Gefahr, Focus-Online, 6.8.2014.

8) Boris Kalnoky: In der Terrorgruppe IS wird auch türkisch gesprochen, Berliner Morgenpost, Online, 6.8.14.

Embargopolitik: Von türkischer Seite zugemauerter ehemaliger Grenzübergang nach Rojava Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan mit US-Präsident Barak Obama Stimmung für eine sowohl von Ankara als auch den syrischen bewaffneten Oppositionsgruppen geforderte NATO-Militärintervention zu machen. Rund fünf Monate nach den Anschlägen bekannte sich IS offiziell zur Täterschaft.

Im Juni 2014 stufte die türkische Regierung den IS offiziell als terroristische Organisation ein. Meldungen über Schusswechsel zwischen IS-Kämpfern und türkischen Soldaten an der Grenze sowie Inhaftierungen ausländischer Kämpfer durch die türkische Polizei häufen sich. »Es ist nicht mehr so einfach, in die Türkei zu kommen«, beklagt IS-Kommandant Abu Yusaf in Reyhanlı gegenüber der Washington Post. »Ich musste die Hilfe von Schmugglern in Anspruch nehmen, aber wie Sie sehen, gibt es weiterhin Wege und Methoden.« Doch inzwischen sei der IS nicht mehr so stark auf die Hilfe von außen angewiesen. Das Kalifat umfasst jetzt große Teile Syriens und des Irak, es verfügt dort über eine eigene ökonomische Grundlage durch die von ihm kontrollierten Öl- und Gasvorkommen und große Mengen auch schwerer Waffen, die in Mûsil von der irakischen Armee erbeutet wurden. Im Irak stützt sich das Kalifat zudem auf einheimische Bündnispartner unter den sunnitischen Stämmen. »Jetzt bekommen wir genug Waffen aus dem Irak, und es gibt auch in Syrien genug zu kaufen«, so Abu Yusaf. »Daher besteht keine Notwendigkeit mehr, Dinge von außerhalb zu bekommen.«

Allerdings muss der IS sein Öl auch verkaufen, um es zu Geld zu machen. Und hier kommt wieder die Türkei ins Spiel. Der Abgeordnete der kemalistischen Opposition aus der an Syrien grenzenden Provinz Hatay, Ali Ediboğlu, bezifferte im Juli den Wert des allein in diesem Jahr an die Türkei verkauften Öls mit 800 Millionen Dollar. Das Öl aus den vom IS kontrollierten Ölquellen in Syrien und inzwischen auch dem Irak würde zuerst mit einfachen Mitteln raffiniert und dann an die syrisch-türkische Grenze gebracht. Von syrischen Dörfern seien Pipelines in die türkischen Grenzregionen Hatay, Kilis, Urfa und Gaziantep gelegt worden, um das Öl gegen Bargeld an Schmuggler auf türkischer Seite zu verkaufen, die das Öl in Plastikkanistern mit Traktoren weitertransportieren. Auch über den Nordirak verlaufen Schmuggelrouten für das bei Mûsil unter die Kontrolle des IS geratene Öl, das in der Türkei und dem Iran mit 18 Dollar weit unter dem von der Bagdader Zentralregierung festgesetzten Barrel-Preis von 62 Dollar verkauft wird. Die irakische Regierung hatte sich bereits mehrfach in Ankara deswegen beschwert, zwischenzeitlich haben auch die Vereinten Nationen auf eine russische Eingabe hin die türkische Regierung aufgefordert, diesen Handel zu unterbinden. Zumindest in Einzelfällen ist die türkische Armee gegen den Ölschmuggel vorgegangen und hat solche Untergrundpipelines zerstört.[9]

Offenbar als Rückversicherung für das generelle Wohlverhalten der Türkei dienen dem IS die 49 nach seinem Einmarsch in Mûsil am 10. Juni als Geiseln genommenen Mitarbeiter des türkischen Konsulats, darunter Generalkonsul Oztürk Yılmaz. Schon die Geiselnahme an sich wirft Rätsel auf. So hatte der Gouverneur von Mûsil, Atheel al-Nujaifi, die türkische Regierung vor dem bevorstehenden Angriff des IS auf die Stadt gewarnt und auf die Evakuierung des Konsulats gedrängt. Dem habe sich der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu aber widersetzt. An die Sicherheitskräfte des Konsulats sei zudem die Weisung ergangen, nicht gegen den IS zu kämpfen. Kurz nach der Geiselnahme erließ die türkische Regierung eine Nach-

9) Taraf: Opposition MP says ISIS is selling oil in Turkey, al-Monitor, 13.07.14.

richtensperre zu diesen Ereignissen. An einer diplomatischen Lösung werde gearbeitet, die Geiseln kämen bald frei, heißt es seitdem in regelmäßigen Abständen aus dem Außenministerium. Ansonsten wird von Seiten der türkischen Regierungspolitik der Mantel des Schweigens über die Affäre gebreitet. Erdoğan beschuldigte die Opposition, ihn zu »Provokationen« gegenüber dem IS drängen zu wollen. Man sollte einmal diese Nicht-Reaktionen der türkischen Regierung auf die nun schon über zwei Monate andauernde Geiselnahme ihrer Diplomaten durch den IS mit den verbalradikalen Drohungen Erdoğans anlässlich der in der Vergangenheit in die Gefangenschaft der PKK geratenen türkischen Soldaten oder angeblich von der PKK verschleppten Jugendlichen vergleichen. Auf einem Iftar-Essen appellierte Erdoğan im Juli sogar an seine »muslimischen Brüder« des IS, die türkischen Geiseln freizulassen. Auch sonst spricht er vom IS lediglich von einer »Organisation« ohne das Attribut »terroristisch«. Er sprach sich zudem gegen US-Luftangriffe auf den IS im Irak aus, um das Leben der Geiseln nicht zu gefährden. Die türkische Regierung glaube offensichtlich, sie hätte eine Art herzlichen Einvernehmens mit den Dschihadisten, zitiert das Internetportal Al-Monitor einen hohen westlichen Diplomaten.[10] Dies scheint in der Tat der Fall zu sein. Für Erdoğan und Davutoğlu ist die Geiselnahme die willkommene Ausrede, um keine größeren, von einigen westlichen Bündnispartnern der Türkei eingeforderten Maßnahmen gegen den IS ergreifen zu müssen.

Flüchtlingslager als Terrorcamp

Insbesondere für ihre Angriffe auf das kurdische Selbstverwaltungsgebiet im Norden Syriens bekommen die Dschihadisten weiterhin grünes Licht. Riha sei zum Hauptquartier von IS geworden, berichtet der HDP-Abgeordnete Ibrahim Ayhan. Die IS-Männer könnten sich frei in der Stadt bewegen. »Sie benutzen die Stadt als Militärbasis, sie nutzen die Krankenhäuser und transportieren hier militärische Ausrüstung«, so Ayhan. Anfang Juli begann der IS mit zuvor in Mûsil erbeuteten schweren Waffen einen Großangriff auf den Kanton Kobanê. Nicht nur von syrischer Seite her umzingelten die IS-Banden Kobanê (Ain al-Arab). Auch von türkischem Territorium aus erfolgten Angriffe. »Die AKP und ISIS haben eine Vereinbarung getroffen. Die Einnahme von Kobanê und die Vernichtung der Rojava-Revolution ist eine gemeinsame Strategie beider. Mit dieser Übereinkunft versucht die türkische Regierung auch die Mitarbeiter in Mûsil freizubekommen«, heißt es in einer Erklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) zu diesen Angriffen. Und die KCK warnte: »Der Lösungsprozess in Nordkurdistan und die türkische Unterstützung von ISIS in Rojava können nicht nebeneinander existieren. Entweder der AKP-Staat unterstützt ISIS oder er handelt im Geiste des Lösungsprozesses.« Die Demokratische Partei der Völker HDP rief die örtliche Bevölkerung dazu auf, sich zur Grenze zu begeben, um ein Eindringen von IS-Kämpfern aus der Türkei zu verhindern. Tausende Menschen, darunter Abgeordnete und Bürgermeister der HDP, Künstler und alevitische Geistliche, errichteten daraufhin Widerstandscamps entlang der Grenze, um ihre Solidarität mit Kobanê zu zeigen. Am 21. Juli griffen Soldaten eines der Widerstandszelte im Dorf Zerat (Ziyaret) bei Riha-Bêrecûk (Urfa-Birecik) an. Nach Ansicht des Menschenrechtsvereins (IHD), der eine Untersuchungsdelegation an die Grenze geschickt hatte, dient das an Dîlok grenzende Karkamış-Lager für Flüchtlinge aus Syrien nahe der Grenze zu Rojava als logistisches Zentrum für den IS. »Von diesem Camp gehen die Angriffe auf den Kanton Kobanê aus, die über die Türkei ausgeführt werden«, heißt es in einem Bericht des IHD. Nach Ansicht des IHD sei das Widerstandszelt in Zerat attackiert worden, weil es von dort eine gute Aussicht auf das Grenzgebiet gab und illegale Grenzübertritte von IS-Kämpfern aus dem Karkamış-Camp beobachtet werden konnten. Um das zu verhindern, seien die Zelte immer wieder angegriffen worden, heißt es im IHD-Bericht.

Die türkische Regierung hat bislang stets jede Mitverantwortung am Erstarken des IS zurückgewiesen. Anfang August erklärte der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu, »das Gebilde ISIS kann den Anschein eines radikalen, terroristischen Gebildes haben. (…) Dieses Gebilde wurde als Reaktion der Empörung auf den vorhergehenden Missmut geboren. (…) Es gibt eine Gruppe von Menschen, die sich aus Empörung zusammengetan haben.« Faktisch gesteht Davutoğlu dem IS zu, eine legitime sunnitische Widerstandsbewegung zu sein. »Das Gespann Erdoğan/Davutoğlu hat regelrecht ›Geburtshilfe‹ für den ›Islamischen Staat‹ an der gesamten Südgrenze zu unserem Land geleistet«, schreibt der bekannte Journalist Cengiz Çandar. »Dies sollte verhindern, dass ›ein zweites autonomes Kurdistan entsteht und um etwaige Forderungen der Kurden in der Türkei abzuwenden.‹«[11]

Das vom IS ausgerufene Kalifat grenzt bei der zwischen Heleb (Aleppo) und Kobanê gelegenen Stadt Tell Abjad direkt an die Türkei. Von türkischer Seite aus sind die schwarzen IS-Fahnen zu sehen. Nach den Vorstellungen des IS, der die Türkei als nicht islamisches Land betrachtet, soll dies nicht die Grenze bleiben. Offen beansprucht er die Gebiete im Südosten der Türkei für sein Kalifat und droht mit der »Befreiung Istanbuls«. Das an der Brust der AKP-Regierung stark gewordene Monster wird nicht zögern, in die Hand zu beißen, von der es jahrelang gefüttert wurde. ♦

10) Amberin Zaman: Islamic State uses Turkish Consulate in Mosul as headquarters, al-monitor, 17.7.2014.

11) Cengiz Çandar: Wo steht die Türkei in Sachen »Islamischer Staat«? Radikal, 9.8.2014.

Interview mit dem PYD-Kovorsitzenden Salih Muslim

Die Menschen lernen, sich selbst zu bestimmen

Das Gespräch führte Can Çiçek für den Kurdistan Report

Die Tagesordnung wird von den Angriffen in Südkurdistan und Rojava bestimmt. Wie bewerten Sie die aktuellen Ereignisse?

Die Angriffe sind auf einen vor längerer Zeit entwickelten Plan zurückzuführen. Demnach sollten Gruppen wie der Islamische Staat (IS) für bestimmte Zwecke instrumentalisiert werden. Man wollte im ersten Schritt Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) entvölkern. Die Flucht der kurdischen Bevölkerung aus Rojava in die westlich gelegene Autonome Region Kurdistan sollte forciert werden. Doch aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung Rojavas, die sowohl Angriffe des syrischen Regimes als auch anderer Kräfte wie der Al-Nusra-Front abwehren konnte, war dieser Plan nicht zu realisieren. In der letzten Zeit haben sich die Attacken auf den Kanton Kobanê (Ain al-Arab) konzentriert. Bei Kobanê handelt es sich um einen kleinen Kanton, der von den anderen kurdischen Gebieten auf dem syrischen Staatsterritorium separiert liegt. Aufgrund der Grenzschließung der Türkei war er über lange Zeit einem absoluten Embargo ausgesetzt. Dennoch konnten auch dort die Angriffe des IS erfolgreich abgewehrt werden. Daraufhin verlagerte sich ihr Fokus auf Heseke (Al-Hasaka). Nachdem auch dort die Offensiven nicht zum Ziel geführt hatten, erkannte man, dass der erste Schritt des Plans nicht in dieser Weise vollzogen werden kann.

Infolgedessen wendete man sich der Entvölkerung Şengals (Sindschar) zu und dem Gebiet um Mûsil (Mossul) und Kerkûk. Dafür wurde erneut der IS instrumentalisiert. Der versucht durch unmenschliche Gräueltaten Angst und Schrecken in der Region zu verbreiten, um die kurdische Bevölkerung zur Flucht zu bewegen.

Wir reden über den Islamischen Staat. Doch um wen handelt es sich dabei eigentlich? Welche Kräfte verbergen sich dahinter?

Beim Kern des IS handelt es sich um denselben wie bei Al-Qaida. Der stammt aus den 1980er Jahren. Von der NATO geschaffen und für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert. Von diesen Schwesterorganisationen wird auch heute noch an vielen Orten, wie in Afghanistan, Pakistan, Tschetschenien oder auch in Afrika, Gebrauch gemacht. Ebenso wie im Mittleren Osten, allen voran Syrien und nun auch in Mûsil. Beim IS handelt es sich um keine homogene Organisation. Alle möglichen Leute sind dabei. Er wird von den jeweiligen Kräften auf eine spezifische Weise instrumentalisiert. Besonders die NATO ist dabei aktiv, allerdings bedienen sich auch einige regionale Kräfte des IS.

Bei wem handelt es sich um die regionalen Kräfte? Können Sie uns ein Beispiel geben?

Beispielsweise gehört das syrische Regime dazu.

Nach dem Einfall des IS in Mûsil erklärten die Volksverteidigungseinheiten YPG, sie würden mit den südkurdischen Peschmerga gemeinsam das Volk in Südkurdistan beschützen. Wie sah die Antwort der Peschmerga aus?

Zunächst möchte ich sagen, dass die YPG ursprünglich zum Zwecke der Verteidigung Rojavas geschaffen wurden. Dabei stammen ihre Mitglieder aus allen vier Teilen Kurdistans; Frauen und Männer beteiligen sich in großer Zahl, darunter auch zahlreiche Nichtkurden. Die YPG begreifen sich mittlerweile als eine Verteidigungskraft sämtlicher Kurden und Bevölkerungsgruppen in der Region. Wir hatten zuvor auch schon erwähnt gehabt, dass Südkurdistan Gefahr drohe und die Möglichkeit eines IS-Angriffs auch dort bestehe. Nach deren Einfall in Mûsil teilten wir den dortigen Peschmergakräften mit, dass wir über jahrelange Erfahrung im Kampf gegen den IS verfügten und bereit seien, ihnen bei der Verteidigung zu helfen. Doch hat uns leider bis jetzt noch keine positive



»Die YPG begreifen sich mittlerweile als eine Verteidigungskraft sämtlicher Kurden und Bevölkerungsgruppen in der Region ...« Foto: DIHA

Antwort der südkurdischen Kräfte erreicht. Ganz im Gegenteil hieß es, dass sie auf keine Hilfeleistung angewiesen seien.

Wobei die aktuellen Geschehnisse in Şengal ein anderes Bild zeigen.

Auf die Verteidigung Şengals haben wir großen Wert gelegt. Die Bevölkerung dort sollte organisiert werden, damit sie sich gegen Angriffe von außen besser hätte verteidigen können. Das war jedoch nicht möglich. Wäre die Bevölkerung dort organisiert gewesen, hätte auch keine Notwendigkeit zur Unterstützung durch die YPG bestanden. Doch weder die Bevölkerung noch die dortigen Peschmergaeinheiten wirken organisiert.

In diesem Zusammenhang würden wir Sie gern fragen, wie Sie die aktuelle Politik Mesud Barzanîs und seiner Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) bewerten? Wie ist deren Haltung gegenüber Rojava zu verstehen?

Natürlich gibt es dazu diverse Meinungen. Als wir nach den IS-Angriffen auf Rojava und Mûsil vor ihnen gewarnt hatten, erklärten verschiedene Vertreter der PDK wie der Regionalregierung Kurdistan (KRG), dass es sich beim IS nicht um einen Feind des kurdischen Volkes handele, obwohl deren Vorgehen und Mentalität ihnen hätte bewusst sein müssen. Wie sich herausgestellt hat, war ihre Einschätzung falsch. Es kann nicht behauptet werden, über den IS nicht Bescheid gewusst zu haben. Sicherheitsmaßnahmen hätten getroffen werden müssen.

Obwohl die meisten Parteien, die der KRG angehören, ihre Unterstützung für das neugegründete Selbstverwaltungssystem in Rojava erklärt hatten, wird von der KRG das Kantonalsystem immer noch nicht offiziell anerkannt. Das wirkt paradox.

Natürlich ist das paradox. Es hat mit der PDK-S, dem Ableger der südkurdischen Partei in Rojava zu tun. Sie hegt Machtansprüche. Ohne jedoch irgendwelche Arbeit zu leisten oder auf entsprechende Unterstützung in der Bevölkerung zurückgreifen zu können. Ebenso weigert sie sich, am neu gegründeten selbstverwalteten Kantonalsystem zu partizipieren. Obwohl dessen Gründung gemeinsam im Kurdischen Hohen Rat (DBK) entschieden wurde. Weiteren Beschlüssen des Hohen Rates gemäß haben wir Abkommen mit den verschiedenen Volksgruppen in der Region getroffen und einen neuen Gesellschaftsvertrag abgeschlossen. Dementsprechend ist es uns auch nicht möglich, diese unterschriebenen Verträge mit Vertretern der assyrischen und arabischen Bevölkerung in Rojava aufzukündigen. Falls die betreffende Partei gewisse Ansprüche postulieren sollte, steht es ihr offen, sich am geschaffenen System zu beteiligen. Dabei fungieren die jeweiligen Kantonalregierungen als Ansprechpartner.

Wie steht es um die aktuellen Beziehungen der PYD zu den anderen kurdischen und oppositionellen Parteien in Syrien? Werden weiterhin Gespräche mit deren Vertretern geführt? Wie sieht Ihre Herangehensweise aus?

Die Partei der Demokratischen Union (PYD) steht mit sämtlichen kurdischen Parteien wie auch mit nahezu sämtlichen Teilen der syrischen Opposition im Dialog. Dabei werden oftmals Forderungen an uns gestellt, denen wir nicht nachgehen können, weil es sich dabei um Angelegenheiten der Kantonalregierungen handelt. Als Kovorsitzender der PYD

kann ich nicht in deren Namen sprechen und verweise daher immer an sie.

Nach dem Ausrufen der Autonomie sind nun etwa acht Monate vergangen. Können Sie kurz die Entwicklungen seitdem resümieren? In welchen Bereichen tauchen die meisten Schwierigkeiten auf?

Der Aufbau eines Systems reduziert sich natürlich nicht nur auf seine Bekanntgabe. Es gilt, in vielen Bereichen Institutionen zu bilden. Es bedarf einer breiten Bildung, damit ein entsprechendes Bewusstsein geschaffen werden kann. Infolgedessen ist es selbstverständlich, dass sich an manchen Punkten Mängel zeigen können. Daher kann kurz gesagt werden, dass die größten Schwierigkeiten in der Transformation der gesellschaftlichen Denkweise liegen. Die Menschen haben bisher nur in Diktaturen gelebt. Nun lernen sie, sich selbst zu bestimmen.

Nach der Deklaration des selbstverwalteten Kantonalsystems wurden Wahlen für die nahe Zukunft angekündigt. Nun scheint es aufgrund der derzeitigen Sicherheitslage nicht möglich zu sein, Wahlen abzuhalten. Können Sie uns trotzdem sagen, wann es in etwa dazu kommen könnte?

Es handelte sich dabei um eine der Entscheidungen des Kurdischen Hohen Rates, schnellstmöglich Wahlen durchzuführen. Doch ist in diesem Fall der Wahlausschuss der Kantone zu fragen. Entsprechende Wahlgesetze haben in den Volksräten ihre Zustimmung erhalten. Da sich das System Rojavas von anderen unterscheidet, verfügt die dortige demokratische Autonomie auch über ein differenziertes Wahlsystem. Es besteht nicht die Notwendigkeit, die Wahlen überall zur selben Zeit stattfinden zu lassen. Wenn es nicht möglich sein sollte, kann jeder Kanton für sich einen Wahltag bestimmen. Auch innerhalb des Kantons kann nur in den Teilen gewählt werden, in denen es aktuell möglich ist. Ich vermute, dass die Wahlen in nächster Zeit stattfinden werden, aber wie gesagt, der Wahlausschuss hat dabei die Entscheidung zu treffen.

Sicherlich stellen sich viele die Frage, ob Salih Muslim kandidieren wird.

Unsere Partei hat zu entscheiden, wen sie als Kandidaten für die Wahl aufstellt. Für mich wäre es eine große Ehre, kandidieren zu können. Ich bin bestrebt, der Bevölkerung von Rojava und Syrien zu dienen, daher bin ich zu jeder Aufgabe bereit, die mir gestellt wird.

In den letzten drei Jahren kam es in Europa, Russland, dem Mittleren Osten und auch in anderen



Humanitäre Hilfe wurde schnell und unbürokratisch von der Bevölkerung in Eigeninitiative organisiert. Foto: DIHA

Teilen der Welt zu zahlreichen Gesprächen mit Regierungsvertretern, diversen politischen Parteien, Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen und vielen anderen. Können Sie kurz die Resultate dieses diplomatischen Verkehrs schildern?

Bis jetzt hat sich nichts Konkretes ergeben. Die Menschen kennen die Kurden nicht. Im Bewusstsein der westlichen Gesellschaft waren zwei Bilder von Kurden präsent. Das eine zeigte den Kurden, der lange Leid und Folter zu ertragen gehabt hatte, nun aber über Rohstoffressourcen und eine eigene autonome Administration verfügt. Auf der anderen Seite das Bild des Kurden als Terrorist in den Bergen. Also waren wir damit beschäftigt, die Menschen davon zu überzeugen, dass es sich bei uns weder um die Kurden mit einem großen Ölreservoir noch um irgendwelche Terroristen handelt. Speziell nach den seit Jahren pausenlos von IS und anderen durchgeführten barbarischen Angriffen auf die Bevölkerung Rojavas hat sich das Kurdenbild gewisser Kreise verändert. Mittlerweile wird über die Forderungen und Bedürfnisse der Bevölkerung Rojavas diskutiert. Wir haben nach außen deren Kampf, ihre politischen Ziele und Bestrebungen erklären können.

Haben Sie Forderungen wie nach humanitärer Hilfe gestellt bzw. erhalten?

Damit wir humanitäre Hilfe erhalten können, bedarf es zunächst der Anerkennung. Doch weder das Regime noch das Weltsystem wollte uns anerkennen. Mittlerweile hat der UN-Sicherheitsrat dazu neue Entscheidungen gefällt. Nun werden wir als Ansprechpartner anerkannt. Wenige Hilfe wird geleistet. Dabei ist sie natürlich nicht ausreichend.

Die Nachrichten berichten immer wieder darüber, dass die Grenzen zu Rojava allseits geschlossen seien und deshalb selbst humanitäre Hilfe nicht geliefert werden könne.

Bei einer der wichtigen Grenzstationen zu Rojava handelt es sich um die von Til Koçer (Al-Yarubiyah). Die wird jedoch gerade von den IS-Terroristen angegriffen. Eine Grenzstation ist bei Nisêbîn (Nusaybin), die unterliegt der Kontrolle des Regimes. Der Grenzübergang von Girê Spî (Tall Abyad; türk. Seite: Kaniya Xezalan/Akçakale) steht ebenfalls unter der Kontrolle von Dschihadisten, wie die meisten Grenzübergänge von Terroristen kontrolliert werden. Der einzige Grenzpunkt, der auf beiden Seiten auf eine kurdische Administration zurückgreifen kann, ist der von Sêmalka (Faysh Khabur). Allerdings ist die Öffnung oder Schließung dieser Grenze von der Lust und Laune der südkurdischen Regierungsbehörden abhängig. Hier besteht auch keine Gefahr durch Angriffe irgendwelcher Islamisten. ♦

Neues Camp für die Flüchtlinge aus Maxmur gefordert

Das Komitee für Außenkontakte des Flüchtlingscamps Maxmur hat vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) Hilfe für ein neues Flüchtlingscamp angefordert. Es hat sich mit dem UN-Vertreter in Hewlêr (Erbil), Cihangir Durani, getroffen, um über die Situation der Flüchtlinge zu reden. Polat Bozan, Sprecher des Komitees, hat die Medien über die Inhalte der Sitzung informiert. Das Gespräch sei positiv verlaufen. Aufgrund der Gefahr erneuter Angriffe seitens der Terrororganisation Islamischer Staat IS ist das Camp in Maxmur nicht mehr sicher. Aus diesem Grund haben die Bewohner entschieden, nicht mehr zurückzukehren. Bozan betont, dass bereits eine Zustimmung der entsprechenden Behörden vorliege, um das Gebiet zwischen der Dukan-Gemeinde und den Koy-Vierteln zu nutzen. »Für den Bau von Häusern bitten wir die Vereinten Nationen um Hilfe. Zunächst werden wir uns in Zelten aufhalten. Aktuell halten wir uns in Moscheen und Schulen von Heciawa auf, die dringend geräumt werden müssen, da jede Moschee von 100-200 Menschen bewohnt wird. Aufgrund der Hitze besteht die große Gefahr, dass Krankheiten sich schneller ausbreiten. Außerdem müssen die Moscheen und Schulen ihrer ursprünglichen Aufgabe nachgehen können. Zudem besteht ein Mangel an Nahrung. Diese Probleme wurden Durani mitgeteilt. Es wurde zudem beantragt, dass die bisherige Lebensmittel- und Energiehilfe, die bisher über Mossul geleistet worden ist, nun über Silêmanî kommen muss«, so Bozan.

Der UN-Vertreter Cihangir Durani versicherte, dass sie die Menschen vom Camp Maxmur nicht vergessen hätten und ja schon seit 20 Jahren zusammen arbeiteten.

Außerdem, so Bozan, seien auch erste Gespräche mit den Konsulaten verschiedener Länder geführt worden, wie mit dem italienischen, brasilianischen und niederländischen. Diese hätten positiv reagiert. »Auch mit Parlamentariern hier, die der Goran-Fraktion angehören, haben wir uns getroffen. Die irakische Zentralregierung muss ihrer Verantwortung gegenüber den Migranten nachkommen. Sie kamen uns entgegen und werden diese Thematik im Parlament behandeln und mit dem zuständigen Ministerium diskutieren«, sagte Bozan.

ANF, 19.08.2014, ISKU

Das neue Rechtssystem in Rojava

Der Konsens ist entscheidend

Ercan Ayboğa

Ercan Ayboğa war Teilnehmer einer Delegation der »Kampagne TATORT Kurdistan« nach Rojava (Nordsyrien/Westkurdistan), die im Mai 2014 knapp vier Wochen in der Region Cizîre unterwegs war und zahlreiche Interviews zur politischen Lage und den verschiedenen Aspekten der Selbstverwaltung führte.[1]
Anm.: Dieser Artikel ist in einer Kurzform im August 2014 in der Ausgabe Nr. 4 des TOA-Magazins (herausgegeben vom Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung, Köln) erschienen.

Mit der im Juli 2012 begonnenen Revolution von Rojava ist auch das syrische Rechtssystem weitgehend hinfällig geworden. Selbstverständlich haben die Bevölkerung und die dahinterstehende politische Bewegung neben dem Sicherheitsapparat, den politischen StaatsvertreterInnen, den Geheimdiensten auch die VertreterInnen der Justiz abgelehnt und ihrer Ämter enthoben.

Genauso wichtig wie das Entfernen der VertreterInnen des diktatorischen Baath-Regimes ist allerdings die Frage, wie eine neue Form von Justiz aussehen kann. In jeder nicht vollkommen herrschaftslosen, emanzipatorischen, sozialen und geschlechterbefreiten Gesellschaft kommt es – wenn auch auf niedrigem Niveau – zu sogenannten Straftaten, besonders vor dem Hintergrund einer Kriegssituation, d. h. zu Streitigkeiten, Gewalt, Raub und Ausbeutung, mit denen die Gesellschaft umgehen muss.

Wichtige Basis für den Aufbau eines neuen Rechtssystems stellten die »Friedens- und Konsenskomitees« dar, die in den 90er Jahren von linken kurdischen politischen AktivistInnen in Syrien zunächst in denjenigen Städten mit kurdischer Mehrheit und großer Unterstützung gebildet worden waren. Sie erfüllen bis heute die Aufgabe, in ihrem Stadtteil oder Ort für (sozialen) Frieden zu sorgen und gegen Kriminalität, Straftaten und soziale Ungerechtigkeit vorzugehen. Zu Regimezeiten arbeiteten diese Komitees im Untergrund. Der Staat hätte sie als Angriff auf sein Monopol der Justiz gesehen; so agierten sie parallel zum bestehenden Justizsystem. Trotz der Zunahme der Repression ab 2000 und insbesondere ab 2004 existierten sie weiter, wenn auch in geringerer Zahl und die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung nicht erreicht wurde.

Diese Erfahrung mit den Friedens- und Konsenskomitees führte dazu, dass ab 2012 in den befreiten Orten Rojavas kein »Chaos« oder Durcheinander herrschte, wenn es um die Beilegung von juristischen und strafrechtlichen Fällen ging. Die bestehenden Komitees wurden schnell zur Anlaufstelle und dort, wo sie fehlten, ab Sommer 2012 entsprechend dem bereits existierenden Modell schnell weiter ausgebaut.

Um die Struktur des Rechtssystems zu beschreiben, soll nun zunächst auf dessen Weiterentwicklung in den letzten zwei Jahren eingegangen werden.

Mit der Befreiung von Städten und kleineren Orten ab dem 19. Juli 2012 wurden in den verschiedenen Regionen von Rojava regionale Justizräte (kurdisch: Diwana Adalet) aufgebaut. Sie entstanden auf Initiative von TEV-DEM (dem in allen Gebieten des syrisch besetzten Kurdistan organisierten Exekutivorgans des Volksrates Westkurdistan MGRK). Anders wäre es 2012 kaum vorstellbar gewesen, denn das MGRK- bzw. Volksratsystem war die entscheidende Kraft, welche die Revolution vorantrieb. In den Justizräten engagierten sich RichterInnen, AnwältInnen, StaatsanwältInnen, JuristInnen und andere, die sich vom herrschenden System losgesagt hatten. Weiterhin wurden von den Volksräten auch Mitglieder der Friedens- und Konsenskomitees und weitere Personen gewählt und eingesetzt. Diese Justizräte sind seitdem entscheidend für den Aufbau eines neuen Justizsystems.

1) Berichte der Delegation finden sich auf: tatortkurdistan.blogsport.de/2014/05/26/mai-2014-berichte-der-rojava-delegation/

Der Aufbau des Justizsystems

Während der Justizrat der Cizîre-Region – der größten der drei mehrheitlich kurdisch besiedelten Regionen, die neuerdings auch Kantone genannt werden – aus mehreren Teilräten (für jedes Gebiet einer) und insgesamt elf Mitgliedern besteht, haben die Justizräte in Afrîn und Kobanê (Ain al-Arab) jeweils sieben Mitglieder. Daraus wird ersichtlich, dass nicht viele Menschen in diesen wichtigen Gremien sitzen. Diesen Justizräten wurde auf Grundlage einer in den Volksräten breit geführten Diskussion das aufzubauende Justizsystem vorgegeben. Sie sollen koordinieren und sind gegenüber den Volksräten rechenschaftspflichtig.

Auf der untersten Ebene des neuen Justizsystems finden sich die Friedens- und Konsenskomitees, die in den Dörfern, Stadtteilen und teilweise sogar Straßenzügen gebildet wurden. Nur wenn ein Fall von den Friedens- und Konsenskomitees nicht auf der Basis von Konsens gelöst werden kann, wird die nächste Stufe eingeschaltet. An dieser Stelle muss gesagt werden, dass schwere Fälle wie Mord nicht durch die Friedens- und Konsenskomitees behandelt, sondern direkt an die höhere Ebene weitergeleitet werden.

Auf der Kommunalebene besteht eine Doppelstruktur dieser Komitees. Einerseits die für Konflikte und Straftaten im Allgemeinen zuständigen und andererseits die Frauenkommissionen, die für Fälle von patriarchaler Gewalt, Zwangsehe, Mehrehe etc. zuständig sind. Diese sind ebenfalls direkt an die Frauenorganisation Yekitiya Star angebunden.

Auf der nächsten Stufe finden sich in allen jeweils für ein Gebiet zentralen, größeren Städten die Volksgerichte (Dadgeha Gel), die von den Justizräten ins Leben gerufen wurden. Die zugehörigen RichterInnen (Dadger) können sowohl von den Justizräten als auch von jedem Menschen in dem betreffenden Gebiet vorgeschlagen werden. Die Vorschläge werden von den Volksräten auf Gebietsebene (zum Beispiel: Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), Qamişlo (Al-Qamishli), Amûde, Dêrik (Al-Malikiya), Heseke (Al-Hasaka), Afrîn, Kobanê) beraten und aus ihnen sieben Personen für jedes Gebiet gewählt. Die Vorgeschlagenen müssen keine JuristInnen sein. Im Unterschied zu sonstigen Rechtssystemen befinden sich unter den Gewählten in der Regel einige Personen ohne juristischen Hintergrund. Weitaus wichtiger ist jedoch der Fakt, dass die Bevölkerung über den Volksrat die Möglichkeit hat, Menschen zu RichterInnen zu berufen, welche die Interessen der Gesellschaft vertreten sollen.

Die weiteren höheren Stufen des Justizsystems in Rojava unterscheiden sich kaum noch von denen anderer Staaten.

Nach Abschluss eines Verfahrens am Volksgericht kann eine der Parteien beim Berufungsgericht (Dadgeha Istinaf) auf höherer Instanz Widerspruch einlegen. Von diesen Gerichten wurden insgesamt vier in ganz Rojava geschaffen, davon zwei in Cizîre und jeweils eines in Kobanê und Afrîn. Ab dieser Stufe müssen die RichterInnen JuristInnen sein.

Auf einer weiteren Ebene steht in Rojava für weitere Klagen das Regionalgericht (Dadgeha Neqit) zur Verfügung, von dem es in allen drei Kantonen jeweils nur eines gibt.

Schließlich existiert auch ein Verfassungsgericht (Dadgeha Hevpeyman). Dessen sieben RichterInnen entscheiden darüber, ob der Anfang des Jahres beschlossene Gesellschaftsvertrag (anstelle einer Verfassung) und andere wichtige Gesetze bei den Verfahren und sonstigen Beschlüssen der Regierung eingehalten werden.

Im öffentlichen Interesse arbeiten in jeder Region jeweils VolksratsanwältInnen (Dozgeri) sowie weitere StaatsanwältInnen.

Ganz oben im Rechtssystem rangiert das Justizparlament (Meclisa Adalet), das alle Beteiligten in einem Kanton zusammenbringt. Jedes Einzelne dieser drei Justizparlamente besteht aus insgesamt 23 Personen: 3 VertreterInnen des im Januar



Vor dem Volksgericht in Dêrik | Rojava Foto: TATORT-Kurdistan-Delegation

2014 neugegründeten Justizministeriums, 11 der Justizräte, 7 des Verfassungsgerichts und 2 der Anwaltskammer. Ein/e Vorsitzende/r vertritt das Justizparlament als SprecherIn nach außen. Die Zusammensetzung birgt einen weiteren wichtigen Unterschied zu üblichen Rechtssystemen, denn die neue Übergangsregierung hat mit drei Gesandten gesetzlich wenig Einfluss.

Die Aufgaben dieses Justizparlaments bestehen darin, das ganze Rechtssystem den Bedürfnissen der sich schnell wandelnden und demokratisierenden Gesellschaft anzupassen. An vorderster Stelle steht zweifellos der weitere Aufbau des Justizsystems. Denn es steht zwar in seinen Gerüsten, doch sind viele Einzelheiten und Arbeitsweisen noch nicht im Detail ausdiskutiert und beschlossen. Dabei steht das Rechtssystem vor der großen Herausforderung, dass einerseits neue Gesetzesgrundlagen (allen voran der Gesellschaftsvertrag) erarbeitet werden, andererseits auf bestehende syrische Gesetze zurückgegriffen wird, da nicht alle Rechtsgebiete mit neuen Gesetzen erfasst sind. Es sollen aber auch nicht auf allen Gebieten neue Gesetze erarbeitet werden. Jedes Gesetz, jede Regelung und Richtlinie wird neu analysiert, es werden die undemokratischen Elemente herausgestrichen bzw. durch neue ersetzt und je nach Bedarf weitere Teile hinzugefügt. Das liegt vor allem daran, dass sich die drei Kantone als Teil des Staates Syrien verstehen, jedoch eines demokratischen. Sollte eine demokratische Umgestaltung nicht möglich sein, wird ein komplett neues Gesetz für das betreffende Gebiet geschaffen.

Weiterhin berät das Justizparlament bei anstehenden technischen und administrativen Fragen. Die Probleme und Forderungen der Anwaltschaft werden auch dort diskutiert und es werden gemeinsam Lösungen entwickelt.

Bisher hat sich die Arbeit im Justizparlament mit vielen Diskussionen, aber ohne große Konflikte entwickelt, so äußern sich zumindest die Mitglieder des Justizparlaments im Gespräch. Angesichts des Zeitdrucks, relativ schnell ein funktionierendes Justizsystem aufzubauen, gab es auch nicht viel Raum für Diskussionen. Manche ausgesetzte tiefer gehende Diskussion wurde auf die kommenden Jahre verschoben, wenn hoffentlich friedliche Zeiten anbrechen.

Ausbildung von MitarbeiterInnen

Mitte 2013 wurde in Qamişlo eine Akademie für JuristInnen der drei Kantone von Rojava aufgebaut. Mit dem neuen Justizsystem, das mindestens mehrere Hundert Fachkräfte und MitarbeiterInnen benötigt, ist dies notwendig geworden. Jede grundlegende Bildungsperiode dauert vier Monate. Im Mai 2014 hatten zwei Gruppen von jeweils drei Dutzend Menschen diese erste Bildungseinheit abgeschlossen. Nach dem Bestehen von Prüfungen am Ende der vier Monate können die Studierenden ihre Arbeit im neuen Justizsystem aufnehmen. Doch damit endet die Bildungsphase nicht, sie geht noch viele Monate weiter. Die Studierenden kommen in regelmäßigen Abständen zur Akademie, um sich weiter zu bilden.

Es ist in der Diskussion, in den nächsten Jahren den JuristInnen-Nachwuchs besser und umfangreicher zu organisieren. Die relativ knappen vier Monate pro Periode waren wegen des hohen Bedarfs an Fachkräften angesetzt worden.

Einige Ergebnisse des neuen Rechtssystems

Dass die Todesstrafe abgeschafft wurde, sollte als selbstverständlich betrachtet werden. Eine lebenslange Haftstrafe (die Höhe ist vorübergehend auf 20 Jahre festgesetzt worden) kann nur in Fällen von Mord, Folter oder Terror verhängt werden. Bisher ist das zwei Mal in der Region Cizîre geschehen. Zum einen gegen einen Mann, der eine Frau auf barbarische Weise ermordet hatte, und zum anderen gegen einen Mann, der ein Mitglied der Sicherheitskräfte (in Rojava als Asayiş bezeichnet) gefoltert und ermordet hatte. Haft soll in Rojava immer als Ultima Ratio gesehen werden und der oder die Gefangene wird nach den Prinzipien des Rechtssystems nicht als StraftäterIn, sondern als zu Rehabilitierende/r gesehen. Gefängnisse werden als Bildungseinrichtungen verstanden und sollen perspektivisch, wenn die Mittel zur Verfügung stehen, in Rehabilitationszentren umgewandelt werden. Sie sollen keine Strafanstalten mehr sein. Insbesondere auch die Frage der Haftbedingungen beschäftigt die Kommissionen des Rechtssystems von Rojava. Denn wie uns eine Justizratvertreterin erklärte: »Wir haben den Gefangenen schon die Freiheit genommen, wir wollen sie nicht noch durch ihre Haftbedingungen bestrafen.«

Nicht nur durch das neue Rechtssystem, sondern vor allem durch die Zunahme der Selbstorganisierung der Bevölkerung in Kommunen und Räten geht die Zahl der Straftaten seit zwei Jahren langsam zurück, wobei verlässliche Größenangaben noch schwer zu ermitteln sind. Sie konzentrieren sich an den Rändern der Städte. Es besteht allerdings jetzt schon, insbesondere durch die Arbeit der Frauenbewegung, eine große Diskrepanz zwischen der Alltäglichkeit sogenannter Ehrenmorde in Südkurdistan und dem starken Absinken der Zahl solcher Verbrechen in Rojava.

Die Friedens- und Konsenskomitees

Der Aufbau von Friedens- und Konsenskomitees auf lokaler Ebene und die ihnen zugemessene Rolle durch die Rätestruk-

tur sind der grundlegendste Unterschied zu den Rechtssystemen der kapitalistischen, realsozialistischen, parlamentarischen, diktatorischen oder anderen Staatsgebilde.

Die Mitglieder der Friedens- und Konsenskomitees werden von den jeweiligen Volksräten gewählt. Das Friedens- und Konsenskomitee in einer Kommune (der untersten Organisierungsstruktur des MGRK-Systems, bestehend meistens aus 30 bis 150 Haushalten) wird gewählt, wenn alle AnwohnerInnen zu einer Versammlung zusammenkommen, d. h. von der gesamten Bevölkerung. Das Friedens- und Konsenskomitee der nächsthöheren Organisierungsinstanz, also in einem Stadtteil bzw. einer Dörfergemeinschaft (etwa 7–10 Dörfer), wird gewählt, wenn der Volksrat mit den Delegierten der Kommunen zusammentritt. Die höheren Stufen im Rätesystem haben keine solchen Friedens- und Konsenskomitees.

Als mit dem Beginn des Aufstandes in Syrien vor drei Jahren das Rätesystem in Rojava aufgebaut wurde, breiteten sich diese Friedens- und Konsenskomitees zunächst auf der Ebene der Stadtteile und Dörfergemeinschaften aus. Erst ab 2012, mit der Herausbildung der Kommunen, wurden die Friedens- und Konsenskomitees schrittweise auch auf dieser untersten Ebene gewählt. Noch verfügt nicht die Mehrheit der Kommunen über solche Komitees.

Wie eingangs erwähnt, profitierte die MGRK-Struktur davon, dass bereits in den 90ern die ersten Friedens- und Konsenskomitees aufgebaut worden waren. Ohne diese Erfahrung über einen langen Zeitraum wäre es wesentlich schwieriger gewesen, so schnell fast überall diese Komitees aufzubauen. Denn mehr als 15 Jahre Erfahrung sind sehr wertvoll.

Jedes Friedens- und Konsenskomitee besteht in der Regel aus fünf bis neun Personen, bei einer Geschlechterquote von 40 %. In die Komitees werden vorwiegend Menschen gewählt, denen die Fähigkeit zugesprochen wird, Streitparteien nach einem Diskussionsprozess zusammenzubringen. So setzt sich die Mehrheit der Mitglieder aus über 40-Jährigen zusammen.

Die Arbeitsweise dieser Friedens- und Konsenskomitees ist nicht in ihrer Gesamtheit und in jedem Detail schriftlich festgehalten. Regeln und Prinzipien haben sich mit der Praxis über die Jahre herausgebildet und sind teilweise mündlich vermittelt.

Die Mitglieder der Friedens- und Konsenskomitees sollten nicht als traditionelle FriedensrichterInnen verstanden werden, denn sie werden demokratisch und geschlechterparitätisch gewählt. Dies ist insofern wichtig, als sich die Rätestruktur und die hinter ihr stehende politische Bewegung beim Aufbau dieser Komitees auf die in der traditionellen Gesellschaft existierenden Ältestenräte beziehen. Damit wird eine traditionelle Institution aufgegriffen, aber mit den Werten des Gesellschaftsvertrags von Rojava gefüllt, in dem Rätedemokratie und Geschlechterbefreiung wie auch Menschenrechte festgeschrieben stehen. Diese Praxis schafft eine Brücke des Verständnisses im Verhältnis zwischen Tradition und Revolution. Solche Ältestenräte existieren heute kaum noch, sie waren bis in die 60er und 70er Jahre hinein verbreitet.

Die Parallelstruktur von Frauenkommissionen und Yekitiya Star soll garantieren, dass sich gerade in Fällen patriarchaler Gewalt nicht feudale Strukturen in der Rechtsprechung durchsetzen. Die Frauen sind gerade auch in diesem Kontext die treibende Kraft.

Bei der Rechtsprechung durch die Friedens- und Konsenskomitees ist nicht das Aburteilen einer oder beider Seiten in einem Verfahren das Ziel, sondern ein Konsens zwischen den Parteien. Mit diesem Prinzip sollen die Angeklagten möglichst nicht durch eine Strafe ausgegrenzt und weggesperrt werden, sondern ihnen soll bewusst gemacht werden, dass ihre Handlungen zu Ungerechtigkeit, Schaden und Verletzungen bei anderen geführt haben. Dafür wird, wenn nötig, sehr lange diskutiert und verhandelt. Über einen Konsens, den beide Parteien akzeptieren, ist das Ergebnis ein Resultat, das zu einem dauerhaften Befrieden bzw. Arrangement führt.

Langfristig ist das ein großer Gewinn für die Gesellschaft vor Ort und führt zu einer neuen Annäherung der einzelnen Gruppen und Menschen und befördert schließlich den Frieden in einer Kommune bzw. Gesellschaft. Auf dieser Basis können gesellschaftliche Solidarität und der Zusammenhalt wachsen; das ist die Erfahrung aus zwei Jahren Revolution in Rojava. Wenn heute in den Kommunen und Orten Rojavas ein Großteil der Menschen solidarisch handelt, Kooperativen gegründet werden können, die Entscheidungen in der Gesellschaft gemeinsam getroffen werden, dann liegt das auch daran, dass diese Friedens- und Konsenskomitees erfolgreich arbeiten.

Dass sie von der Gesellschaft angenommen werden und großen Respekt genießen, zeigt auch der Umstand, dass sich immer mehr Menschen aus anderen Volksgruppen bei Problemen an sie wenden. Es soll nicht vergessen werden, dass in einigen Städten Rojavas eine große Zahl AraberInnen lebt.

Ein anderer Maßstab für die positiven Auswirkungen ist die Entwicklung, dass die Streitigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen Individuen, Familien und Gruppen dort langsam abnehmen, wo diese Komitees länger arbeiten und zur Anlaufstelle geworden sind, und dass die Zahl der Straftaten wie vor allem Diebstahl in den organisierten Orten ebenfalls langsam zurückgeht. ♦

Eine Antwort auf die Fragen nach den unterschiedlichen Identitäten in Kurdistan?

Abhängige »Unabhängigkeit«

Luqman Guldivê

»In den europäischen Hauptstädten wird die Autonomie für die Êzîden diskutiert«[1], äußerte der êzîdische liberale Intellektuelle Ilhan Kızılhan gegenüber Rûdaw[2] kurz nach dem Einfall der Banden des Islamischen Staates (IS; vormals ISIS – Islamischer Staat in Irak und Syrien) in der Region Şengal (Sindschar). Ich kann hier leider nicht auf den Link zu diesem Kommentar verweisen. Nicht etwa, weil ich nicht will, sondern weil diese Meldung, die anfänglich hatte veröffentlicht werden dürfen, einem sich selbst als »unabhängig« bezeichnenden Nachrichtensender dann wohl doch nicht willkommen war.

Ich wollte ja über die »Unabhängigkeit« schreiben. Habe mich aber dann für die Abhängigkeit entschieden und schließlich am Beispiel der êzidischen Kurden. Wie allgemein bekannt, liegen auf dem Territorium der kurdischen Hauptsiedlungsgebiete mehrere angeblich »unabhängige« Nationalstaaten. Und die Geschichte hat uns mehrmals ganz deutlich gezeigt: Wären sie abhängig, hätte das weitaus geringere Konsequenzen für die Volksgruppen im Nahen/Mittleren Osten und in Kurdistan gehabt (ein Staat mit verschiedenen Abhängigkeiten hätte sich so etwas wie den Genozid der Anfal-Kampagne des irakischen Baath-Regimes wahrscheinlich nicht erlauben können).

Nun, sie existieren, die »unabhängigen« Staaten, und sie können nicht einmal die Interessen des eigenen nationalen Kapitals durchsetzen; wagen sie es, dann werden sie binnen kürzester Zeit politisch, wirtschaftlich und immer öfter auch militärisch bezwungen bzw. zerschlagen oder besetzt (soweit es sich nicht um Russland handelt; nun haben wir aber einen Iran und eine Türkei als Besatzer in Kurdistan, keineswegs mit Russland zu vergleichen). Die »unabhängigen« Staaten sind entweder Grund für eine sogenannte »internationale« (immer öfter »humanitäre«) Intervention oder fördern sie selber: a) weil sie nicht in der Lage sind, eigene Interessen gegen externe bzw. interne Mächte zu verteidigen, die sie herausfordern; b) weil sie wirtschaftlich in eine Sackgasse manövriert werden und zwar durch diejenigen Mächte, die dann wieder zur Intervention »geladen« werden. In der Tat sind die unabhängigen Staaten um uns herum meistens alles andere als im konventionellen Sinne »unabhängig«.

Ob es nun ein »unabhängiges« Kurdistan wie ein »unabhängiges« Syrien geben soll oder nicht, das sollte daher nicht Thema derjenigen sein, die sich zum Ziel gesetzt haben, ein freies Leben für die Völker im Nahen/Mittleren Osten zu etablieren. Die kurdische Befreiungsbewegung bemüht sich seit Jahren, die Gesellschaft in dieser Richtung zu transformieren, die Staaten zur demokratischen Neustrukturierung zu zwingen und gegebenenfalls die Volksgruppen und Identitäten durch die Revolution zu schützen (wie in Rojava), eine politische Alternative zu schaffen. Daher ist meines Erachtens eine polemische Auseinandersetzung mit dem eher populistischen Diskurs der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und ihres Vorsitzenden Mesûd Barzanî nicht nur unnötig, sondern führt dazu, dass die eigenen intellektuellen Kapazitäten weniger kreativ für die Stärkung der Revolution in Rojava, den Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen überall in Kurdistan eingesetzt werden können. Die kurdische Befreiungsbewegung handelt und lässt sich nicht in eine solche polemische Auseinandersetzung hineinziehen. Sie würde sicherlich, auch wenn die südkurdischen politischen Akteure mit dem Einverständnis der »internationalen«, der Regionalmächte ihre »Unabhängigkeit« erklärten, weiterhin aktiv dafür kämpfen, dass dieser Staat demokratisch wird, und ihn dazu zwingen, die Selbstverwaltungsstrukturen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Identitäten anzuerkennen.

Kurz nach dem Fall von Mûsil (Mosul), dem Einzug der Peschmerga in die sogenannten umstrittenen Gebiete[3] und ihrer vollständigen Kontrolle über Kerkûk (Kirkuk) hörten wir von verschiedener Seite (nicht nur von Kurden, interessanterweise von Medien und Nah-/Mittelostexperten, die sich bis dahin kaum zum Thema Kurdistan geäußert hatten), dass

1) Nicht wörtlich, da ich es nicht mehr nachprüfen kann.
2) Medienunternehmen in der südkurdischen Autonomiezone.
3) Deren administrative Zugehörigkeit eigentlich der irakischen Verfassung gemäß in einem schon seit Jahren verschleppten Plebiszit ermittelt werden soll.

die autonome kurdische Regierung (KRG) die Gewinnerin des IS-Terrors im Irak sei. Gleichzeitig wurde in Südkurdistan ein Unabhängigkeitsdiskurs eingeführt, hauptsächlich durch den Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Mesûd Barzanî. Jetzt durch die Angriffe, Massaker und Genozidversuche der IS-Banden ist dieser Diskurs verstummt; etlichen Analysen zufolge sei nun die »Unabhängigkeit« wieder ein Traum geworden[4], andere sprechen davon, dass Südkurdistan nicht bereit sei für die Unabhängigkeit[5].

Wie dem auch sei, Fakt ist, dass diejenigen, die am meisten eine »Unabhängigkeit« thematisiert und sich vehement dazu geäußert haben, nun ausländische Waffen- und Militärhilfe suchen und ja auch laut fordern[6] – in der Tat also eigentlich für eine starke »Abhängigkeit« sind[7]. Diejenigen, die sich für eine Demokratisierung der Staaten und die Schaffung demokratischer, konföderaler Strukturen eingesetzt haben und noch dafür kämpfen (sie sogar mit Waffen und dem eigenen Leben verteidigen), haben die Bevölkerung aufgerufen, sich am Aufbau der Selbstverteidigungsstrukturen zu beteiligen: ein Schritt unabhängigen Engagements in Richtung einer gewissen Unabhängigkeit. Daher sollte im Falle des Bedürfnisses, sich über die »Unabhängigkeit« zu äußern, die Situation dann aus dieser Perspektive betrachtet werden; das wäre weitaus produktiver und die Abhängigkeiten, die eine nationalstaatliche Unabhängigkeit der Bevölkerung und selbst den Entscheidungsmechanismen des Staates aufzwingen, könnten klarer dargestellt werden.

Wie dem auch sei, Fakt ist, dass diejenigen, die am meisten eine »Unabhängigkeit« thematisiert und sich vehement dazu geäussert haben, nun ausländische Waffen- und Militärhilfe suchen und ja auch laut fordern – in der Tat also eigentlich für eine starke »Abhängigkeit« sind.

Nun zurück zu der Meinung Herrn Prof. Dr. Ilhan Kızılhans (Professor der Psychologie, Doktor der Sozialwissenschaften); er ist selber Êzîde und beschäftigt sich zu Recht aus persönlichen Gründen intensiv mit dem Thema, zu den Kurden äußert er sich allerdings öfter. Er thematisiert seit kurzem eben die Möglichkeit einer Autonomie für die Êzîden in Südkurdistan: eine konventionelle Autonomie. Soll nun diese autonome Struktur eine Abhängigkeit von der Zentralregierung in Bagdad aufweisen oder vom selbst autonomen Kurdistan im Norden des Irak? Die Frage würde sich wahrscheinlich erst aufdrängen können, wenn unter den Êzîden der Gedanke einer Autonomie mehr Anerkennung fände (die »europäischen Hauptstädte« und die »internationalen« Mächte würden so etwas dann sehr wahrscheinlich »unterstützen«).

Die Betrachtung der etwa 800-jährigen Geschichte dieser kurmandschisprachigen Religionsgemeinschaft lässt erkennen, dass sie fast regelmäßig mit Massaker und Genozid bzw. dem Versuch dazu konfrontiert war. Die Gemeinde selbst spricht von 72 Genozidexpeditionen gegen sie (72 ferman), die im kollektiven Gedächtnis der Gruppe nun fest eingebrannt sind. Die Glaubensgemeinschaft, die bis ins 16. Jahrhundert hinein noch eine der größeren religiösen Gruppen in Kurdistan bildete, ist durch Massaker, Zwangskonvertierung und Zwangsumsiedlung zu einer der kleineren dezimiert worden.[8] Es ist eine natürliche Folge dieser historischen Umstände, ja der steten Gefahr der Vernichtung, dass mögliche Lösungen gesucht, unterschiedliche Szenarien reflektiert werden. In Nordkurdistan ist die Gemeinde aufgrund der Verfolgung auf wenige Familien reduziert worden. Die Lage in Syrien war nur relativ besser. Die êzîdische Gemeinde in Armenien verfügt als religiöse bzw. ethnische Gruppe über begrenzte Rechte, ist allerdings nicht in der Lage, eine Autonomie zu fordern (geschweige denn sie aufzubauen).

Die Vorstellung der Autonomie ist auf die Regionen Şengal und Shaikhan (Al-Shikhan) in Südkurdistan bezogen. Rein theoretisch hätten die Êzîden nach der irakischen Verfassung das Recht, darüber zu bestimmen, wenn es ihnen gelänge, mehrheitlich êzîdisch bewohnte Gegenden durch Bagdad und KRG als eine irakische Provinz anerkennen zu lassen. Dann könnten sie auch ein Referendum organisieren und aufgrund dessen dann, so sie es mehrheitlich wünschten, eine autonome Region gründen. Anscheinend ist es das nicht, woran Herr Kızılhan denkt, denn wie die relevanten Akteure dort auch mit ihrem Handeln offen zeigen, scheint so etwas kaum möglich. Daher appelliert Kızılhan an die »internationale« Gemeinschaft oder die »political leaders«.[9] Aber warum nicht an die eigene Gemeinde, der man sich selbst zugehörig fühlt und zu deren Schutz aufgerufen wird?

4) Siehe z. B. Arzu, Yilmaz. Kürdistan için Hawar! Dün Bağımsızlık konuşuluyordu, bugün can derdinde. In: www.diken.com.tr (08.08.2014).

5) Siehe das Interview mit Abas Vali in Taraf vom 11.08.2014.

6) Siehe z. B. den Brief Barzanîs, veröffentlicht in The Washington Post vom 10.08.2014: Kurds need more U.S. help to defeat Islamic State.

7) Sowohl die Aufrufe westlicher Journalisten und Analysten als auch die Entscheidung der USA, Waffen an die KRG zu liefern, sind nicht außerhalb dieses Kontextes zu sehen.

8) Dazu kann ich die Werke Philip G. Kreyenbroeks und Birgül Açıkyıldız' empfehlen, deren Auflistung ich hier nicht für angebracht halte.

9) Siehe den Appell Kızılhans: https://www.facebook.com/EzidiPress/posts/706328296101014

In diesem Zusammenhang schließt sich die Frage an, warum es eine, dem historischen Werden der êzîdischen Gemeinschaft fremde, konventionelle Autonomie sein sollte? Gibt es da keine weitere Alternative, die sich eventuell besser eignen könnte, oder ist ihnen der Diskurs der kurdischen Befreiungsbewegung (hauptsächlich der PKK) derart weit entfernt und fremd, um nicht eine Lösung vorzuschlagen, die für den Schutz der Êzîden unter Umständen bessere Chancen bietet? Vielleicht kann ja das, was in Rojava geschieht, ein Modell vorstellen. Wie steht es zu den religiösen Gruppen in Rojava? Wie haben sich die êzîdischen und christlichen Gemeinden dort organisiert? Wie war es ihnen möglich, sich bis jetzt gegen die IS-Terroristen erfolgreicher zu verteidigen als die Êzîden in Südkurdistan, wo es angeblich sicherer war und diese dort ja somit geschützter gewesen sein sollten? Die Antworten auf diese Fragen sind für die Zukunft der Gemeinde eigentlich sehr wichtig und könnten innerhalb der Gruppe Diskussionen einleiten und die wiederum zu Alternativlösungen führen.

Demokratischer Konföderalismus als Konzept für unterschiedliche Identitäten bietet eigenständige Selbstverwaltungsstrukturen und unabhängige Selbstverteidigungsmechanismen. Somit hätten die unterschiedlichen Identitäten und Gruppen die Möglichkeit, autonom zu sein (also ist die Autonomie auch nicht mehr territorial begrenzt) und sich gleichzeitig an breiteren politischen Entscheidungen zu beteiligen. Demokratischer Konföderalismus sieht vor, dass jedes Individuum, aber auch jede Gruppe und Identität ein politisches Subjekt darstellt (bzw. darstellen sollte), d. h. jede Gruppe ist gleichzeitig autonom: Sie kann eigene Entscheidungsmechanismen schaffen, sie kann über eine eigene Exekutive verfügen, sie kann eigene Selbstverteidigungsmechanismen aufbauen, sie kann eigenständig wirtschaftlich produzieren. Es ist nicht verkehrt zu behaupten, dass jede sich im Rahmen des Konzepts des Demokratischen Konföderalismus selbst organisierende Entität weit unabhängiger ist (trotz Abhängigkeiten mit anderen Entitäten) als jeder zurzeit existierende Staat im Nahen/Mittleren Osten.

Daher finde ich persönlich, dass eine Autonomie eine gute Lösung für den Schutz von Gruppen wie die der Êzîden sein kann, eine herkömmliche Autonomie allerdings eher Komplikationen und Gefahren birgt, kaum geringer als die jetzigen. Deshalb ist für unterschiedliche Gruppen innerhalb der kurdischen Bewegung eine Diskussion über eine mögliche Selbstverwaltung in Form einer Entität des Demokratischen Konföderalismus notwendig; unter den êzîdischen Kurden wird nach der Tragödie in Şengal selbstverständlich ein ähnlicher Diskurs geführt: Fakt ist, dass die Selbstverteidigungsstrukturen der Êzîden in Şengal nicht mehr aufgegeben werden können und dürfen, was eine eigene demokratische Selbstverwaltung auch notwendig macht. ♦



Flüchtlinge aus Şengal, die ein Camp in Rojava erreicht haben. Foto: DIHA

Abdullah Öcalan: 65 Jahre alt, davon 15 Jahre auf einer Gefängnisinsel inhaftiert

Ein Leben von über 40 Jahren Kampf und Widerstand

Havin Güneşer, Journalistin und Sprecherin der Internationalen Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan«, 1. August 2014

Was bringt Menschen dazu, trotz Unterdrückung, Entbehrungen und Bedrohung ihres Lebens Widerstand zu leisten und zu kämpfen? Es muss das sein, was den Menschen zum Menschen macht: Seine Fantasie. Die Kraft sich vorstellen zu können: Eine andere Welt ist möglich.

Genau damit haben Abdullah Öcalan und seine Freundinnen und Freunde wie Haki Karer, Sakine Cansız, Kemal Pir, Mazlum Doğan und andere Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre begonnen: mit ihrer Vorstellungskraft. Wer konnte sich schon der revolutionären Kraft und den Nachwirkungen von 1968 entziehen? Sowohl die Sicht auf die Welt als auch auf den Liberalismus wandelten sich. Öcalan und seine FreundInnen waren ein Nebenprodukt dieser Welle, die ausgelöst wurde von der nationalen Befreiung Vietnams und dem Erstarken der türkischen Linken (besonders durch das Wirken von Mahir Çayan, Deniz Gezmiş und Ibrahim Kaypakkaya). Öcalans frühe Gruppe setzte sich nicht nur aus KurdInnen, sondern aus RevolutionärInnen verschiedener ethnischer Gruppen zusammen. Sie stellten sich vor, dass ein Leben möglich ist, in dem es keinen Raum für Unterdrückung, Ausbeutung von Frauen, Kolonisierung und nationalistischen Chauvinismus gibt. Sie stellten sich vor, dass das kurdische Volk existiert und ein Recht darauf hat, auch in Zukunft zu existieren. Diese Vorstellung mag sich heute banal anhören. Aber damals machten der kulturelle und physische Genozid, das Ausmaß der Selbst-Assimilation und die inneren politischen Strukturen der Kolonisatoren es sehr schwer, über Alternativen nachzudenken.

Aber sie wagten es und zahlten dafür einen hohen Preis. Die gesamte kurdische Gesellschaft zahlte einen hohen Preis. Wenn es so leicht wäre, die Freiheit zu erlangen, hätte die Menschheit nicht die letzten 5 000 Jahre für sie gekämpft. Vielleicht haben der Kapitalismus und alle anderen vorangegangenen patriarchalen Systeme so versucht, unsere Fantasie abzustumpfen: Sie sagen, es ist unmöglich. Dieses unfreie Leben ist das einzig mögliche. Und zum Beweis führen sie den Zerfall der Sowjetunion, den Stillstand des Feminismus, das Unvermögen der Alternativbewegungen, alternative Lebensformen umzusetzen, an. Aber stimmt das wirklich?

Alternativbewegungen auf der ganzen Welt haben einfach nicht aufgehört, daran zu glauben, dass eine andere Welt möglich ist. Öcalan und die kurdische Freiheitsbewegung gehören in diese Kategorie und daher war die Organisation, die hier entstand, auch keine nationale Befreiungsbewegung im klassischen Sinn.

Trotz aller Versuche der Türkei und später der Weltmächte, die Bewegung im Keim zu ersticken, haben es Öcalan und seine FreundInnen geschafft, politisch zu überleben. Es ist vielleicht die einzige Bewegung, die nicht nur alle Hochs und Tiefs des Kapitalismus, sondern auch den Zusammenbruch des Realsozialismus und das Gefühl der Hilflosigkeit bei den Menschen miterlebt hat. Andere nationale Befreiungsbewegungen hatten Erfolg und beherrschten danach die Länder, gegen deren frühere Herrscher sie einst Widerstand geleistet hatten. Die PKK sah, wie diese Leute selbst zu HerrscherInnen wurden. Die PKK, so Öcalan, hat Erfahrungen mit dem Realsozialismus gemacht, während sie noch eine Bewegung war. Natürlich wurde die PKK auch von der starken Frauenbewegung der 1980er und 1990er Jahre beeinflusst, aber auch diese kam zum Stillstand. Vor dem Hintergrund und durch das Erbe der Kämpfe und Errungenschaften gegen Versklavung, Kolonisierung und Faschismus erleben wir heute aber auch ihr Wiedererstarken. Während die meisten Alternativbewegungen entweder in Dogmatismus verfielen und/oder verschwanden, kämpften andere darum, diese Entwicklung zu verstehen. Dies erforderte und erfordert eine umfangreiche Neuanalyse nicht nur des gesamten Systems, sondern auch der Alternativbewegungen und der gemachten Fehler. Und wieder war es die Vorstellungskraft, die Öcalan und seinen FreundInnen half. Sie weigerten sich zu akzeptieren, dass es das gewesen sein sollte und von den Ideen nichts geblieben war.

Nach 1994 befasste sich Öcalan in zunehmendem Maß mit dieser Thematik. Bereits in den 1980er Jahren bewertete

er viele Aspekte der realsozialistischen Praxis der Sowjetunion und anderer Staaten recht kritisch. Gegenüber den türkischen linken Gruppen, die nach dem Militärputsch 1980 entstanden waren, war er sehr kritisch eingestellt. Er suchte weiter nach tiefergehenden Antworten und vielleicht halfen dabei die Komplexität der kurdischen Frage und die Fähigkeit der PKK, unabhängig zu handeln, denn sie ließen keinen Raum für verkehrte Antworten und (Selbst-)Betrug: Ein falscher Schritt hätte die Vernichtung durch die eine oder andere Macht bedeutet.

Öcalan ist alles andere als dogmatisch, er ist ein wahrer Dialektiker. Er verstand genau, dass alle Systeme ihre Zeit haben. Sie entstehen nicht, weil sie notwendig oder alternativlos sind. Sie bestehen auf der Grundlage bestimmter Gesetze, erreichen ein Gleichgewicht, verlieren dieses Gleichgewicht und dann bleibt nichts mehr, wie es war. Das genau geschieht zurzeit: Der Kapitalismus steckt in einer strukturellen Krise und die Welt in einer chaotischen Situation. Öcalan hat seit 1990 ausführlich darüber gesprochen und geschrieben, besonders in seinen Gefängnisschriften[1], die auf der Gefängnisinsel auf Imralı entstanden. Diese chaotische Situation, so warnt er, wird sich nicht zwangsläufig zu etwas Fortschrittlicherem entwickeln. Öcalan behauptet, es bestehe nicht nur die Chance, die 500-jährige Vorherrschaft des Kapitalismus zu beenden, sondern auch die des gesamten patriarchalen Systems. Öcalan und andere Intellektuelle wie Immanuel Wallerstein sagen vorher, dass dieser Kampf heftig sein und noch mindestens 100 Jahre, wenn nicht länger, andauern wird. Diese Prognose scheint sich angesichts der Geschehnisse auf der Welt und im Mittleren Osten zu bestätigen.

Öcalan ist alles andere als dogmatisch, er ist ein wahrer Dialektiker. Er verstand genau, dass alle Systeme ihre Zeit haben. Sie entstehen nicht, weil sie notwendig oder alternativlos sind. Sie bestehen auf der Grundlage bestimmter Gesetze, erreichen ein Gleichgewicht, verlieren dieses Gleichgewicht und dann bleibt nichts mehr, wie es war. Das genau geschieht zurzeit: Der Kapitalismus steckt in einer strukturellen Krise und die Welt in einer chaotischen Situation.

Aus diesem Grund versucht Öcalan in seiner Einzelzelle auf der Gefängnisinsel dafür zu sorgen, dass alle unterdrückten Völker, einschließlich der KurdInnen, in die Lage versetzt werden, ein alternatives politisches System umzusetzen und sich vor dem Blutbad zu schützen, das nach jedem ihrer Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel vorbereitet sein wird.

Man sagt, dass die Anfänge über den Ausgang entscheiden. Die PKK begann als eine multiethnische Organisation. Unter der Anleitung der PKK verwirklichte das kurdische Volk sein Existenzrecht und kämpft nun nach außen und nach innen gegen Sexismus und Patriachat, die beide vollständig macht-, hierarchie- und staatszentrierte Ideologien sind. Die kurdische Freiheitsbewegung verweigert sich einer Einverleibung durch das kapitalistische System. Das hat sie aus den Erfahrungen anderer nationaler Befreiungsbewegungen gelernt. Und dies ist auch der Grund dafür, dass sie einer immensen Gegenpropaganda ausgesetzt ist oder komplett ignoriert wird, wenn sie die Entwicklungen in der Region bewertet.

Nehmen wir das Beispiel von Rojava, die kurdischen Gebiete in Nordsyrien. Zuerst gab es viele Reaktionen der Supermächte gegen die KurdInnen, weil diese nicht in die gleiche Falle liefen wie viele andere in Ägypten, Libyen und anderen Teilen der Welt. Die KurdInnen weigerten sich, an Kriegen teilzunehmen, die den Völkern nur Blutvergießen brachten. Stattdessen entschieden sie sich – geleitet von Öcalan – für den dritten Weg, um sich mit allen Völkern der Region zu vereinigen und um eine Selbstverwaltung zu organisieren, die auf Basisdemokratie, Freiheit der Frau, einer alternativen Ökonomie und Ökologie basiert. Im besten Fall wurden sie deswegen ignoriert und aus allen Diskussionen um Syrien ausgeschlossen. Aber die neugebildeten Kantone bestehen fort und versuchen, Raum für eine Regierungsform der Bevölkerung zu schaffen, die das Gedeihen aller Identitäten sichert. Eine Sphäre der Freiheit.

Dem entgegen steht die Sphäre des Faschismus, vertreten durch ISIS, oder den Islamischen Staat (IS), wie er sich seit dem 29. Juni 2014 nennt. ISIS nimmt die Vielfalt der Identitäten, vor allem die der Glaubensrichtungen und Ethnien in der Region, ins Visier. Aus diesem Grund greift er KurdInnen (auch die sunnitischen), AssyrerInnen, TurkmenInnen, ÊzîdInnen, SchiitInnen und ChristInnen an und versucht so, die Region ethnisch und glaubensmäßig zu säubern und die totale Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Der IS vertritt in extremer Weise die Vorherrschaft des Mannes und drängt Frauen in eine noch untergeordnetere gesellschaftliche Rolle zurück. Er setzt sexuelle Gewalt als Kriegsstrategie ein und vertritt ausschließlich ein System der »starken Männer«. Ganz gleich, wie sich ISIS verstellen mag, er verkörpert den reinen Faschismus.

1) siehe: http://www.ocalan-books.com/

Dagegen ist Abdullah Öcalans Paradigma genau das richtige Antidot, ob wir es aus der Perspektive der Glaubensrichtungen, der Ethnien oder der Freiheit der Frau betrachten. Öcalan hat versucht, den Teufelskreis zu durchbrechen, der darin besteht, dass Menschen zu Feinden werden und aneinander Rache nehmen, sobald sie Gelegenheit dazu haben. Aus genau diesem Grund hat er eine fundierte Analyse von Staat, Macht und Gewalt vorgenommen, in der er aufzeigt, wie die Grundlagen für ein Leben in Unfreiheit geschaffen werden.[2]

Die Gefängnisinsel Imralı und Abdullah Öcalan

Öcalan ist heute 65 Jahre alt und wird seit 15 Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı festgehalten, 10 Jahre davon war er der einzige Gefangene. Die Insel ist militärisches Sperrgebiet und wird von 1000 Soldaten bewacht. Bis 2013 war Abdullah Öcalan extremen Isolationshaftbedingungen unterworfen und durfte niemanden außer seinen AnwältInnen und Geschwistern sehen. Seine einzigen Kontakte zur Außenwelt – seine Geschwister und AnwältInnen – wurden oft monatelang daran gehindert, ihn zu besuchen. Das Komitee zur Verhinderung von Folter (CPT) des Europarats bezeichnete seine Haftbedingungen als »unbestreitbare Isolation«.

Weil er verstanden hatte, was chaotische Situationen erfordern, konzentrierte er sich weiter auf die kurdische Frage und die Demokratisierung der Türkei und des Mittleren Ostens und versuchte so kontinuierlich, Brücken zwischen den Völkern zu bauen. Trotz der extremen Isolationsbedingungen haben seine Weitsicht und seine Fähigkeit Entscheidungen zu treffen, die die Position des kurdischen Volkes und die Freundschaft unter den Völkern stärkten, dazu geführt, dass seine Akzeptanz in der kurdischen Bevölkerung zugenommen hat und sie ihn als ihren Repräsentanten betrachtet. Seine strikten Haftbedingungen haben nicht verhindern können, dass sein Ansehen gewachsen ist. Der Grund hierfür ist sehr einfach: Trotz der großen politischen Veränderungen hat sich seine Führung bewährt. Öcalan und die Freiheitsbewegung haben es geschafft, das kurdische Volk aus einer Situation der Nicht-Existenz mit vielen lebensbedrohlichen Hindernissen herauszuführen und es gleichzeitig ermuntert, nach alternativen Lebensform zu suchen: Dies macht das in ihn gesetzte Vertrauen so unerschütterlich. Die Gefängnisgitter haben ihn nie daran gehindert, die Kolonisierung zu bekämpfen und die Freiheit zu fordern. Er inspiriert bis heute die Freiheitsforderung des kurdischen Volkes. Öcalan ist ein Symbol des kurdischen Volkes gegen Verleugnung und Kolonialismus und die meisten KurdInnen betrachten ihn als Garanten für Frieden und Demokratie.

Seit kurzem ist es politischen Delegationen, sowohl der türkischen Regierung als auch der HDP (Demokratische Partei der Völker), möglich, Abdullah Öcalan zu besuchen. Angehörigenbesuche und besonders AnwältInnenbesuche finden nicht mehr statt. Zwei von Öcalans AnwältInnen wurden zu Beginn der KCK-Operationen verhaftet, 34 weitere nach dem 27. Juli 2011. Vor wenigen Monaten wurden zwar alle AnwältInnen freigelassen, aber seit dem 27. Juli 2011 hat keine/r von ihnen ihren Mandanten gesehen. Daraus lässt sich ersehen, dass die Spielregeln nach wie vor vom Staat diktiert werden und dass sie willkürlich sind. Es mag ein politischer Prozess in Gang gesetzt worden sein, aber es gibt für ihn keine gesetzlichen oder offiziellen Verantwortlichen. Zudem sollte ein so unklarer politischer Prozess den juristischen Rechten Öcalans nicht im Wege stehen, geschweige denn Menschenrechtsorganisationen dazu veranlassen, weiter zu den groben Verletzungen der Grundrechte Öcalans zu schweigen. Die auf Öcalan angewandten Gesetze belegen, dass es sich bei ihm um einen Kriegsgefangenen handelt, und unter diesen Umständen können die Gespräche nicht fortgeführt werden. Sie müssen den Status von Verhandlungen erhalten und aus diesem Grund muss Abdullah Öcalan freigelassen werden. Mandela sagte treffenderweise: »Nur freie Menschen können verhandeln. Ein Gefangener kann keine Verträge abschließen.«

Eine weltweite Kampagne: Freiheit für Öcalan

Die Internationale Initiative[3] hat seit ihrer Gründung im März 1999, keinen Monat nach Öcalans Entführung, stets an seine Freiheit und an den Frieden in Kurdistan geglaubt. Seitdem hat die Internationale Initiative – dank der weltweiten Unterstützung durch einfache Menschen, Intellektuelle und bekannte Persönlichkeiten – ohne Unterlass daran gearbeitet, im Dienste eines gerechten Friedens nicht nur die Beziehungen zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk, sondern zu allen Völkern in der Region zu verbessern. Die Arbeit war vielgestaltig und es wurden die unterschiedlichsten Mittel eingesetzt.

Als sich die Internationale Initiative im September 2012 zu einer weltweiten Unterschriftenkampagne entschloss, war Abdullah Öcalan bereits seit acht Monaten totalisoliert. Niemand hatte irgendwelche Informationen über ihn und die anderen fünf Gefangenen, die im November 2011 nach Imralı verlegt worden waren. Imralı war jetzt eine Gefängnisinsel, auf der nur Kurden untergebracht waren und auf der keine Gesetze galten: Ein Guantanamo im Herzen Europas. Es gab nicht die leiseste Vermutung, wann diese Totalisolation beendet werden würde. Menschenrechtsorganisationen hatten entweder kein Handlungsmandat, verloren sich in der Bürokratie oder die Si-

2) http://ocalan-books.com/deutsch/jenseits-von-staat-macht-und-gewalt.html

3) http://www.freeocalan.org/

tuation wurde einfach benutzt, um einen Präzedenzfall für die weitere Einschränkung von Gefangenenrechten zu schaffen. Wer würde sich schließlich für einen »Terroristen« einsetzen? So ist es bis heute geblieben.

Es war nicht schwer zu begreifen, dass dies – ähnlich wie 1999 – eine kritische Zeit war. Obwohl die Todesstrafe nach dem Gesetz nicht mehr anwendbar war, wurde sie in dieser Zeit rhetorisch sehr häufig verwendet. Die Vorbereitungen für die weltweite Unterschriftenkampagne begannen sechs Monate vor ihrem Start. Im Kontext des Weltfriedenstags startete die Kampagne in Brüssel am 6. September 2012 mit eintausend Erstunterschriften. Ihr Ziel war gewaltig: die Isolation, die seit Öcalans Entführung vor 15 Jahren noch nie so umfassend gewesen war, und das Schweigen der internationalen Öffentlichkeit zu durchbrechen. Dies war der Grund für die Forderung nach der Freilassung Öcalans und aller anderen politischen Gefangenen. Jetzt sprachen wir nicht mehr über ein Individuum oder eine Führungspersönlichkeit (obwohl wir nicht vergessen dürfen, dass er vor allem ein Mensch mit Rechten ist), sondern über Öcalan als Faktor, der für die Zukunft des kurdischen Volkes und des Mittleren Ostens größte Bedeutung hat. Zu den ersten tausend UnterzeichnerInnen, die die Freiheit von Öcalan forderten gehörten Gerry Adams, Prof. Antonio Negri, Prof. Immanuel Wallerstein, Prof. Achin Vanaik und andere Intellektuelle, PolitikerInnen aus Südamerika, Europa, Asien, Russland und dem Mittleren Osten sowie Parlamentsabgeordnete und NGOs.



Material zur Kampagne Freiheit für Öcalan zu finden unter: http://www.freeocalan.org/

Bevor die Internationale Initiative diese Kampagne begann, beriet sie sich mit der KHRG (The Kurdish Human Rights Group in Südafrika) und wurde von ihr mit Zehntausenden (von Unterschriften) unterstützt. Gleichzeitig unterstützten NGOs, Gewerkschaften, politische Parteien aus dem Baskenland, Zypern, Peru, den Philippinen, Deutschland, Großbritannien und Frankreich die Unterschriftenkampagne. Es ist uns an dieser Stelle wichtig, auf die großen Anstrengungen Fidan Doğans hinzuweisen, die zu der starken Unterstützung der französischen Kommunistischen Partei

(PCF) und vieler bekannter NGOs und Persönlichkeiten führten.

Wir sind stolz darauf, dass die Kampagne – auch wenn sie von der Internationalen Initiative gestartet und geleitet wurde – heute zu einer Kampagne aller geworden ist. Viele kurdische Organisationen, internationale Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten aus den Philippen, dem Baskenland, Deutschland, Großbritannien und vielen anderen Ländern haben ihr höchste Priorität eingeräumt und sie so zu einer weltweiten Kampagne gemacht. Wir möchten noch einmal die Arbeit und die Anstrengungen von Menschen in ganz Europa und von FreundInnen des kurdischen Volkes auf der ganzen Welt würdigen und allen, die sich beteiligt haben, zu ihrer Leistung, Kreativität, Beharrlichkeit und Kontinuität gratulieren.

Der reale Einfluss solcher Kampagnen

Bis heute wurden viele Unterschriftenkampagnen, Protestaktionen und Märsche für die Freiheit Öcalans durchgeführt. Sie haben alle dabei geholfen, die Situation von Abdullah Öcalan und des kurdischen Volkes öffentlich zu machen und zu verbessern. Wenn wir auf die 1970er Jahre zurückblicken, stellen wir fest, dass das kurdische Volk damals nicht nur im Iran, Irak, in Syrien und der Türkei, sondern auch in Europa und auf der ganzen Welt unsichtbar war und verleugnet wurde. 2014 jedoch gehören die KurdInnen nicht nur in der Türkei zu den dynamischsten und revolutionärsten Kräften, sondern im gesamten Mittleren Osten und in der Welt. Der Grund hierfür ist einfach: Die KurdInnen revoltieren nicht bloß, sie sind organisiert und haben eine klare Vorstellung von ihrer Alternative.

2014 jedoch gehören die KurdInnen nicht nur in der Türkei zu den dynamischsten und revolutionärsten Kräften, sondern im gesamten Mittleren Osten und in der Welt. Der Grund hierfür ist einfach: Die KurdInnen revoltieren nicht bloss, sie sind organisiert und haben eine klare Vorstellung von ihrer Alternative.

Allerdings war es nicht leicht, aus einem Öcalan, der von der Todesstrafe, und dem kurdischen Volk, das vom Genozid bedroht war, einen Öcalan und ein Volk zu machen, die die Fähigkeit besitzen, über die Zukunft der Türkei und des Mittleren Ostens zu entscheiden. Gewöhnlich werden wir gefragt, ob solche Unterschriftenkampagnen oder ähnliche Aktionen überhaupt irgendeine Wirkung haben. Das konkreteste Beispiel ist die Haltung der KurdInnen nach der Entführung Öcalans, die sie auf der ganzen Welt zur gleichen Zeit zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben damit nicht nur die Vollstreckung der Todesstrafe verhindert, sondern auch den Weg für jeden späteren Dialog geebnet, weil sie zum wiederholten Mal gezeigt haben, dass Öcalan der unumstrittene Führer des kurdischen Volkes ist.

In den 15 Jahren gab es viele Kampagnen unterschiedlicher Organisationen und jede markierte einen neuen Abschnitt. Die »Bewegung freier BürgerInnen« beispielsweise startete 2005 bis 2006 in der Türkei die Unterschriftenkampgane »Öcalan vertritt meinen politischen Willen« und sammelte trotz Festnahmen, Verhaftungen, Repression und trotz der Beschlagnahmung von Listen in der Türkei und Europa 3,5 Millionen Unterschriften. KurdInnen haben als Gruppe offiziell nicht das Recht, Wahlen oder Volksabstimmungen durchzuführen. Deswegen habe solche Kampagnen, die oft mit viel Mühen und Repressalien verbunden sind, eine enorme Bedeutung für die Willensbekundung des kurdischen Volkes.

Und so war die Kampagne von 2005 bis 2006 auch eine Antwort auf das koloniale Beharren der Türkei und der europäischen Staaten, die KurdInnen sollten sich »einen neuen Führer suchen«. Das Ergebnis der Unterschriftenkampagne hat es den KurdInnen ermöglicht, solche Ansinnen weitgehend zu entkräften. Während auf der einen Seite ein rassistisch-kolonialistisches Regime alles versucht, um seine Herrschaft zu legitimieren, organisieren das kurdische Volk und andere Völker, Intellektuelle, verantwortungsvolle PolitikerInnen und fortschrittliche NGOs Aktionen und Proteste, um diese Versuche zunichtezumachen. Trotz schwieriger Bedingungen erklärten die KurdInnen Abdullah Öcalan immer wieder zu ihrem »politischen Vertreter« und forderten gemeinsam mit ihren FreundInnen auf der ganzen Welt seine Freiheit.

Die Kampagne hat sich seit ihrem Beginn von Europa über die ganze Welt verbreitet. Nach der Totalisolation Öcalans in den Jahren 2011 und 2012 haben wir 2013 eine Phase erreicht, in der wieder Gespräche aufgenommen wurden. Seitdem wurde die Kampagne mit einem neuen Ziel fortgeführt, nämlich, die Vorurteile, die gegenüber Abdullah Öcalan und dem Kampf des kurdischen Volkes für seine Existenz und seine Freiheit geschürt wurden, auszuräumen. Wir haben uns auch zum Ziel gesetzt, den Falschinformationen entgegenzutreten und die Gesellschaft aufzuklären. Die KurdInnen und Abdullah Öcalan wurden infolge der offiziellen Kolonialpolitik kriminalisiert und der Öffentlichkeit in

falscher Weise präsentiert. Aus diesem Grund war es notwendig, viel Energie auf die Suche nach kreativen Methoden zu verwenden. Es ist an der Zeit, dass unsere Bemühungen (für die Lösung der kurdischen Frage) durch politische Initiativen der europäischen Staaten ergänzt werden. Dies kann mit einer Öffnung der politischen, sozialen, kulturellen Arena für das kurdische Volk erreicht werden.

Wir freuen uns, dass sich vor kurzem – trotz der gegenwärtigen Situation – auch Rojava und die anderen Teile Kurdistans der Kampagne angeschlossen haben.

Die abschließende Zählung ist noch nicht erfolgt, aber die erwartete Marke liegt bei fünf Millionen Unterschriften. Dies ist eine gewaltige Zahl und schließt die einzelnen Mitglieder der unterzeichnenden Gewerkschaften, NGOs und anderer Organisationen nicht mit ein.

Abgesehen davon, dass wir von so vielen Leuten Unterschriften bekommen haben, war es wichtig, dass wir mit ihnen ins Gespräch gekommen sind und ihnen die Situation der KurdInnen und der Öcalans erläutern konnten. Dazu wurden die verschiedensten Materialien der Internationalen Initiative in unterschiedlichen Sprachen vorbereitet. Sie können unter www.freeocalan.org und www.ocalan-books.com abgerufen werden. Die Informationen dieser Kampagne sollen noch viele Jahre genutzt werden.

An der Kampagne haben sich viele inspirierende Menschen beteiligt. Man konnte Leute kurdischer, französischer und anderer Nationalitäten in Straßenbahnen, vor Universitäten oder in Einkaufszentren beim Sammeln von Unterschriften sehen. Einige habe sehr kreative Wege gefunden, um ihre Sammlung attraktiver zu machen, so beispielsweise in Schweden: Den UnterzeichnerInnen wurde eine Zitrone mit der Aufschrift »Terrorist« überreicht. Warum? In der Türkei wurden diejenigen, die mit einer Zitrone erwischt wurden, sofort festgenommen, weil Zitronensaft gegen die brennende Wirkung des Pfeffersprays hilft, das die türkischen Sicherheitskräfte gegen DemonstrantInnen einsetzen. So haben sie genial und einfach einen Zusammenhang zwischen Zitrone Proteste Pfefferspray und der kurdischen Frage hergestellt. Sie haben nicht nur Unterschriften gesammelt, sondern auch zum Nachdenken angeregt, indem sie den Leuten »terroristische« Zitronen als Gäste mit nach Hause geschickt haben.

Kampagne »Art for Öcalan«

Parallel dazu haben wir die Kampagne »Art for Öcalan«[4] ins Leben gerufen. Sie soll die bislang (künstlerisch) nicht so gut zum Ausdruck gebrachte Beziehung zwischen Abdullah Öcalan, dem kurdischen Volk, der Freiheit und der Freiheit der Frauen darstellen. Sie bezweckt aber auch, eine breitere Öffentlichkeit über die Vergangenheit, Gegenwart und die Forderungen des kurdischen Volkes und Öcalans aufklären. Wir haben bereits viele Werke aus Brasilien, Südafrika, den USA, Südamerika, Italien, Deutschland und von KurdInnen aus allen Teilen Kurdistans erhalten. Mit dieser Kampagne möchten wir verschiedene Kunstsparten ansprechen. Die bisher bei uns eingegangenen Werke haben wir auf Postkarten gedruckt und kleinere Kampagnen wie »20 000 Geburtstagskarten für Öcalan« zum 64. Geburtstag im April 2013 durchgeführt. Auch T-Shirts und Leinwände wurden bedruckt und zum Solidaritätspreis verkauft. Darüber hinaus planen wir in näherer Zukunft Ausstellungen der Werke. Einiges muss dazu noch getan werden. So sind wir auch noch auf der Suche nach einem offiziellen Song für die »Freiheit für Öcalan«-Kampagne.

Schlusswort

Mit der Wiederaufnahme der Gespräche Anfang 2013 und Öcalans Newroz-Botschaft im selben Jahr hat die kurdische Frage offiziell eine neue Wendung genommen. Die Verleugnungspolitik der Türkei und der Mächtigen der Welt wurde in Stücke gerissen. Aber nun hat der schwerste Kampf begonnen, der über das zukünftige Leben der KurdInnen und anderer Völker der Region entscheiden wird: Obwohl für die KurdInnen die Gefahr der Vernichtung fortbesteht, geht es bei dem neuen Abschnitt und dem Kampf um die Umsetzung eines alternativen Systems viel mehr um die Mentalitätsveränderung bei den Individuen, denn alternatives Leben ist kein abstraktes Konzept. Ebenso wie die Möglichkeit besteht, dass der Mittlere Osten zum Friedhof der Kulturen und Überzeugungen wird, gibt es die sogar noch größere Chance, dass die Sphäre der Freiheit ausgeweitet wird. Unser Kampf wird über das Ergebnis entscheiden.

Fantasie scheint also ein wichtiger Teil der Verwirklichung von Träumen zu sein, der andere besteht darin, sie in Worte zu fassen und den Mut aufzubringen, sie umzusetzen. »Freiheit für Öcalan« setzt sich nicht nur für die Freiheit einer Person ein, sondern für die Freiheit des kurdischen Volkes und die Freundschaft unter den Völkern.

Jede einzelne Kampagne war für sich eine starke Antwort auf die sich verändernden Bedingungen in der Türkei, der Region oder der Welt. Auch wenn die aktuelle internationale Unterschriftenkampagne bald enden wird, sollten andere Kampagnen für die Freiheit Abdullah Öcalans fortgesetzt werden, bis er tatsächlich frei ist. Und das ist nur noch eine Frage der Zeit. ♦

4) Mehr Informationen unter http://art-for-ocalan.org/

Zur Abschottung Abdullah Öcalans von seinen Anwälten

Abdullah Öcalan unterliegt noch immer physischer Isolation!

Ömer Çelik, Journalist, 26.07.2014

Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan, für dessen Freilassung als »Repräsentant des kurdischen Volkes« internationale Kampagnen initiiert wurden, ist auf der Gefängnisinsel Imralı trotz weltweiter Verbreitung seiner Ansichten physischer Isolation ausgesetzt. Während politische Delegationen im Rahmen des Prozesses für eine politische Lösung der kurdischen Frage Zugang zur Insel haben, wird seinen Anwälten nun im vierten Jahr unter Angabe fadenscheiniger Gründe der Kontakt zu ihm verwehrt. Für die Anwälte, die ihre bis heute währenden Bemühungen und den andauernden Prozess als »Versuch der Kurden, durch die Tür der demokratischen Justiz einzutreten« werten, ist das weiterhin der größte Widerspruch der regierenden AKP.

Jede ethnische, religiöse oder gesellschaftliche Gruppe, egal, ob aufseiten der Herrschenden oder der Opposition, versucht Macht zu erlangen. Ein Mittel, mit dem sie sich gegen Gewaltherrschaft auflehnt und ihr zustehendes Recht einfordert, sind die juristischen Regeln, die als Bestandteil des Gesellschaftsvertrages anstelle ethischer Regeln aufgestellt wurden.

Dass diese Regeln von den Herrschenden ohne jegliche Anlehnung an eine gesellschaftliche Übereinkunft eingeführt wurden bzw. werden, hat den Prozess der Verwahrlosung der Justiz forciert. Diese Justiz, die die Grundlage für Repression, Gewalt, Entrechtung, Ausbeutung und Assimilation bildet, betrifft seit Jahren am meisten die Kurden. Diese versuchen mit ihrem politischen und gesellschaftlichen Kampf, die ihnen seit Gründung der Republik verwehrten Rechte zurückzugewinnen. Vorreiter ist dabei der als »Repräsentant des kurdischen Volkes« bezeichnete PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan. Herr Öcalan bezeichnete seine Gefangennahme und Auslieferung an die Türkei durch internationale Kräfte als »Verletzung internationalen Rechts« und antwortete mit einer Verteidigung in internationaler Dimension. Das Hochsicherheitsgefängnis vom F-Typ, in dem er inhaftiert ist, ist ein rechtsfreier Raum. Das Verhalten gegenüber Herrn Öcalan, der seit fünfzehn Jahren einer »auf seine Person zugeschnittenen« Liquidationsjustiz ausgesetzt ist, gestattet zugleich auch stets einen Hinweis auf die gegenüber der kurdischen Bevölkerung angewandte Politik. Trotz der Funktion, die er für die Lösung der kurdischen Frage übernommen hat, trotz der Dialoge mit Delegationen des Staates und der Definition dieser Bemühungen als »Eintritt der Kurden durch die Tür der demokratisch-gesellschaftlichen Justiz« befindet sich Herr Öcalan weiter in Isolationshaft.

Seine Verteidiger, die Anwälte des »Rechtsbüros des Jahrhunderts«, haben wegen vorgeschobener, jeder Rechtmäßigkeit entbehrender und politisch motivierter, technischer Gründe (z. B. »defektes Boot« *[Anm. d. Ü.: zur Überfahrt auf die Insel]*, »zu schlechtes Wetter« oder »feiertagsbedingt ausfallende Überfahrt«) seit dem 27. Juli 2011 keinen Zugang zu ihrem Mandanten. Die Gründe für die Verweigerung der Mandantengespräche erläuterten seine Anwälte Rezan Sarıca und Cengiz Çiçek.

Sämtliche Beschwerden abgelehnt

Rechtsanwalt Rezan Sarıca äußerte im Hinblick auf den juristischen Aspekt der Isolierung Öcalans von den Anwälten, dass die vorgebrachten Gründe für die Verhinderung der Anwaltsbesuche die türkische Regierung nicht von ihren juristischen Pflichten entbänden. Jeder Häftling habe das Recht auf Anwaltsbesuche und dieses Recht werde nun seit mehr als drei Jahren verletzt. Sämtliche diesbezüglichen Beschwerden seien abgelehnt worden. Da alle inländischen Rechtswege ausgeschöpft seien, hätten sich die Anwälte an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGfM) gewandt. Während einige Verfahren bereits abgeschlossen seien, befänden sich andere gerade in der Phase der Entscheidungsfindung. Der EGfM hatte in seinem Beschluss vom 18. März betont, dass die gegen Abdullah Öcalan verhängte erschwerte lebenslange Haftstrafe »internationales Recht verletzt und Folter ist«. Diese Entscheidung bedeute eine Revidierung des Urteils im Fall Öcalan.

Trotz dieses EGfM-Beschlusses hätten Regierung und Rechtssystem in der Türkei die notwendigen juristischen Prozeduren nicht eingeleitet.

Rechtsanwalt Sarıca zufolge muss ein Gesetz erlassen werden, das den Zeitpunkt der Freilassung ihres Mandanten festsetzt. Ansonsten verleugne die Türkei ihre Verbundenheit mit internationalen Rechtsnormen. Ein weiterer Aspekt sei das unbeherrschbare Liquidationsregime des Gefängnisses von Imralı. Die derzeitige Situation beunruhige sie, vor allem vor dem Hintergrund der im Internet veröffentlichten Tonaufnahmen vom Verhör Öcalans kurz nach seiner Verschleppung in die Türkei. Zudem seien Mitschnitte von Gesprächen mit anderen Häftlingen veröffentlicht worden. Die Regierung sei verpflichtet aufzuklären, wer diese wie erlangt und veröffentlicht habe.

Auch das türkische Verfassungsgericht hatte vor Kurzem entschieden, dass das Publikationsverbot für die Bücher Herrn Öcalans trotz der Isolation rechtswidrig ist.

Laut Sarıca bezieht dieses Urteil auch die Regierung mit ein, jedoch sei die Isolation bisher nicht aufgehoben worden.

Die Regierung als eine Prozessbeteiligte habe ihren Interessen entsprechend einige Schritte unternommen, die jedoch keinen die grundlegenden Menschenrechte wahrenden Charakter trügen. Sarıca verwies auf die Isolationshaft Öcalans: »Erst wenn diese Phase vorbei ist, wird die Gesellschaft besser verstehen, welche Politik gegenüber Imralı tatsächlich betrieben wurde. Doch wir müssen das jetzt schon erkennen. Die Isolierung *[von den Anwälten]* geht ins vierte Jahr. Es gibt keinerlei Garantien auf Imralı. Jeder sollte das wissen.«

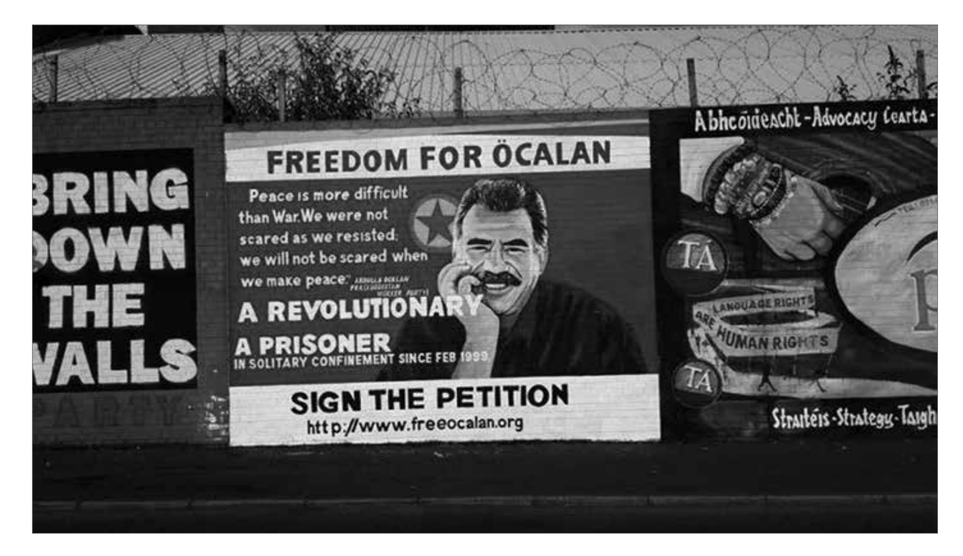
Das politische Ziel der Isolierung Öcalans von seinen Anwälten analysierte Rechtsanwalt Çiçek, der als einer seiner ersten Anwälte inhaftiert worden war.

Er unterstrich beim Blick auf die fünfzehnjährige Isolationsphase vor allem die Realität des Inselgefängnisses Imralı, dass es zunächst notwendig sei zu klären, warum Herr Öcalan in dieses Gefängnis gekommen sei.

Die Idee einer Gefängnisinsel setze auf soziale und emotionale Isolation und im Falle Herrn Öcalans darauf, einen politischen Akteur vom Kampf zu trennen. Çiçek erinnerte daran, dass ihr Mandant Öcalan sie mit Guantanamo verglichen habe.

Dieser Vergleich resultiere aus der Tatsache, dass die in seine eigene Verschleppung involvierten USA alle gegen deren System Opponierenden in dieses Gefängnis stecken und von der Außenwelt abschotten.

Angesichts der fünfzehnjährigen Isolation auf Imralı sei ihr Mandant, wie in Guantanamo, wahllosen, bis zur Folter reichenden Maßnahmen ausgesetzt, was jedoch vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werde. Çiçek: »Ausgehend vom historischen Ausmaß wird die Isolation vom ersten Tag an in derselben Intensität fortgesetzt.«



Wandbild in Belfast für die Freiheit Abdullah Öcalans Foto: ANF

Ein Irrtum, die Isolation sei aufgehoben!

Ein weiterer wichtiger Punkt, den Çiçek ansprach, war die Fehleinschätzung, dass die Isolationshaft aufgehoben sei, weil politische Delegationen im Rahmen des Dialogprozesses Gespräche mit Herrn Öcalan führen.

Çiçek betonte, dass die Absonderung nicht allein mit den Anwaltsbesuchen oder dem Besuch politischer Delegationen ende: »Ob die Isolation aufgehoben ist, muss anhand des Liquidationsregimes und entsprechender Aktivitäten auf Imralı bewertet werden. Beurteilen wir es im Hinblick auf das Rechtsverständnis, das die Staaten als Instrument für ihre Herrschaftsinteressen etabliert haben, fordern wir die Umsetzung des

Rechtssystems und des internationalen Rechts.« Die Praxis auf Imralı bleibe weit hinter den juristischen Vorgaben zurück.



Plakatwand in Amed für die Freiheit Abdullah Öcalans | Februar 2014 Foto: DIHA

»Öcalan zu verteidigen bedeutet, den Freiheitskampf der Kurden zu verteidigen«

In diesem Sinne beschrieb Çiçek die Realität im Gefängnis von Imralı und das Ziel der Isolation: »Wir können sagen, dass die Isolation unseres Mandanten in vollem Umfang andauert. Ziel der Isolation ist es, die Verbindung zu seinem Volk, seiner Organisation und seinem politischen Kampf zu kappen. Das bedeutet auch einen Bruch der Verbindung zum kurdischen Volk. Im Hinblick auf uns Rechtsanwälte kommt eine Verteidigung Öcalans auch einer demokratisch-juristischen Verteidigung der Kurden gleich. Öcalan zu verteidigen bedeutet, den Freiheitskampf der Kurden zu verteidigen.«

Die Isolation auf Imralı ist der größte Widerspruch der AKP

Mit diesen Worten wies Çiçek auf die Politik der regierenden AKP und deren Herangehensweise hin.

Es laufe seit anderthalb Jahren ein *[Diskussions-]*Prozess, an den Isolationshaftbedingungen auf Imralı habe sich jedoch nichts geändert. Dies sei der größte Widerspruch der AKP im Hinblick auf die Kurden und ihre Führungspersönlichkeit. Sie behaupte zwar, eine Lösung der kurdischen Frage anzustreben, und akzeptiere Öcalan de facto als Ansprechpartner, dennoch scheue sie sich in der Praxis, seinen Namen und seine Position zu benennen. Noch immer mache Erdoğan bei Wahlveranstaltungen im Inland die Frage der Hinrichtung Öcalans zu einem Politikum.

Auch die Haltung der AKP bezüglich Rojavas werde von der kurdischen Öffentlichkeit ähnlich bewertet.

Ein weiterer Punkt, auf den Çiçek im Hinblick auf den Dialogprozess hinwies, betraf die Parallelen zu Nelson Mandela. Das zwischen Weißen und Schwarzen entwickelte Friedensmodell sei für sie wegweisend. Hinsichtlich dieser Parallelen fasste er die grundlegenden Widersprüche des Prozesses zusammen:

»Als in Südafrika die Gespräche mit Mandela begannen, haben sich die Haftbedingungen Mandelas verbessert. In der Türkei sind keinerlei Veränderungen an den Haftbedingungen Herrn Öcalans vorgenommen worden. Das weist deutlich auf einen Widerspruch hin. Die AKP richtet ihre Herangehensweise nach ihren politischen Interessen. Während auf der einen Seite diesen politischen Interessen gemäß Schritte eingeleitet werden, geht sie nicht in eine Phase ehrlicher Selbstkritik über. Das wird sich an der Herangehensweise gegenüber Herrn Öcalan zeigen. Wenn sie die kurdische Frage in historischer, gesellschaftlicher, soziologischer und philosophischer Hinsicht lösen wollen, müssen sie ihr Verhalten deren Schlüsselfigur, Herrn Öcalan, anpassen. Das ist aus unserer Sicht entscheidend.«

In diesem Zusammenhang bedürfe die Frage einer Antwort: »Warum wird Herr Öcalan noch immer auf der Gefängnisinsel eingezwängt, wenn doch seine Anschauungen weltweit verbreitet sind, seine Position anerkannt und ein Dialog mit ihm begonnen wird?«

Die Antwort Çiçeks darauf: »Staaten bewerten politische Strömungen und deren Führungskräfte im Rahmen des legiti-

men Rechts. Doch sehen wir leider nach fünfzehn Jahren, dass der Staat seine Vorstellungen von einem feindseligen Rechtsverständnis gegenüber Herrn Öcalan trotz dessen ganzen Bemühungen und Vorstößen für einen gesellschaftlichen Frieden nicht aufgegeben hat. Diese Denkweise ist nicht nur auf die AKP beschränkt. Während Öcalans Gedanken und Handlungen weltweit Anerkennung finden, sucht die Regierung eher die Beziehung zu einer ihr nahestehenden kurdischen Linie. Das hängt auch mit der ideologischen Ausrichtung zusammen. Die Paradigmen Öcalans, die auf eine demokratische Gesellschaft abzielen, bauen auf einer Haltung gegen die kapitalistische Moderne auf. Im Rahmen dessen ist eine Position im Widerspruch zu kapitalistischen Kräften unumgänglich. Die AKP ist eine regionale Vertreterin dieser Kräfte. Aus dieser Perspektive können die Spannungen als normal gewertet werden, die aktuelle Tagespolitik zwingt sie jedoch, einige Schritte mit oppositionellen Kräften zu gehen. Die AKP verhält sich so, als habe sie diesen kausalen Zusammenhang noch nicht erkannt. Sie glaubt, sämtliche Fäden in der Hand zu halten. Das entspricht jedoch nicht der Realität.«

Rolle Desmond Tutus kann auch jemand in der Türkei übernehmen

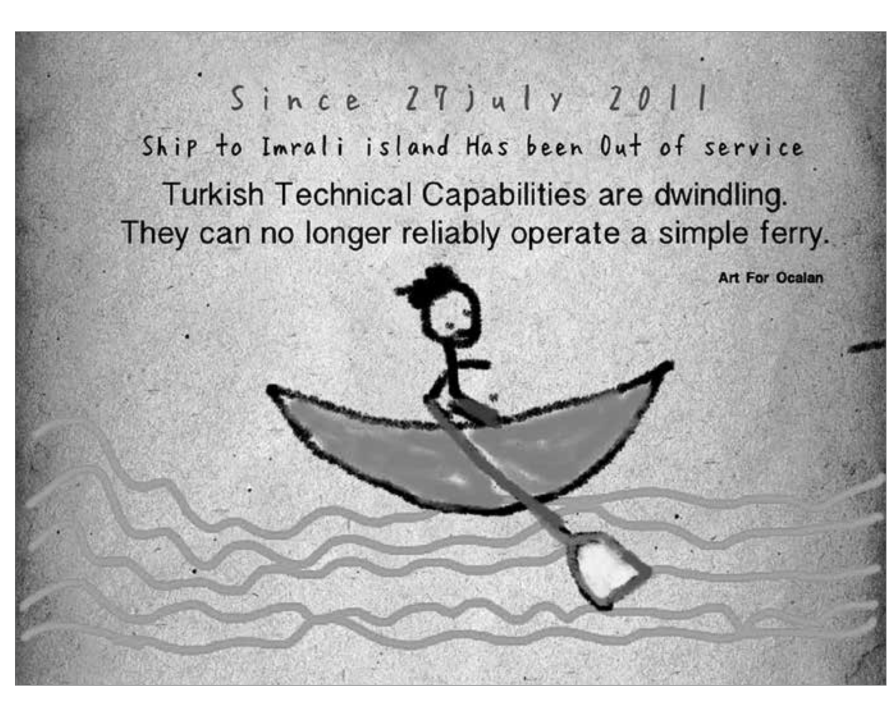
Während die Isolation Herrn Öcalans trotz seiner aktuellen Position aufrechterhalten und ihre Aufhebung gefordert wird, besteht auch die direkte Forderung nach seiner Freilassung. Neben der in der Türkei und in Europa von Kurden geführten Kampagne gibt es einen Kreis, dem Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Kultur angehören, unter anderem Desmond Tutu, Anwalt Nelson Mandelas und einer der Architekten des Friedensprozesses in Südafrika, die die Freilassung Herrn Öcalans als unerlässlich für den Frieden in der Türkei betrachten.

Die Rolle Desmond Tutus in Südafrika können Çiçek zufolge auch in der Türkei Wissenschaftler, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen u. Ä. einnehmen. Die harte Haltung der Regierung könne über die zivile Schiene aufgeweicht werden.

Doch bevor Persönlichkeiten oder Organisationen hervorträten, die diese Rolle übernehmen, hätten Ausreden wie »widriges Wetter«, »defektes Boot« u. Ä. zur Verhinderung von Mandantengesprächen der Anwälte Priorität.

Bewertung Çiçeks: »fehlende Ernsthaftigkeit«

Während ein Tag zuvor Familienbesuche möglich seien, würden Anfragen der Anwälte mit der Begründung abgelehnt, das Boot sei defekt. Dies sei eine politische Entscheidung und Herangehensweise. Daraus ergebe sich die staatliche Haltung: Egal, in welche unterschiedlichen Prozesse der Staat eintrete, er verfolge eine klare Imralı-Politik. Çiçek betonte: »Andere Besuche als die von politischen Delegationen liegen nicht im Interesse des Staates. Deren Gespräche im Rahmen des Friedensprozesses ersetzen nicht die Anwaltsbesuche. Wir waren als Rechtsanwälte fast fünfzehn Jahre das einzige Fenster zur Weltöffentlichkeit. Wir Anwälte haben verschiedene Verpflichtungen. Wir tragen die Verantwortung, das Liquidationsregime von Imralı zu überwachen. Gleiches gilt für die Beobachtung des Gesundheitszustandes unseres Mandanten; über die Ärzte haben wir ihn fast fünfzehn Jahre verfolgt. Daher können wir sagen, dass die Anwaltsbesuche nicht gleichzusetzen sind mit den Besuchen politischer Delegationen.« ♦



Ship to Imralı | Yekbûn Quelle: http://art-for-ocalan.org/

Madura Aso über Frauenmedien im Iran

Die Frauen sollen auf ihre eigene Kraft vertrauen

Gelewej Ewrin, Yeni Özgür Politika, 24. Juli 2014

Der Beginn des Frauenjournalismus im Iran liegt 104 Jahre zurück. Trotz der vielen Schwierigkeiten und Repressalien von Seiten des iranischen Regimes wurde dieser Zweig zu einem Kampfterrain gegen die verkommene Mentalität der herrschenden Schahs und Mullahs. Madura Aso ist eine von zahlreichen Journalistinnen, die auf diesem Gebiet seit Jahren ihren Kampf führen. Gelewej Ewrin hat sie dazu befragt.



Madura Aso ist Journalistin für Frauenmedien im Iran. Foto: ANF

Seit wann sind Sie schon auf diesem Gebiet tätig? Warum haben Sie sich gerade für den Journalismus als Tätigkeitsfeld entschieden?

Es sind nun fünf Jahre, in denen ich als Journalistin tätig bin. In der Gesellschaft, in der ich aufgewachsen bin, haben die herrschenden Kräfte die Frauen offen und massiv unterdrückt. Bis zum heutigen Tage hat sich die Situation nicht geändert. Ich selbst habe diese Qual und Unterdrückung massiv zu spüren bekommen. Über die Jahre hinweg mehrten sich bei mir Wut und Hass gegen das System der sogenannten Islamischen Republik Iran.

Diese Wut in mir war der Grund für die Suche nach Lösungsmöglichkeiten. Ich hatte einen Hang zum Lesen und Studieren. Das Aufschreiben meiner Gedanken und Gefühle hat mich stets erfreut. Wenn Gedanken und Ideen nicht niedergeschrieben werden, gehen sie verloren. Mit der Zeit mehrten sich meine Träume und um wenigstens einen Beitrag zur Frauenfrage zu leisten, und sei es noch so wenig, habe ich auf diesem Tätigkeitsfeld meinen Platz eingenommen. Fakt ist, dass wir Frauen an journalistischer und schriftstellerischer Tätigkeit noch viel nachzuholen haben. Aus dem Grund müssen wir in diesem Bereich und vor allem schriftstellerisch unseren »Stift« stärker zum Einsatz bringen. Hinzu kommt, dass das Schreiben den Weg zur gedanklichen Tiefe im Menschen ermöglicht. Auch für die geistige Tätigkeit des Menschen bewirkt es eine innere Ruhe, die ich nicht in Worte fassen kann. Es ist eine besondere Tätigkeit, die mit vielen Überraschungen verbunden ist.

Hatten Sie bei der Wahl dieser Tätigkeit angesichts der Presse- und Medienzensur keine Angst?

Fakt ist, dass es im Iran keine Meinungs- und Pressefreiheit gibt. Wir können aus diesem Grund nicht sagen, dass man wegen einer solchen Situation nicht denken, reden und schreiben soll. Das ist gegen das Wesen des Menschen. Der Mensch ist ein denkendes Wesen und strebt nach Erklärungen und Lösungen für bestehende Probleme. Und deshalb hat das Regime der Islamischen Republik Iran große Angst vor dem freien Denken der Menschen. Je mehr es an Selbstbewusstsein mangelt, umso stärker wird man zum Sklaven des Systems. Gerade das strebt das System an und kündigt an, diese Lebensweise in der iranischen Gesellschaft fortzuführen. Zensur und Verbote erklären sich auch durch diese Politik des Regimes, damit der Gesellschaft die Wahrheit verborgen bleibt. Es vergeht kein

Tag, an dem die Presse- und Medienwelt nicht den Angriffen und dem Druck des Systems ausgesetzt ist. Heute sitzen viele Journalisten in den Gefängnissen des Regimes, weil sie die Gesellschaft aufklären und informieren wollten. Natürlich gibt es Probleme und Hindernisse, die Arbeit darf jedoch nicht darunter leiden. Die Arbeit der Journalisten ist eine schwere und anstrengende Arbeit. Oftmals wurden wir auch Zeugen von Tod und Verwundung. In Kurdistan verläuft es nach dem gleichen Muster. Viele unserer journalistischen Genossen arbeiten mutig und mit großer Leidenschaft. Etliche haben auch ihr Leben für diese Tätigkeit geopfert. Auch im Iran ist das so. Es ist kompliziert und riskant. Wir sind jedoch in dem Glauben, dass diese Arbeit auf revolutionäre Art und Weise vorangetrieben werden muss.

Auf welchem Stand ist der Frauenjournalismus im Iran?

Die Geschichte des Frauenjournalismus im Iran reicht 104 Jahre zurück. Ohne Zweifel wurden in diesem Bereich viele Erfahrungen gewonnen, wurde bislang viel geopfert für die Entwicklung des Frauenjournalismus. Doch der Hauptgrund ist, dass die in diesem Bereich Tätigen ihr Handwerk nie unabhängig ausüben können. Der von den Frauen betriebene Journalismus konnte sich nicht gänzlich von der patriarchalen Weltanschauung des herrschenden Systems lösen. Der Kampf, den sie gegen das Regime führen, bleibt erfolglos. Denn der Blick auf das System ist auf Institutionen und Personen reduziert, anstatt sich mit dessen Mentalität auseinanderzusetzen. Ein Beispiel: Vor der 79er Revolution hatten sich die gesamte Frauenpresse oder die sogenannten Vertreter der Frauenrechte gegen den Schah gerichtet, ihn angegriffen und kritisiert. Die Zeit des Schahs und seine Herrschaft sind Vergangenheit, doch die Frauenfrage ist nicht gelöst worden. Ganz im Gegenteil hat sich die Situation über die Jahre hinweg nur verschlechtert. Meiner Ansicht nach liegen die grundlegenden Hindernisse für die informativen und aufklärerischen Tätigkeiten genau hier. Man kann sagen, dass in den vergangenen Jahren die Linie der liberalen Feministinnen ins Zentrum von Publikationen und Propaganda gerückt ist. Ich denke, es ist nicht verkehrt, im Rahmen unserer Veröffentlichungen allen Themengebieten der Frau Platz einzuräumen, dabei ist es nicht wichtig, welche Anschauungsweisen oder Ideen – außerdem können wir von unseren gegenseitigen Erfahrungen profitieren. Doch was ich kritisiere und als einen Fehler ansehe, ist die Nachahmung. Niemals werden sich das Problem der Frau, die in Europa lebt, und das Problem derjenigen, die im Iran lebt, ähneln. Es stimmt, dass wir gegen dieselbe Mentalität kämpfen. Doch die Wege und Möglichkeiten, die sich dort bieten, unterscheiden sich erheblich von denen im Iran. Abgesehen davon besteht keine Gesellschaft nur aus Frauen. Es gibt zahlreiche kulturelle Unterschiede. All diese Aspekte haben einen großen Einfluss auf die Lösung oder eben die Nicht-Lösung der Frauenfrage. Es geht nicht, dass wir die Geschehnisse in der französischen Gesellschaft auch in der iranischen Gesellschaft erwarten.

Trotz ihres großen Potenzials ist die Frauenwelt in den Medien nicht vertreten, oder liegt das daran, dass es von der Männerwelt überschattet wird?

Die Islamische Republik Iran baut auf einem patriarchalen System auf, das gegen Frauen gerichtet ist. Jedes Mittel wird dabei genutzt, um die Frauen zu unterdrücken. Sie sollen in ihren vier Wänden im Dunkeln ersticken. Es stimmt, dass in den Frauen ein großes Potenzial steckt. Sie haben eine große Rolle gespielt bei den drei großen Revolutionen. Sie haben ihren Beitrag zu wichtigen Fortschritten im Iran angekündigt. Es ist nun schon mehr als hundert Jahre her, dass unabhängige Frauenorganisationen, Parlamente und spezielle Institutionen geschaffen wurden. Sie haben bislang viel geopfert und scheuen auch bis heute nicht davor zurück. Die Pressearbeit wurde ebenfalls auf diese Weise vorangetrieben. Aufgrund der zeitweise starken Angriffe auf die Pressetätigkeit gab es natürlich auch passivere Phasen, allerdings kein völliges Verstummen. Mit Beginn der Islamischen Republik Iran hat sich die Situation der gesamten Frauenarbeit massiv verschlechtert. Genau wie die Mitglieder der Frauenorganisationen Erniedrigung, Haft, Tod etc. erfahren mussten, so war auch die Berichterstattung der Frau diesen Verhältnissen ausgesetzt. Damit eine Frau intellektuelle Arbeit leisten konnte, musste sie unzählige Verbote umgehen und Gesetze brechen. Immer noch wird die Herausgabe und Verbreitung etlicher Bücher und Schriftstücke intellektueller Frauen und Frauenrechtlerinnen verhindert; zahlreiche Filme und Dokumentationen dürfen nicht gesendet werden. Und warum? Weil sie die Rechte der Frauen thematisieren; sie kritisieren das Regime und sind bestrebt, die Frauen aufzuklären und zu informieren. Zum Beispiel die Zeitschrift »Zenên Rûz« (»Die Frau von heute«), deren Publikation jahrelang verboten wurde. Zuletzt ist ihr Erscheinen unter den Frauen durch Präsident Ruhani thematisiert worden, der freie Berichterstattung und Verbesserungen in der Frauenfrage versprochen hatte. Doch wiederholt wurde eine Ausrede gefunden, um das Wiedererscheinen zu verhindern. Es wurde angeführt, die Herausgeberin sei eine radikale Feministin.

Inwiefern können die Medien, die von außerhalb Irans berichten, ein objektives und wahres Bild Irans liefern?

Natürlich gibt es keine völlig unabhängige Berichterstattung in den Medien. Entweder sind es Anhänger der alten Machthaber, also des Schahs, oder Anhänger der Grünen Bewegung, der Mudschaheddin, Liberale, Reformwillige etc. Berichter-

stattung, die mit Staaten kooperiert und arbeitet, folgt ohnehin einer klaren Linie. Aus diesem Grund kann nicht behauptet werden, dass wahre Berichterstattung gefördert und entwickelt wird. Sie folgt schwerpunktmäßig einer politischen und ähnlichen Linie. Frauenthemen nähern sie sich nur sehr pragmatisch an. Ähnlich wie den Themen der Minderheitenkonflikte und ihrer Probleme, die im Iran vorherrschen. Beispielsweise werden alltägliche und wichtige Themen tagelang groß behandelt, doch die Identitäts- und Existenzprobleme anderer Volksgruppen, die das Regime täglich leugnet und mordet, werden als nebensächlich sehr oberflächlich abgehandelt, oftmals gar nicht erst berichtet. Ich sehe eine sehr sexistische und nationalistische Haltung in der Art und Weise der Berichterstattung in persischer Sprache.

In systematischer Form und zudem sehr bewusst werden die Werte der Völker und der persischen Gesellschaft angegriffen, und das auf eine sehr raffinierte Art.

Auf welcher journalistischen Ebene haben Sie Ihren Platz?

Natürlich arbeiten wir zum einen als Teil des kurdischen Volkes und zum anderen als Frauen unter sehr schweren Bedingungen und Risiken. In zweierlei Hinsicht werden unsere Rechte missachtet und wir unterdrückt. Und ohnehin erfahren wir aufgrund unserer Tätigkeit eine besondere Unterdrückung. Die journalistische Arbeit im Iran ist sehr schwierig und wenn man sie als kurdische Frau macht, so ist es zehn Mal schwieriger. Trotz dieser Schwierigkeiten versuchen wir die Frauen zu erreichen und ihr Leid ein Stück weit mit ihnen zu teilen. Außerdem wollen wir mit unserer Denkweise und unserer Lebensphilosophie als Hoffnungsschimmer und Wegweiser für die Frauen gelten. Natürlich haben wir auch viele Mängel, dennoch sind wir uns sicher, dass wir der Rolle, welche die freie Berichterstattung spielen muss, gerecht werden können und so einen Beitrag zur Umwälzung und Erneuerung der Geisteshaltung leisten.

Die Hauptschwierigkeit ist, dass der Staat es nicht zulässt, dass wir unsere Tätigkeit innerhalb Rojhilats *[Rojhilat: kurd. »Osten«, für Ostkurdistan]* und des Iran frei ausüben. Wenn unsere Genossinnen und Genossen ins Gefängnis kommen, erhalten sie innerhalb kürzester Zeit die Todesstrafe. Ein weiteres großes Hindernis ist, dass wir nur sehr schwer mit unseren Autoren und Lesern in Kontakt treten können. Das Regime filtert außerdem unsere Web- und Mail-Adressen. Trotz all dieser Stolpersteine suchen wir uns Wege, um die Frauen unserer Gesellschaft und alle unsere Leser zu erreichen.

Welche Themen sind von besonderer Bedeutung und Auffälligkeit bei Recherchen über Frauen im Iran?

Der Iran blickt sowohl in geografischer als auch in kultureller Hinsicht auf eine lange Geschichte zurück. In der ist nur wenig über Frauen zu finden. Es ist klar, dass diese Geschichte aus der Sicht von Männern geschrieben wurde. Diese Annäherung an die Historie ist ohnehin falsch. Geschichte ist nicht nur die von Schahs und Padischahs.

Wo bleiben die Gesellschaft und die Widerstandskräfte der Gesellschaft? Es ist überaus interessant, dass die iranischen Frauen trotz alledem danach streben, ihre Stimme und ihre Vielfalt zu zeigen. Meiner Ansicht nach ist dies das Wichtigste und das Besondere überhaupt. Enthusiasmus und Lebenslust der iranischen Frauen sind enorm, daher sind ihr Bewusstsein und ihr Verstand zur Realisierung der Revolution bereit.

Sie arbeiten an der Zeitschrift »Zîlan« der Frauen von Rojhilat mit, die momentan als »Zenanê Şerq« erscheint. Warum haben Sie diese gewählt?

Weil es eine sehr anstrengende, aber auch sehr aufregende und schöne Tätigkeit ist. Außerdem bin ich eine Frau und sehe es als Pflicht, für meine Freiheit zu kämpfen. Ich sehe diese Tätigkeit als eine Möglichkeit, am Kampf teilzuhaben. Natürlich gibt es vielerlei Möglichkeiten. Die Mentalität, die uns als Frauen erniedrigt und unsere Rechte missachtet, ist äußerst unheilvoll und gefährlich. Meiner Ansicht nach sind ideologische Tätigkeiten die erfolgreichsten und einflussreichsten. Und wir sind als Frauen bislang am meisten von diesem Bereich fern geblieben.

Erreichen die Botschaften, die Sie mit diesen Publikationen transportieren wollen, die gewünschten Zielgruppen?

Weil die Zeitschrift, ganz gleich ob »Zîlan« oder »Zenanê Şerq«, in persischer Sprache erscheint, ist die Gruppe unserer Leser bekannt. Doch wir nehmen uns stets vor, alle Schriften und Texte der verschiedensten Frauen unterzubringen. Sicherlich gibt es auch hier Fehler und Mängel. Es kommt vor, dass sie nicht immer rechtzeitig erscheint oder in der vorgesehenen Zeit die Leser erreicht. Hin und wieder gibt es auch Probleme beim Erscheinen, auf Internetseiten werden unsere Adressen gefiltert und weitere Schwierigkeiten tauchen auf. Das sind leider alles Umstände, die unsere Leser verärgern. Wir werden dabei oft kritisiert. Wir bemühen uns, diese Hauptschwierigkeiten zu reduzieren, damit wir reibungsloser arbeiten können.

Was ist Ihre Perspektive bei der Herausgabe?

Wir wollen aufzeigen, dass wir einer geraden Linie folgen. Viele Zeitschriften und Zeitungen üben Kritik aus, aber warum werden sie dennoch zu keiner lösungsgebenden Kraft? Weil sie eben wie die herrschenden Mächte, also aus den Augen der Unterdrücker, auf die Probleme der Frauen und der Gesellschaft blicken. Und das lässt zu, dass Staat und Machthaber sich noch mehr erhoffen können. Wir denken nicht so. Wir sind von der Lösungskraft der Frauen überzeugt und wollen ihnen Perspektiven zur Institutionalisierung mit auf den Weg geben, wie man sich organisiert. Wir kritisieren sowohl die Unterdrückung als auch diejenigen, die sich nicht gegen die Unterdrücker auflehnen.

Wir folgen der Perspektive, dass die Frauen untereinander zu einer Einheit verschmelzen müssen; sie sollen zu einer treibenden Kraft werden, die Lösungen anbieten kann. Die Frauen sollen an ihre eigene Kraft glauben. Sie sollen sich organisieren und mit fundierten Überlegungen und Ideologie an den verschiedenen Gesellschaftsbereichen beteiligt sein.

Welche Ziele für die Zukunft haben Sie?

Wir wollen uns mit unserer Zeitschrift »Zîlan« noch stärker auf die Frauen in Ostkurdistan und Iran konzentrieren. Und die »Zenanê Şerq« richtet sich etwas mehr an alle Frauen des Mittleren Ostens. »Zenanê Şerq« möchte die Entwicklung eines demokratischen und gesellschaftlichen Systems thematisieren, das bei Frauen und der gesamten Gesellschaft Entwicklungen vorantreibt. Sie ist nicht nur die Zeitschrift einer Partei oder einer Institution. Jede Institution, Organisation und jede Frau, die ihre Gedanken mit uns teilen möchte, kann uns kontaktieren. Für uns ist es dabei nicht von Bedeutung, ob es sich um eine Türkin, Iranerin, Araberin, Kurdin etc. handelt. Es ist wichtig, dass das Verständnis und die Linie unseres Kampfes bekannt sind und dass wir in den Umständen und dem Verständnis der Frauen des Mittleren Ostens einen Wandel bewirken. ♦

Cenî- Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

PF 10 18 05 , D-40009 Düsseldorf,
Tel. +49 (0) 211 59 89 251, Fax: +49 (0) 211 59 89253,
Email : ceni_frauen@gmx.de, Web: www.ceni-kurdistan.de

Internationale Vertretung
der kurdischen Frauenbewegung

E.mail: kurdish.women.movement@gmail.com
Tel: +41 (0) 789298832



SPENDEN FÜR ŞENGAL

Für humanitäre Hilfe: Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. – Cenî
Stichwort: Spende für Sengal, IBAN: DE14 3005 0110 1004 4397 14, BIC: DUSSDEDDXXX



Stoppt den Feminizid und Genozid! Lasst uns gemeinsam humanitäre Hilfe leisten!

Die Terrorgruppe IS, die seit zwei Jahren brutale Angriffe in Rojava (Westkurdistan) ausüben, fingen am 3. August 2014 an, das in Südkurdistan befindliche Sengal und seine Umgebung, eine der wertvollsten Regionen für das kurdische Volk, anzugreifen.
Sie verüben Massaker an dem ezidischen Volk, das im Besitz einer der ältesten Religionen unter dem kurdischen Volk ist.
Als Resultat dieser Attacken mussten mehr als 10.000 ezidische Kurden in die Sengal-Bergen flüchten.



Insgesamt befinden sich mehr wie 240.000 Menschen darunter überwiegend ezidische Kurden, Turkmenen, Christen und Schiiten. Mehr wie 5000 Menschen wurden brutal getötet.
Obwohl es immer noch keine genauen Angaben zu den Zahlen gibt, wird von mehr wie 2000 Frauen ausgegangen, die vom IS entführt und auf den selbst aufgebauten Sklavenmärkten verkauft und vergewaltigt werden.
Die Menschen, die ins Gebirge flüchten mussten, sehen nun aufgrund von Hunger und Durst dem Tod ins Auge. Es sind bereits 700 Menschen, darunter überwiegend Kinder durch den Mangel an Wasser und Essen gestorben und die Zahl vergrößert sich mit jedem Tag.
Nach Angaben von Delegationen, die Sengal besuchten, haben Hunderte von Frauen Selbstmord begangen, um nicht in die Hände des IS zu fallen.

Wir als Ceni - kurdisches Frauenbüro für Frieden und die internationale Vertretung der kurdischen Frauenbewegung rufen alle Menschen, insbesondere die Frauenrechtaktivistinnen und Initiativen dazu auf, für Frieden, Emanzipation der Frauen und für die Freiheit der Völker, gegen die Verachtung der Menschenwürde aktiv zu werden und ihre Stimme zu erheben . Wir rufen alle dazu auf, den Menschen, die in die Bergen von Sengal geflüchtet sind, humanitäre Hilfe zu leisten



- Wir fordern, dass eine UN-Beobachtungsdelegation dringend nach Süd-Kurdistan reist.

- Insbesondere sind Frauenorganisationen gefordert eine gemeinsame Solidarität und Verantwortung für ezidischen Kurden in Sengal zu tragen

- Als Ceni starten wir eine humanitäre Hilfskampagne für die Bevölkerung Sengals. Wir rufen alle Menschen besonders Frauen, Institutionen, Humanitäre Einrichtungen ein, sowohl materielle als auch humanitäre Hilfe zu leisten.

Der juristische Kampf der KurdInnen gegen die »Terrorliste«

… unbestritten, dass der Kampf gerecht und legitim ist

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt

Am 1. Mai 2014 legten die niederländischen RechtsanwältInnen Marieke van Eik, Tamara Buruma und Marq Wijngaarden im Namen der Beschwerdeführer Murat Karayılan und Duran Kalkan beim Gerichtshof der Europäischen Union Einspruch gegen eine Weiterführung der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) auf der Liste der »terroristischen Organisationen« ein. Darüber berichten die Medien nur ganz am Rande. Die fachjuristischen und technischen Aspekte machen zwar einen Großteil dieser wichtigen Initiative aus. Dennoch sollte die Öffentlichkeit über dieses Verfahren informiert werden. Mein Text richtet sich an LeserInnen mit wenig Vorwissen.

Die Streitparteien und der Gerichtshof

Beginnen wir mit den Streitparteien. Die PKK wurde als politische Partei auf die Terrorliste gesetzt, doch in Klammern wurden auch die Namen Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistan) und KADEK (Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans) angeführt, da es sich bei ihnen um alternative Bezeichnungen desselben Zusammenschlusses handele. Da die Beschwerdeführer sich dagegen verwehren, dass diese drei Namen synonym verwendet werden, dreht es sich bei dem Verfahren zur Aufhebung der Einstufung als Terrororganisation allerdings ausschließlich um die PKK.

Die Terrorliste wird vom Rat der Europäischen Union angefertigt, dem höchsten politischen Organ, das sich zweimal jährlich in Brüssel zusammenfindet. Es wird auch als Ministerrat der EU bezeichnet.

Verwaltungsentscheidungen der Europäischen Union können vor dem Gerichtshof der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg angefochten werden. Er besteht aus zwei getrennten Gerichten: dem erstinstanzlichen Gericht der Europäischen Union und dem mit zweitinstanzlichen Verfahren betrauten Europäischen Gerichtshof. Das Aufhebungsverfahren wurde vor dem erstinstanzlichen Gericht der Europäischen Union eröffnet.

Die »Terrorliste« und die PKK

Die Aufnahme der PKK in die »Terrorliste« kann wie folgt nachgezeichnet werden: Am 27. November 2001 hat der Rat der Europäischen Union den Gemeinsamen Standpunkt 2001/931/GASP angenommen. Dieses Dokument sagt aus, dass die EU die Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates umsetzen und zur Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere zur Unterbindung der Finanzierung von terroristischen Aktivitäten, langfristige Maßnahmen treffen wird. Entsprechend hat der Rat der Europäischen Union noch am selben Tag die EU-Verordnung 2580/2001 verabschiedet, um den Gemeinsamen Standpunkt konsequent durchsetzen zu können. Diese Verordnung empfiehlt neben anderem, die finanziellen Mittel der im Paragraphen zwei bezeichneten Organisationen einzufrieren und die finanzielle Unterstützung solcher Organisationen zu verbieten.

Im Anschluss an diese Entwicklungen nahm der Rat der Europäischen Union am 2. Mai 2002 den Gemeinsamen Standpunkt 2002/340/GASP und den Beschluss 2002/334/EG an, in denen die PKK als eine »terroristische Organisation« aufgeführt wird. Damit war der Anfang gemacht und ein einmal gefasster Beschluss musste alle sechs Monate erneuert und die Liste damit stets aktualisiert werden. Die PKK steht heute noch auf dieser Liste. Im Jahre 2004 wurde dagegen Einspruch erhoben und mit Gerichtsentscheid von 2008 den BeschwerdeführerInnen in verfahrensrechtlicher Hinsicht Recht gegeben. Kurz darauf trat jedoch der Vertrag von Lissabon in Kraft und brachte Änderungen, die unter anderem dazu führten, dass die Grundlage für verfahrensrechtliche Anfechtungen von Beschlüssen entzogen wurde. Die Bekanntmachung der Liste

durch die Presse wurde als ausreichende Benachrichtigung für die betroffenen Organisationen angesehen.

Ganz aktuell ist die PKK (sowie KADEK und Kongra-Gel) per Durchführungsverordnung (EU) Nr. 125/2014 des Rates vom 10. Februar 2014 mit der Unterschrift Catherine Ashtons erneut auf der Terrorliste aufgeführt worden. Das im Mai der Öffentlichkeit vorgestellte Beschwerdeverfahren richtet sich gegen diese jüngste Durchführungsverordnung und wurde im Rahmen der Widerspruchsfrist eröffnet.

Grundlagen für ein Führen der PKK auf der Terrorliste

Der Rat der Europäischen Union hat in Entgegnung auf die Beschwerde der AnwältInnen eine fünfseitige Begründung geschickt, deren Argumente sich in drei Kategorien zusammenfassen lassen:

1) Großbritannien hatte den Anstoß dazu gegeben, die PKK in die Liste aufzunehmen. Der damalige Innenminister hatte auf Grundlage des *[britischen]* Terrorism Act 2000 am 29. Mai 2001 den Beschluss gefasst, die PKK (und im Juli 2006 auch KADEK und Kongra-Gel) als eine Organisation zu klassifizieren, die Verbindungen zum Terrorismus unterhielt.

2) Auch die Regierung der USA hat auf Grundlage des entsprechenden Artikels im Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetz die PKK als eine »terroristische Institution« eingestuft. Später haben die USA durch das Dekret Executive Order 13224 die PKK als »Specially Designated Global Terrorist« klassifiziert. Allerdings stützten sie sich dabei auf Urteile, die in den Jahren 1990–1999 von türkischen Staatssicherheitsgerichten gefällt worden waren.

Heute sind die Staatssicherheitsgerichte in der Türkei abgeschafft. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat eine hohe Zahl von gemeinhin bekannten Urteilen zuungunsten dieser Sondergerichtsbarkeit veröffentlicht. Es ist allgemeiner internationaler Konsens, dass diese Gerichte weder unabhängig noch unparteiisch waren. Es ist nur schwer zu verstehen, wie ihre Urteile heute noch Bestand für den Rat der Europäischen Union haben können, und sei es nur mittelbar in Form der Referenz auf die US-amerikanische Terrorliste. Nicht zuletzt haben diese Gerichte Beweismittel verwendet, die durch Folter und unmenschliche Behandlung erzwungen wurden. Verschiedene Organe der Europäischen Union haben dies in einer Vielzahl von Berichten bemängelt. Wenn man sich vor Augen führt, dass auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Institution der Europäischen Union ist, wird die Haltung des Rates der Europäischen Union nicht verständlicher.

Konkret beruft sich der Rat bei seiner je halbjährlichen, automatischen Verlängerung der Auflistung der PKK auf Beschlüsse Großbritanniens und der USA, die ebenfalls bisher ihre Position nicht geändert haben. Aus rein rechtlicher Sicht können Entscheide aus dem Binnenrecht Großbritanniens und der USA natürlich für die EU nicht bindend sein. Zumindest entfalten sie keine Entscheidungskraft für einen Gemeinsamen Standpunkt der EU. Ebenfalls aus rechtlicher Sicht darf die EU ihre eigenen Entscheidungen nicht von den Entscheidungen dritter Staaten abhängig machen. Es gibt dafür nur eine, eigens definierte Ausnahme: Personen oder Gruppen, die von den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Terrorismus genannt werden, dürfen ebenfalls zur EU-Liste hinzugefügt werden. Die PKK allerdings wird von den UN nicht als terroristische Organisation eingestuft, d. h. diese Ausnahmeregelung greift im Falle der PKK nicht.

3) Zu guter Letzt liefert der Rat in seiner Begründung eine lange Auflistung unter der Überschrift »Von der PKK ausgeführte Terrorakte«. Sie enthält 67 Akte bzw. Ereignisse. Einige dieser auf die Jahre 2003–2011 zurückgehenden Ereignisse sind militärische Gefechte, andere Sabotageaktionen gegen Pipelines, andere sind Akte, die zur Verwundung oder Tötung von Zivilpersonen führten. Jedes Ereignis wird allerdings nur mit einem Satz, meist ohne Angabe konkreter Fakten, beschrieben. Es wird nicht angeführt, auf welche Quellen diese Angaben zurückgehen.

Auch wenn es wie eine Wiederholung klingt: Im Fazit der Begründung wird deutlich gemacht, dass der Hauptgrund für die Weiterführung der PKK als terroristische Organisation die Beschlusslage in den USA und Großbritannien ist.

Einige grundlegende Einwände

Nach diesen allgemeinen Informationen möchte ich jetzt die Grundargumente aus der Beschwerde der RechtsanwältInnen sowie einige wichtige inhaltliche Punkte ansprechen, ohne jedoch formaljuristische Detailfragen zu erörtern.

1) Wenn der Rat der Europäischen Union seine Liste erstellt bzw. das Label »terroristisch« austeilt, verhält er sich so, als gäbe es weder einen kurdischen Konflikt noch eine internationale Aufteilung Kurdistans, und als wären die KurdInnen keinen Massakern und keiner Assimilationspolitik ausgesetzt. Dabei fließt keinerlei Analyse der kurdischen Frage ein oder gar der Rolle imperialer und regionaler Mächte dabei, wie aus kurdischer Geschichte ein kurdisches »Problem« wurde. Das Phä-



Demonstration gegen das PKK-Verbot in Berlin, November 2013 Foto: Kampagne TATORT Kurdistan

nomen PKK wird so behandelt, als hätte es keinen historischen Hintergrund und wäre eines Tages einfach spontan aufgetreten. Ginge man nur von den Begründungen des Rates aus, hätten die KurdInnen weder den Vertrag von Lausanne noch die ethnischen Säuberungen in Dêrsim (Tunceli) noch die Folter im Militärgefängnis von Amed (Diyarbakır) je erlebt. In diesem offiziellen Umgang mit dem PKK-Verbot ist schlicht kein Platz, um anzuerkennen, dass der politische Kampf der KurdInnen durch staatliche Gewalt zerschlagen wurde, dass es politisch geplante, genozidale Operationen gegeben hat, oder zu verstehen, warum noch in den letzten Jahren in Roboskî (Ortasu) Dutzende kurdische Zivilisten von der türkischen Luftwaffe niedergemetzelt oder in Paris drei Aktivistinnen durch einen Auftragskiller erschossen wurden.

2) Der Beschluss des Rates, und allgemein der Anti-Terror-Diskurs, kann und darf nicht auf bewaffnete Konflikte angewandt werden. Aus völkerrechtlicher Sicht wäre die Kategorie von Recht, die auf den Krieg in Kurdistan anzuwenden ist, das Humanitäre Völkerrecht mit seinem Schlüsseltext der Genfer Konventionen. Es erlaubt eine Orientierung bei den oben erwähnten bewaffneten Auseinandersetzungen. Prinzipiell ist die Anwendung von Gewalt in Friedenszeiten nicht erlaubt, aber zu Zeiten, da der Konflikt bewaffnet ausgetragen wird, durchaus zulässig. Das Humanitäre Völkerrecht untersagt den Einsatz von Gewalt zum Erreichen der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes nicht. Es untersagt vielmehr, wahllos Gewalt gegen Zivilpersonen anzuwenden.

Entsprechend hat der Rat der Europäischen Union in der jüngsten Vergangenheit sowohl in Libyen und Syrien als auch im Kosovo bewaffnete Auseinandersetzungen gutgeheißen und sogar unterstützt. Der Rat hat die einseitig erklärte Unabhängigkeit des Kosovo akzeptiert und sich dafür ausgesprochen, dass der Gerichtshof der Europäischen Union diesen Vorgang als mit dem Völkerrecht vereinbar erkläre.

Vergleichbar ist der legitime bewaffnete Kampf, den das kurdische Volk um die Anerkennung seines Selbstbestimmungsrechtes geführt hat. Mit der Auflistung der PKK als terroristischer Vereinigung hat der Rat der Europäischen Union im kurdischen Konflikt und in den konkreten Auseinandersetzungen Partei für den türkischen Staat genommen. Damit hat er der Verleugnung kurdischer Ansprüche und den Angriffen auf ZivilistInnen Legitimation verliehen. Aus Sicht des Humanitären Völkerrechts ist aber die Parteinahme und Unterstützung für eine Seite in einem fortdauernden Konflikt die eigentliche Rechtsverletzung.

3) Der Rat der Europäischen Union hat die Ereignisse, die zur Begründung der Auflistung der PKK angeführt werden, willkürlich ausgewählt. Es wurden keinerlei Quellen und Belege angegeben. Entsprechend finden sich darunter Attentate, für die die PKK umgehend jegliche Verantwortung zurückgewiesen hat. Bei anderen Vorfällen wurden nur die ersten erhobenen Vorwürfe in den Bericht aufgenommen, die später an die Öffentlichkeit gelangten Fakten jedoch ignoriert. Es wurden sogar durch die türkischen Streitkräfte begangene Akte der PKK angelastet. Ein Beispiel hierfür ist die Explosion einer Mine in Çelê (Çukurca) am 27. Mai 2009, die sieben Soldaten in den Tod riss. Die Explosion wird in der Liste des Rates als ein Terrorakt der PKK bezeichnet. Durch Tonaufnahmen, die nach diesem Ereignis veröffentlicht wurden, und Verhandlungen vor einem türkischen Militärgericht gilt aber als bewiesen, dass türkische Offiziere diese Mine gelegt hatten. Der Angeklagte, Brigadegeneral Zeki Es, wurde zu sechs Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Wer auch immer diese Liste im Namen des Rates angefertigt hat, wird die Vorgänge der türkischen Binnenjustiz schlicht nicht verfolgt haben. Man bekommt den Eindruck, als sei ohne jegliche Sorgfalt eine Liste willkürlich ausgewählter Ereignisse heruntergeschrieben worden, um eine Begründung liefern zu können, die PKK weiterhin als terroristische Organisation aufzulisten.

4) Wir sehen, dass der Rat der Europäischen Union die PKK automatisch für eine geraume Zeit auf der Liste behält und diese alle sechs Monate aktualisiert. Insbesondere wird keine Rücksicht darauf genommen, dass die bewaffneten Auseinan-

dersetzungen eingestellt und mehrfach Waffenstillstände erklärt worden sind, die Guerillakräfte der PKK vom Territorium der Türkei abgezogen worden sind und sie mit der türkischen Regierung sowohl mittelbare als auch unmittelbare Gespräche geführt hat. Zu dem Zeitpunkt, als der Rat zum bis dato letzten Mal beschloss, die PKK auf der Liste zu behalten – also den Durchführungsbeschluss herausgab, der Gegenstand des aktuellen Beschwerdeverfahrens ist –, liefen aktuell Gespräche zwischen Abdullah Öcalan und der türkischen Regierung und anderen Staatsorganen. Herr Öcalan hatte zum Newrozfest im März 2013 der ganzen Welt verkündet, er suche eine politische Lösung für das historische Problem. Tatsächlich hatte sogar Catherine Ashton, die den besagten Durchführungsbeschluss unterzeichnete, gemeinsam mit dem EU-Kommissar Štefan Füle in einem Statement vom 22. März 2013 ihre Unterstützung für den Friedensprozess kundgetan. Es bleibt zu konstatieren, dass Unterstützung für den Friedensprozess bei gleichzeitiger Auflistung der PKK als terroristischer Organisation einen Widerspruch darstellt. Der Rat der Europäischen Union als Gesamtorgan hat in einer Erklärung vom 17. Dezember 2013 seine Unterstützung für die Verhandlungen und seine Zuversicht ausgedrückt, dass dieser Prozess zu einer Lösung des kurdischen Konfliktes führen werde.

Erreichen kann man sein Ziel nur, wenn der juristische Kampf sich mit dem demokratischen Kampf verbindet und als einen Teil eines grösseren demokratischen Bestrebens begreift. So wird dieses Verfahren seine Bedeutung als ein Teil des Kampfes des kurdischen Volkes mit seinen politischen und zivilen Institutionen gegen die »Terrorliste« finden.

Die »Terrorliste« ist zu einer Quelle von Repression und Despotie geworden

Es ist wichtig, dass gegen die Liste rechtliche Schritte unternommen wurden. Natürlich sucht der kurdische Freiheitskampf seine Legitimation nicht vor den Verwaltungsbeschlüssen Europas. Für das kurdische Volk und seine FreundInnen ist unbestritten, dass der Kampf gerecht und legitim ist. Doch wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass der politisch motivierte Beschluss der EU sich aus wirtschaftlichen und politischen Interessen gegenüber der Türkei speist und der kurdischen Gesellschaft Schaden bringt. In der Zeit nach dem 11. September haben der Terrordiskurs und die auf ihm aufbauende neue Hegemonie für die unterdrückten Völker, Identitäten, Flüchtlinge und anderen marginalisierten Gruppen allzu oft bedeutet, dass ihre Rechte und Freiheiten zerstört wurden.

Für die kurdische Gesellschaft sind zwei Aspekte zentral: Erstens bietet die Liste den kolonialistischen Regimes, die die KurdInnen unterdrücken, bei all ihren fragwürdigen Praktiken eine ideelle Zuflucht und Legitimationsquelle. Sie trägt dazu bei zu verhindern, dass die Bemühungen der KurdInnen um Gleichheit und Freiheit die Früchte tragen, die sie verdient haben.

Zweitens ist die Liste selbst zu einer Quelle von Repression und Rechtsverletzungen geworden. Die Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit der KurdInnen werden aufgrund dieser Liste im Gebiet der EU mit Terrorismus in Verbindung gebracht und somit eingeschränkt oder ganz genommen. Fernsehsender und Zeitungen werden geschlossen, politische Persönlichkeiten verhaftet und dies wird größtenteils mit Verweis auf die Terrorliste begründet. Vereinstätigkeiten, zivilgesellschaftliches Engagement, Öffentlichkeitsarbeit und Diplomatie von kurdischer Seite werden dadurch erheblich beeinträchtigt. Selbst hinsichtlich von Grundrechten, die das alltägliche Leben bestimmen, wie z. B. das Recht auf Asyl, Aufenthalt oder Einbürgerung kommt es zu unmittelbar negativen Auswirkungen auf Einzelne. Insbesondere werden kurdische Communities in jedem Land, in dem sie sich befinden, kriminalisiert, ausgegrenzt und zu den unerwünschten Anderen abgestempelt. Jede Kurdin, jeder Kurde, die ihre oder der seine Rechte einfordert und auf Freiheit aus ist, muss sich als natürliche Adressatin oder natürlicher Adressat dieser Liste fühlen und ist potentiell von ihr betroffen. Die Liste bringt kurdische Menschen in Bedrängnis.

Das Beschwerdeverfahren zur Rücknahme der Verwaltungsentscheidung ist also ein wichtiger Anfang. Wir warten nun auf die Klagebeantwortung des Rates, woraufhin die Antragssteller eine Antwort einreichen und die Beklagten nochmals reagieren dürfen. Dann wird es zu einer Beratung des Gerichtes kommen. Es handelt sich also um einen gerade begonnenen juristischen Kampf, der einen langen Atem erfordert. Zweifelsohne ist es, wenngleich nicht ausgeschlossen, so aber doch sehr schwierig, einen Beschluss mit rein juristischen Mitteln zu revidieren, der im Kontext globaler Politik getroffen worden ist. Erreichen kann man sein Ziel nur, wenn der juristische Kampf sich mit dem demokratischen Kampf verbindet und als einen Teil eines größeren demokratischen Bestrebens begreift. So wird dieses Verfahren seine Bedeutung als ein Teil des Kampfes des kurdischen Volkes mit seinen politischen und zivilen Institutionen gegen die »Terrorliste« finden. ♦

YEK-KOM heißt jetzt NAV-DEM

Die demokratische Gesellschaft entwickeln

Dilek Satılmış und Yüksel Koç, die Kovorsitzenden von NAV-DEM

Die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland YEK-KOM e. V. wird ihre Arbeit fortan unter dem Namen NAV-DEM e. V. fortsetzen.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren in unseren Vereinen mit unseren Mitgliedern und anderen kurdischen Institutionen vielschichtige Diskussionen über die Probleme und Schwierigkeiten unserer Vereine und Strukturen geführt. Auf Grundlage dieser Diskussionen haben wir am 21. und 22. Juni 2014 den 20. Jahreskongress von YEK-KOM in Dortmund mit dem Ziel einer Neuorganisierung veranstaltet. Neben der inhaltlichen Neustrukturierung wurde dabei die Änderung des Namens der Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) in Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanya, NAV-DEM) beschlossen und die rund 800 Delegierten verabschiedeten eine Satzung für die neugeschaffene Struktur.

Am Jahreskongress nahmen neben den Delegierten unserer Mitgliedervereine auch Vertreterinnen und Vertreter der Vereine verschiedener kurdischer Religionsgemeinschaften, Jugend- und Frauenvereine, Kunst- und Kulturvereine, kurdischer Studierenden- und AkademikerInnenverbände sowie kurdischer Elternvereine teil. Insgesamt waren 13 verschiedene kurdische Vereine und Institutionen vertreten.

Eines unserer wichtigsten Ziele im Rahmen der Neuorganisierung war, unsere Strukturen umfassender zu gestalten. So sollen beispielsweise die kurdischen Vereinigungen, die in verschiedenen sozialen Bereichen arbeiten, ebenso Teil dieser Struktur sein wie der altbekannte kurdische Verein. Um hierfür eine passende Satzung aufzusetzen, hatten wir im Vorfeld zusammen mit einer siebenköpfigen Gruppe kurdischstämmiger AnwältInnen einen Entwurf erarbeitet. Dieser sah die Selbstorganisierung in Form eines Rates vor. Wir haben auf dem Kongress mit unseren Delegierten tiefgreifend darüber diskutiert, Veränderungen und Ergänzungen eingearbeitet und schließlich den Satzungsentwurf verabschiedet.

In den Diskussionen im Vorfeld des 20. YEK-KOM-Jahreskongresses wurde schnell klar, dass der bisherige Organisationstypus nicht mehr die passende Antwort auf die Probleme und Schwierigkeiten unserer hier lebenden Gesellschaft bietet. YEK-KOM war eine Struktur, die sich gemäß den Gegebenheiten der 90er Jahre gebildet hatte. Spätestens seit den 2000er Jahren herrschte Bedarf an einer Neustrukturierung. Mit einer gewissen Verzögerung soll nun NAV-DEM diesen Bedarf decken.

NAV-DEM versteht sich als eine Dachorganisation. Ihr Ziel ist es, neben den kurdischen Vereinen auch die Selbstorganisierung der Kurdinnen und Kurden im politischen, religiösen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zu umfassen. Auch anderen kurdischen Einrichtungen, Stiftungen und Vereinen steht der Weg offen, sich bei NAV-DEM zu organisieren. Unterstützt wurde der Gründungsakt von bis zu 250 Vereinen.

Das alte Organisationsmodell der Kurdinnen und Kurden in Deutschland war äußerst zerstückelt und unkoordiniert. Dadurch konnte es hier kaum die Bedürfnisse der kurdischen Community befriedigen. Auch war es dadurch äußerst schwer, im Namen »der KurdInnen« Entscheidungen zu treffen und ihren Willen widerzuspiegeln. Der Wunsch nach einer gemeinsamen Dachorganisation, die diese Defizite ausgleicht, war äußerst dringend.

NAV-DEM ist nicht nur eine bundesweite Dachorganisation. Auch im Lokalen sollen an die Stelle der bisherigen Vereine die »Demokratischen Gesellschaftszentren der KurdInnen« treten. Diese sollen im Lokalen ein Dach bieten für alle kurdischen Institutionen, Vereine, Glaubensgemeinschaften, Initiativen und sozialen Gruppen. Jede Gruppe bewahrt unter diesem Dach ihre Eigenheiten und arbeitet gleichzeitig in gemeinsamer Koordination mit den anderen.

Während wir das alte Organisationsmodell als ein eher monistisches, gar nach nationalstaatlicher Mentalität aufgebautes

System bezeichnen können, kommt das neue Modell dem Verständnis von der Demokratischen Nation näher.

Einer der wichtigsten Gründe für die Neuorganisierung ist der Umstand, dass sich die Erwartungen und Probleme der in Deutschland lebenden rund eine Million Kurdinnen und Kurden verändert haben. Als sie zunächst als GastarbeiterInnen oder politische Flüchtlinge nach Deutschland gekommen waren, hatten die meisten unter ihnen geplant, nach einer gewissen Zeit wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Aber ein Großteil von ihnen rückte von dieser Absicht ab und heute leben Kurdinnen und Kurden zum Teil in vierter Generation in Deutschland. Damit einhergehend haben sich auch ihre Probleme verändert. Sie sind, wie andere migrantische Gruppen auch, vielfältigen sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Genauso wie die deutschen Institutionen nicht fähig sind, den Menschen bei ihren Problemen genügend Unterstützung zu leisten, war auch die reine Selbstorganisierung über die Vereine nicht zur notwendigen Hilfe in der Lage. Stattdessen sollen nun die kurdischen Einrichtungen, die in den verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens arbeiten, in gemeinsamer Kooperation unter dem Dach des Demokratischen Gesellschaftszentrums die Möglichkeiten für Lösungen der Alltagsprobleme der Menschen aufzeigen und Unterstützung geben. Und das Gesellschaftszentrum soll sich auch nicht allein auf die kurdischen Einrichtungen beschränken, sondern offen sein für die Zusammenarbeit mit anderen MigrantInnengruppierungen und deutschen Vereinen und Institutionen.

Mit der Neuorganisierung wird auch ein weiteres Ziel angestrebt: der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. So wird das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit, das Verständnis, dass die Freiheit der Gesellschaft nur über die Freiheit der Frau erlangt werden kann, innerhalb der eigenen Strukturen verfolgt. Ebenso ist es ein Ziel, dass innerhalb und außerhalb der Demokratischen Gesellschaftszentren ein ökologisches Verständnis Verbreitung findet. Unserer Vorstellung nach soll bei den Menschen innerhalb der Strukturen der Gedanke des freien Individuums in der freien Gesellschaft seinen Platz finden. So sollen sich nach Möglichkeit Expertinnen und Experten in den verschiedensten Lebensbereichen gemeinsam mit den Menschen der jeweiligen Region, in der sie leben, organisieren und mit ihren eigenen Möglichkeiten Lösungen für die verschiedensten Fragen des Lebens entwickeln können. Die Fähigkeit, gemeinsam mit der Gesellschaft selbst Antworten auf die eigenen Fragen zu entwickeln, hängt eng zusammen mit dem Gedanken des freien Individuums in der freien Gesellschaft.

Das Ziel der Geschlechterbefreiung haben wir mit dem Gründungskongress bereits in die praktische Umsetzung unserer Neuorganisierung eingebunden. Laut unserer neuen Satzung wird der Kovorsitz, bestehend aus einer Frau und einem Mann, in unseren Strukturen zur Notwendigkeit. Das ist ein erster wichtiger Schritt, um die Frage der Geschlechterbefreiung nicht allein der »Gutmütigkeit« des Mannes zu überlassen.

Auf dem 20. YEK-KOM-Jahreskongress haben die in Deutschland lebenden KurdInnen und ihre Freundinnen und Freunde einen ersten bedeutenden Schritt getan, um Antworten zu finden auf die politischen, organisatorischen, kulturellen und sozialen Fragen der Menschen.

Kurz gefasst war YEK-KOM ein Dachverband für die kurdische Vereine, während NAV-DEM die Zusammenarbeit von Frauen, Jugendlichen, verschiedenen kurdischen Religionsgemeinschaften und insgesamt 260 Vereinen und Einrichtungen koordinieren soll. Der Fokus von NAV-DEM, das muss nochmals betont werden, ist auf die Koordinierung gerichtet, denn die primäre Entscheidungsbefugnis liegt bei den Gesellschaftszentren auf der lokalen Ebene. Ziel der Neuorganisierung ist es schließlich, die Demokratie in der Basis zu organisieren und zu fördern.

Düsseldorf, 18.07.2014

NAV-DEM – Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê | Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.

20. Jahreskongress von YEK-KOM und Gründung von NAV-DEM Foto: ANF

YXK lädt zu den 22. Hüseyin-Çelebi-Literaturpreisen ein

Auch in diesem Jahr richtet der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) den Hüseyin-Çelebi-Literaturwettbewerb aus. Die Wurzeln der dieses Jahr zum 22. Mal stattfindenden Literaturveranstaltung reichen bis in das Jahr 1992 zurück. Seitdem wird der Kurzgeschichten- und Gedichtewettbewerb jedes Jahr im Gedenken an das Ehrenmitglied der YXK Hüseyin Çelebi in einer anderen Stadt durchgeführt. In diesem Jahr hat Frankfurt am Main die Ehre.

Vor allem die letzten Jahre zeichneten sich zur Freude der VeranstalterInnen durch eine sehr rege Teilnahme aus, aus der auch Kraft geschöpft wurde, um die Tradition dieser Veranstaltung weiterzutragen. Besonders erfreulich ist auch das wachsende Interesse an kurdischer Literatur. Aufgrund der Tatsache, dass die kurdische Sprache und Literatur seit Jahrzehnten großen politischen Repressionen ausgesetzt ist und ihre Weiterentwicklung deshalb sehr stark behindert wurde, geben die HC-Literaturpreise auch ein starkes politisches Signal sowohl an die Staaten, die diese Repressionen durchführen, als auch an die Menschen, die die kurdische Sprache trotz allem erlernen, sich mit ihr auseinandersetzen und weitere Beiträge für die kurdische Literatur leisten. Ein sehr großer Teil der Werke stammt aus den Federn politischer Gefangener, die aufgrund fehlender Meinungs- und Pressefreiheit zum Teil seit Jahrzehnten in Gefängnissen sitzen.

Neben den drei Hauptdialekten des Kurdischen werden auch Werke auf Türkisch, Deutsch und Aramäisch eingesendet. Dies transpotiert die Botschaft, dass Literatur keine Grenzen von Nationalstaaten anerkennt. Die Weiterentwicklung der Sprachen, die Ausweitung und Vertiefung von Literatur sind die beste Antwort auf die von Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten so oft geleugnete Vielfalt der Region. Die deutsche Sprache, die seit zwei Jahren hinzugenommen worden ist, erweitert jene Tragweite dieser Preise.

25. Oktober 2014 | Einlass ab 16:30 Uhr
Saalbau Sossenheim, Siegener Straße 22,
65936 Frankfurt am Main

Die Sammlung der literarischen Werke im Rahmen des diesjährigen 22. Hüseyin-Çelebi-Gedichte- und Literaturwettbewerbs begann am 1. März 2014 und endete am 31. August. Die Preisverleihung findet am 25. Oktober 2014 in Frankfurt in einem festlichen Rahmen und in Anwesenheit der Jurymitglieder sowie der Öffentlichkeit statt.

Die Veranstaltungen stehen dieses Jahr einerseits im Zeichen der Revolution in Rojava und andererseits der Literatur, Musik und Kultur. Vor allem für die Weiterentwicklung des Letzteren eröffnete die Revolution in Rojava große Möglichkeiten. Entsprechend werden an diesem Tag zwei Workshops angeboten, die ab 14:00 Uhr beginnen. Der eine Workshop stellt Dengbêj als besondere Musik-Kunst der kurdischen Sprache vor. Neben einer historischen Einführung und Einordnung werden auch live Hörproben von einer Dengbêj-Gruppe gegeben. Der zweite Workshop behandelt Erfahrungen von jungen Menschen, die Rojava persönlich besucht und kennengelernt haben. Sie werden von den demokratischen Entwicklungen der dortigen Gesellschaft berichten und einen differenzierten, authentischen Blick auf die jüngsten Ereignisse in der Region bieten.

In der Hoffnung, Euch zahlreich bei der Preisverleihung am 25. Oktober 2014 in Frankfurt zu sehen, verbleiben wir mit besten Grüßen

YXK – Yekitîya Xwendekarên Kurdistan
Verband der Studierenden aus Kurdistan

Weitere Informationen zu den Literaturpreisen erhaltet Ihr auch unter www.huseyincelebi2014.blogspot.de.

Neuer Schritt des Zapatismus

Auf Augenhöhe

Nadine und Hannah

Mit dem kürzesten Kommuniqué und gleichzeitig der größten Mobilisierung seit dem Aufstand am 1. Januar 1994 drangen die Zapatistas am 21. Dezember 2012 mit 40 000 Basisaktivist*innen friedlich in fünf chiapanekische Städte ein und gelangten dadurch wieder an das Licht der Öffentlichkeit. Nachdem es in den Massenmedien ruhig um die zapatistische Bewegung geworden war, demonstrierten sie an diesem Tag ihre Stärke und Organisation, in völliger Stille, mit erhobenen Fäusten und den Blick nach unten gewandt.

Wie im Kommuniqué »prophezeit«, sollten die Welt und das Wort der rebellischen Indígenas und der EZLN[1] wiederkehren. Während die Zapatistas in den vorherigen Jahren verstärkt – aber für den Blick der Öffentlichkeit unauffällig – an den internen Strukturen gearbeitet hatten, wurde mit dieser Ankündigung eine neue Etappe ihres Widerstandes und ein Strategiewechsel eingeleitet. Mit der Veröffentlichung zahlreicher Kommuniqués Anfang 2013 definierten sie klar ihren politischen Standpunkt, ihre Distanz zur mexikanischen politischen Klasse und den Regierungen und gaben gleichzeitig die folgenden Handlungsschritte bekannt, die in der Stärkung des Kontakts zu und der Kommunikation mit dem Nationalen Indigenen Kongress (CNI) und den Anhänger*innen der Sexta[2] bestehen.

Die Escuelita Zapatista – Freiheit nach den Zapatistas

Die Ankündigung der Öffnung der Basisstrukturen durch die Escuelita Zapatista (die Kleine Zapatistische Schule) manifestierte den Beginn einer neuen Phase. Das Schweigen der letzten Jahre sollte nicht nur in den Medien, sondern auch in den Köpfen derer gebrochen werden, die sich mit der zapatistischen Bewegung solidarisieren, um einen gemeinsam geführten Prozess anzustoßen. Hierzu lud die Bewegung im ersten Durchlauf der Escuelita unter dem Motto »Die Freiheit nach den Zapatistas« im August 2013 über 1500 Menschen aus Mexiko und der ganzen Welt in ihre fünf autonom verwalteten Gebiete im lakandonischen Urwald in Chiapas ein.

Im Rahmen des Unterrichts erlebten die Teilnehmer*innen der Escuelita in den zapatistischen Gemeinden den alltäglichen Widerstand und lernten die Organisationsstrukturen der Bewegung kennen. Die Intention der Zapatistas ist es dabei, die Erfahrungen der letzten dreißig Jahre und ihr basisdemokratisches Gesellschaftsmodell der gelebten Autonomie mit Aktivist*innen zu teilen. Die Escuelita soll den politischen Austausch fördern und die Teilnehmer*innen dazu ermutigen, in der eigenen Geografie und im eigenen Kontext die jeweiligen Kämpfe voranzutreiben. Hierzu öffneten tausende Familien ihre Türen und ließen die Schüler*innen an ihrem Leben teilhaben.

Das Leben in einer zapatistischen Familie stellt die Grundlage der Escuelita dar, wobei der Unterricht in einen praktischen Teil, der das Zusammenleben mit einer zapatistischen Gemeinschaft umfasst, und einen theoretischen Teil gegliedert ist. Für den theoretischen Unterricht wurden Lehrbücher zu den Themen »Autonome Regierung«, »Teilnahme der Frauen an der autonomen Regierung« und »Widerstand« vorbereitet, in denen die Organisationsstrukturen erklärt und die Prozesse der letzten zwanzig Jahre selbstkritisch beleuchtet werden. Während der gesamten Unterrichtseinheit von fünf Tagen wird jede*r Schüler*in von einer zu Beginn zugeteilten Bezugsperson, genannt »guardian*a« (Wächter*in), begleitet. Diese Person ist selbst Teil der Basis und begleitet ihren Schützling Tag und Nacht, beantwortet Fragen und übersetzt. Im täglichen Leben in den Gemeinden lernen die Teilnehmer*innen die Selbstverwaltungsstrukturen der Zapatistas kennen, indem sie sich an den kollektiven landwirtschaftlichen Arbeiten beteiligen und dazu eingeladen werden, an Versammlungen der zapatistischen Gemeinschaft teilzunehmen. Der theoretische

1) EZLN – Ejercito Zapatista de Liberación Nacional (dt.: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung).

2) Sexta – sechste Erklärung aus dem lakandonischen Urwald; hierbei handelt es sich um eine langfristige pazifistische Mobilisierung, zu der die EZLN 2005 aufgerufen hatte, um eine antikapitalistische und basisdemokratische Gesellschaft aufzubauen.



Unterricht findet meist im Kreise der Familie statt, in dem gemeinsam die Texte gelesen werden und den Schüler*innen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Fragen zu stellen.

Zwanzig Jahre zapatistischer Aufstand

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des zapatistischen Aufstandes, bei dem tausende Zapatistas am 1. Januar 1994 unter dem Motto »Ya basta! Es reicht!« durch die Besetzung von fünf chiapanekischen Städten mit ihren Forderungen nach Land und Freiheit an die Öffentlichkeit getreten waren, fanden im Dezember 2013 und im Januar 2014 der zweite und dritte Durchgang der Escuelita statt. In diesen beiden Durchgängen erweiterten die Zapatistas den Umfang der Schule und ermöglichten es durch eine logistische Meisterleistung jeweils 2 250 Menschen, an dem Unterricht in den zapatistischen Gemeinden teilzunehmen. Neben der fünftägigen Unterrichtseinheit konnten die Schüler*innen zum Jahreswechsel in den Caracols[3] der fünf autonomen Verwaltungsgebiete bleiben, um dort mit den Zapatistas ihren zwanzigjährigen Widerstand zu feiern.

3) Caracol – zapatistische autonome Verwaltungseinheit und Sitz des Rates der Guten Regierung

Das Wort der EZLN und die Auswertung der Escuelita

In dem zu Beginn diesen Jahres veröffentlichten Artikel »Die Bewertung der Zapatistas der Escuelita« in der zapatistischen Zeitschrift »Rebeldía Zapatista« (dt.: Zapatistischer Widerstand) reflektieren Familien, Begleitpersonen und Lehrer*innen ihre Erfahrungen, die sie während der Escuelita gemacht haben. Sie wird als Erfolg und als ein wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung der Bewegung bewertet. Als eine Art Medium ermöglichte die Escuelita den Zapatistas, mit Menschen aus der ganzen Welt zu kommunizieren, ihre Worte zu verbreiten und ihre Erfahrungen zu teilen. Die Zapatistas wertschätzen in ihrem Rückblick die Disziplin, das Interesse und die Bereitschaft des Zuhörens vieler Teilnehmer*innen, merken aber auch an, dass der gegenseitige Lernprozess teilweise durch die Erwartungshaltung einiger Schüler*innen erschwert wurde.

Aufstandsbekämpfung & Eskalation der Gewalt

Während die Zapatistas bemüht sind, ihre autonomen Strukturen auf- und auszubauen sowie ihre Erfahrungen dieser

Prozesse mit anderen von unten zu teilen und sich auszutauschen, sind sie verstärkt Repressionen – als Teil der Strategie des »Krieges niedriger Intensität« – ausgesetzt.

Mit dieser Strategie der verdeckten Aufstandsbekämpfung, die von staatlichen Institutionen und den Regierungen ausgeht, sollen Widerstände und oppositionelle Strukturen, nicht nur die der Zapatistas, geschwächt und schließlich vernichtet werden.

Ein Mittel ist die Anbindung von Teilen der Bevölkerung, Gemeinden und Organisationen an politische Parteien, die Bildung und Ausbildung paramilitärischer Gruppierungen sowie selektive Sozialmaßnahmen, die Abhängigkeiten schaffen und Bewohner*innen einer Gemeinde gegeneinander aufhetzen und ausspielen.

Exemplarisch für solch konstruierte gemeindeinterne Konflikte ist der aktuelle Fall von La Realidad, einer zapatistischen Gemeinde und Sitz des Caracols »La Realidad« (dt.: Die Realität) im autonomen Landkreis San Pedro Michoacán (offizieller Landkreis Las Margaritas).

Am 2. Mai 2014 kam es zu einem Angriff auf La Realidad, bei dem der zapatistische Basisaktivist José Luis Solís López, genannt »Galeano«, von Mitgliedern der Organisation CIOAC-Historica (Historische Unabhängige Gewerkschaft der Agrararbeiter und Bauern) umgebracht wurde.

Dieser Angriff war nur der Gipfel einer ganzen Reihe von Aggressionen, denen die zapatistischen Gemeinden durch paramilitärisch agierende Gruppen wie die der CIOAC-H seit langem ausgesetzt sind.

Vorwand für den aktuellen Konflikt ist die Nutzung von Schotter, vor allem als Baustoff, der laut einer getroffenen Vereinbarung Gemeingut ist und dementsprechend von allen Gemeindebewohner*innen für allgemeine Zwecke benutzt werden kann.

Als die Zapatistas solchen Schotter Mitte März zum Ausbau einer autonomen Klinik transportierten, wurden sie von Mitgliedern der CIAOC-H aufgehalten und ein Kleintransporter des Caracols, der Medikamente transportierte, wurde beschlagnahmt.

Als am 2. Mai eine Delegation der CIOAC-H mit dem Rat der Guten Regierung (autonome Regierung) des Caracols über die Rückgabe des entwendeten Fahrzeuges verhandelte, fand der Angriff statt. Vorwand war die angebliche Entführung der Vertreter*innen der CIOAC-H, die selbst aber öffentlich abstritten, zu irgendeinem Zeitpunkt dort festgehalten worden zu sein.

Die Angreifer*innen zerstörten die autonome Klinik sowie zwei Säle der autonomen Schule und kappten die Wasserversorgung. Die Zapatistas aus La Realidad wehrten sich. Während dieser Auseinandersetzung wurde Galeano umzingelt, geschlagen, mit der Machete verletzt und schließlich durch mehrere Schüsse getötet. Fünfzehn weitere Zapatistas wurden zum Teil schwer verletzt.

Laut Angaben des Menschenrechtszentrums FrayBa, das auch bei den Verhandlungen im Caracol vermittelte, gehören zu dieser antizapatistischen Organisation Mitglieder der rechtskonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) und der Grünen Partei Mexikos (PVEM).

Gedenkfeier in La Realidad und letztes Kommuniqué von Subcomandante Marcos

Nach diesem Angriff, der erstmalig auf ein zapatistisches Caracol stattfand, wurden weltweit Aktionen in Solidarität abgehalten und eine Solidaritätskarawane nach La Realidad organisiert.

Am 23. Mai brachen ca. 1 000 Anhänger*innen der Sexta, Schüler*innen der Escuelita, Organisationen, Kollektive, freie Medien und Einzelpersonen zum Caracol auf, um solidarisch ihren Beistand auszudrücken. Galeano war Mitglied des Rates der Guten Regierung von La Realidad und Lehrer der Escuelita gewesen.

Neben mehr als 2 200 Zapatistas aus den fünf Caracols waren auch die Comandancia (Generalkommandantur der EZLN), Subcomandante Moisés und Subcomandante Marcos anwesend. In seiner Rede informierte Subcomandante Moisés über die Fortschritte der Untersuchungen zum Angriff auf das Caracol und zur Ermordung von Galeano, welche die Comandancia übernommen hatte. Er verurteilte die feige Tat, für die er die chiapanekische Regierung bzw. eine Allianz der drei Parteien PVEM, PRI (Partei der Institutionellen Revolution) und PAN verantwortlich machte.

Auch Subcomandante Marcos meldete sich in den frühen Morgenstunden des 25. Mai 2014 zu Wort und verkündete, dass von nun an durch seine Stimme nicht mehr die Stimme der EZLN spricht, dass Marcos von nun an nicht mehr existiert, da es für die Rebellion der Zapatistas keine charismatischen Anführer*innen oder Chef*innen mehr braucht und dass eine*r von ihnen sterben muss, damit Galeano lebt.

Er definierte die Figur Marcos als einen Hanswurst, ein Karnevalskostüm, das zu Beginn des Aufstandes als Konsequenz auf die Reaktionen der Massenmedien erschaffen wurde, die in ihm den »Anführer« der Bewegung suchten:

» … da merkten wir in den Straßen der Stadt, dass die von draußen uns nicht sahen.

Gewohnt, die Indigenen von oben herab zu betrachten, erhoben sie den Blick nicht, um uns anzuschauen. Gewohnt, uns geduckt zu sehen, verstand ihr Herz unsere würdige Rebellion nicht.

Ihr Blick blieb auf dem einzigen Mestizen, der eine Gesichtsmaske trug, hängen, das heißt, sie schauten nicht. Unsere Chefs und Chefinnen sagten daher: ›Sie sehen nur, wie klein sie sind, machen wir jemand so klein wie sie, dann werden sie den sehen, und durch diesen dann uns.‹

Und so begann ein kompliziertes Ablenkungsmanöver, ein riesiger und wunderbarer Zaubertrick, ein listiges Spiel des indigenen Herzens, welches wir sind. Die indigene Weisheit forderte die Modernität in einer ihrer eigenen Bastionen heraus: den Kommunikationsmedien.

Und da begann dann die Konstruktion einer Figur, die ›Marcos‹ heißt.«

Diese Figur diente dazu, die Massenmedien, die sich lieber dem Personenkult statt dem Wesentlichen widmen, abzulenken, während die Zapatistas jene suchten, die ihnen auf Augenhöhe zuhörten und mit denen sie auf Augenhöhe kommunizieren und den gemeinsamen Weg des Widerstandes gehen konnten.

Da nun mit der Escuelita eine neue Etappe des zapatistischen Kampfes erreicht ist, die auf dem direkten Kontakt und Austausch der Zapatistas mit der sogenannten Zivilgesellschaft auf Augenhöhe basiert, ist die Figur des Marcos als Bindeglied überflüssig geworden.

Im Sinne der internen Veränderungen innerhalb der EZLN während der letzten zwanzig Jahre, in denen eine neue Generation von Kämpfer*innen herangewachsen, das »gehorchende Befehlen« an die Stelle der revolutionären Avantgarde getreten ist und schließlich auch eine rein indigene, bäuerliche Leitung die anfänglich städtisch-mestizische Führung ersetzt hat, folgte auch die Ablösung des Subcomandante Marcos durch Subcomandante Moisés als Sprecher.





Nachdem Subcomandante Marcos in seinem letzten Postskriptum die Dunkelheit beklagt und ein Lichtlein verlangt hat, wird es still und eine Stimme, die die Stimme des Marcos war, ertönt aus dem Off und verkündet, dass sie Galeano heißt, Subcomandante Insurgente Galeano, und fragt, ob noch jemand so heißt.

Die stimmgewaltige Antwort lautet: »Wir alle sind Galeano!«

Und ein letztes Mal ist die Stimme zu hören:

»Ah, deshalb haben sie mir gesagt, wenn ich nochmals geboren würde, dann würde ich es im Kollektiv machen.«

La lucha sigue – der Kampf geht weiter

Der Angriff auf La Realidad hat nicht nur den Anlass zum offiziellen Rückzug von Marcos gegeben, sondern auch die Solidarität, die den Zapatistas entgegengebracht wird, sichtbar gemacht. Neben weltweiten Aktionen gegen die Aggressionen gegenüber den zapatistischen Gemeinden und der Organisierung der Solidaritätskarawane nach La Realidad wurde von den Zapatistas eine Spendenaktion initiiert, um den Wiederaufbau der durch den Angriff zerstörten Klinik und Schule finanzieren zu können. Mit Hilfe der Verbreitung der Kampagne durch freie Medien, Organisationen und Einzelpersonen konnte schon innerhalb weniger Wochen das Fünffache der benötigten Summe gesammelt werden.

Dies zeigt auch, dass die Idee der Escuelita, also das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen sowie die Unterstützung und Stärkung im jeweiligen Kampf um Autonomie und ein würdiges Leben, aufgegangen ist.

Neben der Fortführung des eigenen Autonomieprozesses und trotz Repressionen und Zerstörungen initiieren die Zapatistas Zusammenkünfte wie mit dem Nationalen Indigenen Kongress, der vom 4. bis 8. August 2014 in La Realidad stattfand, um die Beziehungen zwischen den indigenen Völkern zu stärken, ihre Erfahrungen und Kämpfe kennenzulernen und gemeinsam eine Welt, in die viele Welten passen, zu erschaffen. ♦

»Ein ums andere Mal planten wir, ein ums andere Mal warteten wir auf den richtigen Augenblick: den genauen Kalender und die exakte Geografie, um zu zeigen, was wir in Wirklichkeit sind, denen, die wahrhaftig sind. Und da kam Galeanos Tod, um uns Geografie und Kalender vorzuschreiben: hier in La Realidad; jetzt: im Schmerz und in der Wut.«

Um den Fokus endgültig von einer konstruierten Persönlichkeit zur wahren zapatistischen, indigenen Identität, vom Individuellen zum Kollektiven, und zu den Indigenen als Hauptakteur*innen dieser Organisation und des Kampfes zu lenken, wählten die Zapatistas die Gedenkfeier ihres getöteten Compañeros Galeano als Anlass, um der Öffentlichkeit ihre kollektive Entscheidung des Rückzugs ihres bekanntesten Vertreters bekannt zu geben.

»Wir glauben, dass es nötig ist, dass einer von uns stirbt, damit Galeano leben könne.

Und damit dieser Flegel, der Tod heißt, zufrieden ist, geben wir einen anderen Namen anstelle von Galeano her, damit Galeano leben könne und der Tod nicht ein Leben mitnimmt, sondern nur einen Namen, einige Buchstaben ohne jeglichen Sinn, ohne eigene Geschichte, ohne Leben. So haben wir entschieden, dass Marcos heute aufhört zu existieren.«

FÖDERATION DER EZIDISCHEN VEREINE E.V.

>> SPENDENAUFRUF FÜR ŞENGAL <<

Zusammen für Frieden und Menschlichkeit
– Gemeinsam gegen Menschenverachtung
und weitere Massaker sowie Genozide!

In der Nacht vom 02. auf den 03. August 2014 begannen mit die brutalsten Verfolgungen der Eziden in Şengal / Sinjar (Süd-Kurdistan/Nord-Irak) durch die islamistische Terrororganisation IS. Nach internationalen und vor allem dortigen Einschätzungen wurden seither mehr als 4.000 Menschen hingerichtet – über 250.000 Eziden sind auf der Flucht und nun im kurdischen Kanton Cizire in Rojava (West-Kurdistan/Nord-Syrien) (ca. 25.000), in der Region Kurdistan/Nord-Irak (ca. 170.000) oder in der Ost- Türkei (4.000). Des Weiteren befinden sich noch immer mehrere Zehntausend Flüchtlinge auf den Şengalbergen – jedoch auch unzählige Leichen von verdursteten und verhungerten.
Die humanitäre Situation vor Ort ist katastrophal.
Die menschenverachtenden Taten der IS, die u. a. mit erbeuteten Waffen aus dem Irak verschiedene Bevölkerungs- und Glaubensgemeinschaften besonders wie in diesem Fall Eziden angreifen, haben keine Grenzen – Unmenschlichkeit. Diese reichen von Entführungen, Folterungen, Vergewaltigungen bis hin zu gezielten Ermordungen – auch der Menschenhandel ist keine Seltenheit mehr – insbesondere Frauen und Kleinkinder sind betroffen und werden als Sklaven verkauft.
Der Angriff auf Şengal ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Jeder Mensch steht hier in der Pflicht und Verantwortung die Menschlichkeit zu verteidigen und zu schützen.
Es wird jede Unterstützung benötigt: Medikamente, Kleidung, Nahrung, Zelte, Decken etc.
Deswegen rufen wir dringend auf unsere Spendenkampagne zu unterstützen und für die Menschen in Şengal zu spenden

UNSERE INTERNATIONALE BANKVERBINDUNG:
(Gemeinnützigkeit vorhanden)
Çira e.V.
Vwz.: Hilfe für Şengal
IBAN: DE41251900010675541000 | BIC: VOHADE2HXXX

Folgende Vereine übernehmen die Verwaltung des Kontos:
Föderation der Ezidischen Vereine e.V.
GEA – Gesellschaft Ezidischer Akademiker e.V. Vereinigung der Eziden aus Syrien
Dr. Ali Xalaf (aus Şengal)
Es wird garantiert, dass die Übergabe des Geldes vor Ort dokumentiert (Foto, nach Möglichkeit auch Video) und abgezeichnet wird. Je nach Zeitpunkt und Situation wird entschieden, welche Kommission/en angezielt wird/werden. Es gibt Kommissionen in der Türkei, im Irak und in Syrien. Diese Kommissionen koordinieren die Betreuung der Flüchtlinge und ggf. die Hilfsgüter nach Şengal (je nach Sicherheitslage, denn selbst in Şengal ist die Sicherheitslage derzeit zu brisant). Wir werden vor Übergabe mit diesen Kommissionen in Kontakt treten (und stehen ohnehin permanent im Austausch). Die Kommissionen werden das Geld je nach Bedürfnissen einsetzen (z. B. wissen diese Kommissionen am besten, was gebraucht wird, wie z. B. Medikamente, Zelte, Kleidung, etc.).
Des Weiteren gilt unser Aufruf auch, für größere Hilfsprojekte sowie nachhaltige humanitäre Unterstützung für die Menschen in Şengal.

Mit freundlichen Grüßen
Vorstand der Föderation der Ezidischen Vereine in Deutschland e.V. Sulingen, August 2014

Krisentisch-Telefon Şengal / Têlefûna Masa Krîzê ya Şengal 0049 / (0) 176 417 64 236
Föderation der Ezidischen Vereine e.V. - Federasyona Komelên Êzîdîyan (FKÊ) - Nienburger Str. 23 - 27232 Sulingen - Germany

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
ceni-kurdistan.com



Nûce
isku.org



AZADÎ infodienst
nadir.org/azadi/

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Auf der Flucht vor IS
Êzîden aus Şengal
Foto: DIHA

Rückseite:
Der Verband der Studierenden aus Kurdistan YXK lädt zu den 22. Hüseyin-Çelebi-Literaturpreisen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

22. XELATÊN WÊJEYÊ YÊN

HÜSEYIN ÇELEBI

LITERATURPREISE



25. OKTOBER 2014

EINLASS AB 16:30 UHR

SAAL BAU SOSSENHEIM

SIEGENER STRASSE 22
65936 FRANKFURT AM MAIN

PROGRAMM

Musik Tara Jaff
Mehmet Atli
Dengê Xwezayê
Kara Güneş
Kinder-Chor aus Darmstadt

Theater Ax û Zeman

WORKSHOPS

14:00 Uhr — Dengbêj-Vortrag mit Hozan Şemdin

15:30 Uhr — Delegationsbericht zur Revolution in Rojava

Veranstalterin









ISSN 0935–5375